

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement 3.00 M. monatlich 1.30 M. wöchentlich 30 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Vollabonnement: 1.30 M. pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich - Ungarn 2.00 M. für das übrige Ausland 4 M. pro Monat. Postabonnements nehmen an Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ersteinst. Wagn.

Die Interlions-Gebühr
 Beträgt für die hochforstliche Kolonelle oder deren Frau 60 Pf., für politische und gesellschaftliche Vereins- und Beraternungs-Anzeigen 30 Pf., „Kleine Anzeigen“, das ist jede Zeile 20 Pf., (außer 2 feilgebrachte Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenanzeigen und Geschäftsbenachrichtigungen das erste Wort 10 Pf., jedes folgende Wort 5 Pf. Worte über 16 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphen-Adressen:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.
 Sonnabend, den 27. Mai 1916.
 Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Reichstag und Belagerungszustand.

Von Wilhelm Dittmann, Mitglied des Reichstags.
 I.

Die Verantwortlichkeit der Militärbefehlshaber.

Der Reichstag verhandelt zurzeit über Belagerungszustand und Zensur. Zwei Tage währt die Debatte bereits, am Dienstag geht sie weiter. Es ist das fünfte Mal, daß der Reichstag sich eingehend mit den Zuständen im Innern unter der Herrschaft des Belagerungszustandes beschäftigt. Erst war es allein die Sozialdemokratie, die darüber bittere Klagen und Beschwerden vortrug, jetzt klagen auch alle bürgerlichen Parteien lebhaft. Die Regierung hat jedesmal Erklärungen abgegeben lassen, wonach sie bereit sei, in Einzelfällen zu vermitteln, daß sie aber selber keinen direkten Einfluß auf die Maßnahmen der kommandierenden Generale besitze, die nach dem Belagerungszustandsgesetz vom 4. Juni 1851 nur dem Kaiser persönlich verantwortlich seien. Gegen diese Theorie von der Unverantwortlichkeit der Militärbefehlshaber gegenüber Regierung und Parlament ist von der Sozialdemokratie sofort Einspruch erhoben worden als unvereinbar mit dem Gesetz. Ebenso fordert die Sozialdemokratie schon seit Jahr und Tag, den Belagerungszustand wieder aufzuheben, weil die gesetzlichen Voraussetzungen für ihn nicht mehr vorliegen. Bisher haben die bürgerlichen Parteien des Reichstages ihn abgelehnt. Er ist dem Hause gegenwärtig auf neue vorgelegt und dort am Donnerstag von mir mit eingehenden staatsrechtlichen Darlegungen aus der Entstehungsgeschichte des Gesetzes, die ich aus den Akten des preussischen Abgeordnetenhauses geschöpft habe, begründet worden. Es scheint mir nämlich für den Fortgang der Beratungen, in der kurzen Pause bis zum Dienstag, einer weiteren Deffenlichkeit das hauptsächlichste Material zu unterbreiten, auf das ich mich stütze.

Das Gesetz ist wenig bekannt, weil es selten zur Anwendung kommt. Der Ministerialdirektor im Reichsamt des Innern, Herr Dr. Lewald definierte seinen Inhalt am 18. Januar 1916 im Reichstage dahin:

„Die kommandierenden Generale handeln ohne politische Verantwortung; es ist das Wesen des Kriegszustandes, daß die politische Verantwortlichkeit des Reichskanzlers aufgehoben und ausgeschaltet ist.“

Das bedeutet die Erhebung von Recht und Gesetz durch die Willkür der Militärbefehlshaber. Das haben aber bei Schaffung des Gesetzes weder der Landtag noch die Regierung gewollt. Die Kommission des preussischen Abgeordnetenhauses zur Beratung des Gesetzes sagt vielmehr in ihrem vom Abg. Reuter erstatteten schriftlichen Bericht vom 18. September 1849 mit folgenden Worten das Gegenteil:

„Die Kommission war einig darüber, daß... um in solchen Fällen nicht einen willkürlichen und geschlossenen Zustand eintreten zu lassen, eine gesetzliche Regelung desselben notwendig sei.“

Also gerade um Willkür und Geschlossenheit auszuschließen, schuf man das Gesetz. Sonst hätte man ja auch nur einfach zu dekretieren brauchen:

„Die Verfassung und alle Gesetze sind aufgehoben. Die Militärbefehlshaber besitzen uneingeschränkte Gewalt. Sie sind nur dem Könige verantwortlich.“

Statt eines solchen in 5 Minuten zu schaffenden Diktaturparagrafen hat der Landtag in einer sich über eineinhalb Jahre erstreckenden sehr eingehend geführten Beratung ein Gesetz von 18 Paragraphen geschaffen, in dem auch für die Ausnahmeverhältnisse des Kriegszustandes bestimmte Rechtsnormen festgelegt worden sind, die der Machtvollkommenheit der kommandierenden Generale Schranken und Grenzen setzen sollen. Es unterstellt vor allem in striktem Gegensatz zu der jetzt von der Reichsregierung vertretenen Theorie alle Maßnahmen der von den Militärbefehlshabern ausgeübten vollziehenden Gewalt ausdrücklich der verfassungsmäßigen Verantwortlichkeit.

Der § 4 des Gesetzes bestimmt in Absatz 2:

„Für ihre Anordnungen sind die betreffenden Militärbefehlshaber persönlich verantwortlich.“

Und § 17 des Gesetzes besagt:

„Ueber die Erklärung des Belagerungszustandes sowie über jede... Suspension auch nur eines... Artikels der Verfassungsurkunde muß den Kammern sofort... Rechenschaft gegeben werden.“

Nun ist doch klar: soll die Regierung den Kammern Rechenschaft geben, muß sie von den Militärbefehlshabern Rechenschaft fordern können, müssen diese ihr verantwortlich sein. Aber weil sie in Absatz 2 des § 4 nicht ausdrücklich steht, wem gegenüber die Verantwortlichkeit besteht, hat Bismarck 1870 die Auslegung aufzubringen versucht, die kommandierenden Generale seien nur dem obersten Kriegsherrn, nicht aber der Regierung und dem Parlament verantwortlich; darauf stützt sich heute die Regierung. Aber Artikel 44 der preussischen und Artikel 17 der Reichsverfassung besagen auch nicht ausdrücklich, wem ein Minister resp. der Reichskanzler verantwortlich ist; an beiden Stellen

heißt es nur, „die Verantwortlichkeit übernimmt“. Kein Mensch aber bestreitet, daß diese Verantwortlichkeit gegenüber dem Landtage resp. dem Reichstage gemeint ist. Die rein militärische Gehorsamspflicht der Militärbefehlshaber gegen ihren obersten Kriegsherrn ist ihnen doch so in Fleisch und Blut übergegangen, zudem auch durch die Militärgeetze vorgeschrieben, daß ihre besondere Betonung im Belagerungszustandsgesetz absolut überflüssig wäre. Wäre sie aber wirklich gemeint gewesen, dann hätte man im Gesetz auch klipp und klar gesagt:

„Für ihre Anordnungen sind die betreffenden Militärbefehlshaber nur dem Könige persönlich verantwortlich.“

Daß man das aber nicht wollte, erhellt aus der Entstehungsgeschichte des Gesetzes. Der Führer der Konservativen, Abg. v. Gerlach, sagte bei der Beratung des Gesetzes im Herrenhause am 29. Januar 1851:

„... ich fürchte aber, daß... militärische Operationen dadurch, daß diese Vorschriften für anwendbar auf sie erachtet werden, gelähmt und die militärischen Befehlshaber dadurch, daß sie unter die in diesem Gesetz ausgesprochene Verantwortlichkeit subsumiert werden, irregeleitet werden.“

Diese Beschränkung wäre doch sinnlos gewesen, wenn Herr v. Gerlach die Verantwortung vor dem obersten Kriegsherrn gemeint hätte, die ein Offizier doch immer hat. Daß er die verfassungsmäßige Verantwortlichkeit meinte, geht zweifelsohne aus seinen Worten hervor:

„Der wesentliche Inhalt des Gesetzes ist... daß alles, was auf diesem Wege geschieht, der Kognition (Nachprüfung, D.) der Kammern unterworfen ist.“

Hier ist ein Deuteln nicht mehr möglich. Der Berichterstatter der Kommission des Abgeordnetenhauses, Abg. Reuter, hatte in der Kommissionsitzung vom 8. September 1849 sogar beantragt, den Absatz 2 des § 4 so zu formulieren:

„Für ihre Anordnungen sind die betreffenden Militärbefehlshaber persönlich verantwortlich, insbesondere auch für jede ungeschäftfertige Erklärung des Belagerungszustandes.“

Wenn kein schwereres Verbrechen begangen ist, kommt jedenfalls § 189 des Militärstrafgesetzbuchs (Fahrlässigkeitsverbrechen, D.) in Anwendung.“

Hier war also ausdrücklich eine Verantwortung vor den Strafgesetzen vorgeschlagen. Der Abg. v. Rönne wollte auch die nach dem Zummultgesetz den Gemeinden obliegende Entschädigungspflicht ausdrücklich im Gesetzestext den kommandierenden Generalen auferlegt wissen. Von beiden Verschärfungen wurde abgesehen, weil man sie für überflüssig hielt. Sie zeigen aber deutlich die Auffassung, die man damals über die persönliche Verantwortlichkeit der kommandierenden Generale hatte. An der verfassungsmäßigen Verantwortlichkeit für alle ihre Handlungen ist damals nie ein Zweifel aufgetaucht. So heißt es in dem schriftlichen Bericht der Kommission des Abgeordnetenhauses, den der Abg. Volk am 11. März 1851 erstattet hat, wörtlich:

„Wenn der § 17 die Ablegung einer Rechenschaft anordnete, so erklärte sich dieses einfach dahin, daß den Kammern vollständige Aufklärung über die tatsächlichen Verhältnisse gegeben werden müsse, um untersuchen zu können, ob diese Verhältnisse die Anordnung der außerordentlichen Maßregel rechtfertigen oder nicht.“

Im letzteren Falle werde es Sache der Kammern sein, die Verantwortlichkeit der Minister in Anspruch zu nehmen und nötigenfalls eine Anklage gegen dieselben zu erheben.

Die Mehrheit der Kommission (8 gegen 5) trat dieser Ansicht bei.

Wenn man die Minister in Anklagezustand versetzen will, muß es sich doch um Handlungen drehen, auf die sie Einfluß nehmen können, die in ihrem Namen und unter ihrer Verantwortlichkeit geschehen.

Das war damals auch durchaus der Standpunkt nicht nur des Landtages, sondern auch der Regierung, den sie für selbstverständlich ansah. So sagte im Plenum des Abgeordnetenhauses am 31. März 1851 der Regierungskommissar Geh. Reg.-Rat Scherer:

„Da nun das Staatsministerium, wie ein fernerer Paragraph des jetzt vorliegenden Gesetzes besagt, sogar in allen Fällen den Kammern Rechenschaft zu geben hat über die Anwendung, die es von dem hier in Rede stehenden Gesetze gemacht hat usw.“

Und kurz und bündig erklärte am 1. April 1851 im Abgeordnetenhause der damalige Minister des Innern, Herr v. Westphalen, der Schwager unseres Karl Marx:

„Der Gesichtspunkt, welchen das Gouvernement (Regierung) festhält, ist der, welchen die Verfassungsurkunde in § 45 vorschreibt: Dem Könige allein steht die vollziehende Gewalt zu. Das Ministerium ist verantwortlich.“

„Das Wort sie sollen lassen stahn!“ Dies Lutherwort muß heute den Regierungsvertretern zugerufen werden, die die Verantwortlichkeit der Minister für ausgeschaltet erklären wollen.

Aus der Entstehungsgeschichte des Gesetzes über den Belagerungszustand geht also unzweideutig hervor, daß erstens: die kommandierenden Generale der Regierung verantwortlich sind, daß zweitens: die Regierung dem Parlament verantwortlich ist, und daß drittens: diese Verantwortlichkeiten klipp und klar in den §§ 4 und 17 des Gesetzes niedergelegt sind.

Diesen unanfechtbaren Nachweisen gegenüber hat irgendeine spätere Auslegung des Gesetzes in anderem Sinne gar keine Bedeutung. Das habe ich auch im Reichstage betont gegenüber der Verufung auf Bismarcks Auslegung von 1870, auf die sich heute die Regierung beruft. Ich sagte dabei, daß Bismarck in heißen Situationen gern den Ausweg wählte, seinen „kaiserlichen Herrn“ als Schutzschild vorzuhalten, daß dadurch aber verfassungsgesetzlich nichts geändert worden sei.

Der Norddeutsche Reichstag hat das 1870 auch klar zum Ausdruck gebracht. Bekanntlich hatte der General Vogel von Falckenstein den Braunschweiger Ausschuß unserer Partei sowie Johann Jacoby und den Kaufmann Herbig aus Königsberg wegen ihres Protestes gegen die heuchlerische Annexion von Elsaß-Lothringen verhaften und in Ketten nach Löben bringen lassen. Diese Gewaltakte veranlaßten die Freisinn-Demokraten Dunder und Genossen zu einer Interpellation im Reichstage, in der sie forderten:

1. Aufschluß über die Suspension von Verfassungsartikeln, 2. Rechenschaft gemäß § 17 des Gesetzes, 3. Aufschluß darüber, wie die Regierung die persönliche Verantwortlichkeit der Militärbefehlshaber durchgeführt habe.

Zur Begründung sagte Abg. Dunder am 8. Dezember — also auch mitten im Kriege — im Reichstage wörtlich, daß der Reichstag über die stattgehabte Handhabung des Kriegszustandes die Kontrolle auszuüben habe.

Gegenüber dem vom Bundeskanzleramtspräsidenten Delbrück vertretenen Schreiben Bismarcks, in dem dieser erstmals die Theorie von der Unverantwortlichkeit der Militärbefehlshaber vor Regierung und Parlament aufstellte, sagte Dunder:

„Es handelt sich doch hier nicht etwa um Maßregeln des militärischen Kommandos, der Disposition über Truppenbewegungen, sondern recht eigentlich um Verwaltungsmäßigkeiten, die nicht bloß die kriegerischen Kräfte der Nation, sondern die den friedlichen Bürger betroffenen haben...“

Und nun frage ich Sie, meine Herren, wie vereinbaren Sie damit, daß der Herr Bundeskanzler selbst den Erlaß des Bundesfeldherrn, der den Kriegszustand verhängt, gegengezeichnet hat?

Abg. Dunder vertwarf also die Bismarcksche Auslegung, und er forderte mit besonderem Nachdruck:

„daß... wenn solche Uebergriffe vorgekommen sind, auch wirklich Ernst gemacht werde mit jener persönlichen Verantwortlichkeit, von welcher das Gesetz vom 4. Juni 1851 spricht, und welche das auch in der mildesten Form. Denn ich glaube, wir haben ein Recht und die Nation hat ein Recht darauf, zu verlangen, daß diese Verantwortlichkeit ohne Ansehen der Person gehandhabt werde... und diejenigen Militärs, die von solcher Sühne für ihre Verletzungen des Rechts betroffen werden sollen, werden, wenn sie sich ruhig derselben unterwerfen, wahrlich keinen Eindruck an ihrer Ehre erleiden, sie werden wahrlich nichts daran verlieren, wenn sie fortan das Gesetz unseres Vaterlandes für ebenso heilig und unantastbar anerkennen, als den Boden des Vaterlandes, für dessen ruhmvolle Verteidigung sie ihre höchste Kraft und ihr Blut so glorreich eingesetzt haben.“

Demselben Gedanken gab in der Debatte der Abg. Schulze-Berlin dahin Ausdruck:

„Aber, meine Herren... ich glaube... daß die Nation nicht gewillt ist, ihren Dank selbst dem verdienstlichsten Heerführer durch das Opfer der geheiligten Rechte abzugeben.“

Herr Windthorst, der Führer des Zentrums, stellte sich völlig auf die Seite der Interpellanten und erklärte:

„Ich bin mit Herrn Dunder in der Interpretation der Gesetze nach allen Richtungen hin einverstanden.“

Nach einem Hinweis, daß die Verordnung über die Verhängung des Kriegszustandes von Bismarck gegengezeichnet sei, fuhr Windthorst fort:

„Jeder Minister ist verantwortlich für die Ausführung der Verordnungen, die er kontrahiert.“

Das trifft auch für die von Herrn v. Bethmann Hollweg gegengezeichnete Verordnung über die Verhängung des jetzigen Kriegszustandes zu. Windthorst machte sich lustig über die von Bismarck aufgetragene Theorie von der ausschließlichen Verantwortlichkeit der Militärbefehlshaber dem obersten Kriegsherrn gegenüber, und er verpötte diese Theorie als eine „Wachtstubenjurisprudenz“. Auch Herr Miquel, der Führer der National Liberalen, wendete sich gegen sie, indem er sagte:

„... wir verwerfen jene Theorie, ... daß das Gesetz gewissermaßen keine Anwendung litte, ... während doch das Gesetz im § 1 mit dürren Worten sagt: für den Fall eines Krieges tritt der und der Rechtszustand ein.“

Bebel vertrat natürlich denselben Standpunkt, und nur der konservative Abg. Wagner machte sich die Auslegung Bismarcks zu eigen. Ich habe schon im Reichstage gesagt, daß nach dem ganzen Gang der Debatte der Regierung damals als Abschluß der Interpellation ein formelles Mißtrauensvotum ausgestellt worden wäre, wenn es damals bereits wie heute nach der Geschäftsordnung möglich gewesen wäre.

Der Freispruch Johann Jacobys durch die Königsberger Richter machte 1870 das Mißtraue der Bismarckschen „Wachtstubenjurisprudenz“ vollständig. Sie konnte nur deshalb jetzt wieder von der Regierung hervorgeholt werden, weil inzwischen fast ein halbes Jahrhundert vergangen ist und kaum noch ein Mensch die Handhabung des Gesetzes über den Belagerungszustand im Kriegsfalle aus eigenem

Erleben kennt, das Gesetz selbst auch fast völlig in Vergessenheit geraten ist. Das was auch den heutigen Regierungsvertretern als Entschuldigung angesehen werden.

Die verfassungs- und gesetzmäßige Notwendigkeit, den Belagerungszustand wieder aufzuheben, möchte ich in einem Schlussartikel begründen.

Schweden und die Friedensausichten.

Am 21. Mai fanden in Stockholm große Friedensdemonstrationen statt. In zwei öffentlichen Versammlungen sprachen Genosse Palmström, Dr. Albert Schenk aus Bern, Dr. Gusti Weizsäcker, Dr. Volmer, Dr. de Jong von Beel en Donk (der Geschäftsführer des Anti-Delego-Heads), Genosse Lindhagen, die amerikanische Professorin Emilie G. Walsh, Frau Dr. Lugga-Widell und Fräulein Helene Berg aus Kopenhagen. Auf den Straßen wurden weiße Narzissen als Friedensblumen verkauft. Der Erlös soll für die Notleidenden in Belgien und Polen zur Verfügung gestellt werden.

Hauptredner der Versammlung im „Auditorium“, die Genosse Lindhagen leitete, war Genosse G. Pranting.

Wir geben in folgendem einen Auszug aus seiner im „Socialdemokraten“ zum Abdruck gelangten Rede:

Wir haben einen langen und harten Winter hinter uns, und seine Nachwehen machen sich auch jetzt noch bemerkbar. Aber trotzdem fühlt man von Tag zu Tag mehr, daß die Herrschaft des Winters vorbei ist. Ein ähnliches Gefühl hat man, was den Weltkrieg angeht. Die Situation ist nicht so dunkel und hoffnungslos wie im vergangenen Jahre. Man hat eine leise Empfindung, daß der Friede nahe im Anmarsch ist, trotz alledem.

Schweden hatte das unglückliche Glück, nicht in den Weltkrieg hineingezogen zu werden. Trotz aller Verusche, Schweden in den Weltkrieg zu führen, blieb das Land neutral. Aber der Neutralitätswillen, der sich so deutlich dokumentiert hatte, wurde nicht von allen Seiten respektiert. Der erste Anstoß zur Kriegshetze konnte verhältnismäßig leicht bemerkt werden. Alle Parteien wiesen mit Nachdruck die Bemerkungen einiger weniger ab.

Aber von der aktivistischen Seite arbeitete man systematisch weiter und schürte die Mißstimmung. Der Höhepunkt der Unruhe wurde im Dezember-Januar erreicht. In den Diskussionen über die Rede des Staatsministers in Göteborg und über die Ausschlußdebatten mußte die Reichstagsgruppe sich ausdrücklich eine abwartende Stellung vorbehalten, da die Regierung sich nicht sehr deutlich ausdrückte. Das blieb so während der Vorbereitung der Landtagswahlen. Man kann dann schließlich zu der Ueberzeugung, daß die Kriegshetze nur ein kleines Hülsenlein, selbst innerhalb der politischen Partei, seien, der sie angehören. Wir warnten jedoch heftigen, dem Schweigen während der Wahlen allzuviel zu vertrauen, und wir hatten recht: Die Landtagskampagne begann und erregte innerhalb einiger Wochen aufs neue den Sturm.

Der Aktivismus hatte seine ganze Kraft an dieser empfindlichen Stelle eingesetzt. Die unzufriedene Preß- und Versammlungstätigkeit, die in der Steffen-Interpellation mündete, ging nicht nur darauf aus, Klarheit zu schaffen und eine beruhigende Situation zu einer befriedigenden Lösung zu führen, sie zielte offenbar darauf hin, militärische Maßnahmen zur Anwendung zu bringen, das heißt Schweden in die Weltkriestrophie hineinzutreiben. Die Reichstagsgruppe vom 17. Mai hat nun abermals den Willen des Volkes und der Regierung bewiesen, daß das Volk zwar seine Interessen wahrgenommen haben will, daß das jedoch auf dem Verhandlungswege geschehen soll. Der bestimmte Neutralitätswillen kam abermals zum Ausdruck. Selbst die Vertreter von den vier großen Monarchistischen Verbänden des Landes haben es jetzt für notwendig gehalten, hervorzutreten und ihren Anschluß an die Friedens- und Neutralitätspolitik der Regierung und Volk öffentlich bekanntzugeben und die aktivistische Propaganda fallen zu lassen.

Die praktischen Männer, die im Erwerbsleben stehen, demonstrieren für den Frieden, denn sie wissen, ebenso wie die Frauen, was der Frieden für das Land bedeutet. Aber eine Anzahl von Theologen der Rechten, Professoren wie Hjörne, Steffen und Kjellén, zeichnen an ihrem Schriftstück eine eigene Karte von Europa, für die sie auf Grund ihrer größeren Weisheit ehrsüchtigen Respekt verlangen. Es ist unmöglich, dabei nicht an die Verse auf das deutsche Frankfurter Parlament 1848 zu denken:

Hundertfünfzig Professoren!
Vaterland, du bist verloren!

Pranting geht dann auf die Versicherung der französischen, englischen und russischen Regierung ein, daß die Befestigung der Neutralität nach Friedensschluss wieder verbindlich sollte, und er sagt, daß damit außer Zweifel stehe, daß Schwedens Neutralität anerkannt werde, solange es selbst seine Neutralität bewahre.

Man müsse sich, meint Pranting später, über die Auffassungen in den kriegsführenden Ländern über einen sicheren und dauerhaften Frieden vergewissern, denn allein einen solchen wänten die Friedensfreunde anstreben. Die vorbereitende Friedensarbeit, die in der weiteren Präzisierung der Kriegsziele liegt, geht deutlich vorwärts. Aber dazu ist die eigene Mitwirkung des deutschen Volkes notwendig. Als ich das in einem Interview für den „Tempo“ aussprach, begegnete das zwar dem Protest der Zeitung, aber unser französisches Parteihauptorgan schloß sich dem Gedanken ausdrücklich voll an.

Die Friedensgedanken sind, meint Pranting, auf alle Fälle im Anmarsch. Bewiß sind noch Schwierigkeiten zu überwinden, aber so trostlos wie vor einem Jahr ist es nicht. Die ersten schwachen Strahlen der Friedenssonne beginnen den Horizont zu erhellen. Es ist zu hoffen, daß die Sonne höher steigt und daß es nicht mehr lange währt bis zu den Tagen des sicheren und dauernden Friedens, daß die Menschheit wieder aufatmen kann nach der furchterlichen Nachtmar dieses Krieges.

Zur Friedensdebatte im Unterhause.

Rotterdam, 25. Mai. (W. L. B.) „Rotterdamsche Courant“ meldet aus London: Bei der gestrigen Friedensdebatte im Unterhause sagte der liberale Abgeordnete Ponsonby: Es ist ebenso Pflicht des Unterhauses, die Arbeit der Diplomatie zu leiten, wie über die Kriegsführung zu wachen. Wir haben keine Ursache, uns zu diplomatischen Erfolgen vor oder während des Krieges zu beglückwünschen. Wenn der Krieg fort dauern soll, bis der deutsche Reichskanzler und der Staatssekretär des Reiches sich darüber geeinigt haben, wer für den Ausbruch des Krieges verantwortlich ist, fürchte ich, daß das Ende noch in weiter Ferne liegt. Der Redner fuhr fort: Hat Deutschland sich geweigert, Belgien wiederherzustellen und Frankreich und Serbien zu räumen? Hat es sich geweigert, ein unabhängiges Königreich Polen aufzurichten und an der Ernennung einer internationalen Kommission zur Erhaltung des europäischen Friedens mitzuwirken? Wir wissen es nicht, und Deutschland wurde nie darum gefragt. Das englische Volk muß wissen, ob Deutschland diese Dinge verweigert habe, oder ob ein anderes geheimes Abkommen England daran hindert, Friedensverhandlungen anzufangen.

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 26. Mai 1916. (W. L. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Links der Maas wurde ein von Turlas ausgeführter Handgranatengriff westlich der Höhe 304 abgeschlagen.

Auf dem östlichen Maasufer setzten wir die Angriffe erfolgreich fort. Unsere Stellungen westlich des „Steinbruchs“ wurden erweitert. Die Thianmont-Schlacht überschritten und der Gegner südlich des Forts Douaumont weiter zurückgeworfen. Bei diesen Kämpfen wurden weitere 600 Gefangene gemacht. 12 Maschinengewehre erbeutet.

In der Gegend von Loivre nordwestlich von Reims machten die Franzosen einen ergebnislosen Gasangriff.

Das im Tagesbericht vom 21. Mai erwähnte, südlich von Chateau-Salius abgeschossene Flugzeug ist das fünfte von Leutnant Wintgens im Luftkampf außer Gefecht gesetzt.

Ostlicher und Balkan-Kriegsschauplatz.

Keine wesentlichen Ereignisse.

Oberste Heeresleitung.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 26. Mai. (W. L. B.) Amtlich wird verlautbart:

Russischer und südöstlicher Kriegsschauplatz.

Unverändert.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Im Saganerabschnitt eroberten unsere Truppen den Civaron (südöstlich Burgas) und erlitten die Ester-Spige (Gima Uabli).

Im Ranne nördlich von Skago erlitten Teile des Grazer Korps einen neuen großen Erfolg. Der ganze Höhenrücken von Corna di Campo Verde bis Meata ist in unserem Besitz. Der Feind erlitt auf seiner Flucht in unserem wirkungsvollsten Geschützfeuer große blutige Verluste und ließ über 2500 Gefangene, darunter einen Oberst und mehrere Stabsoffiziere, 4 Geschütze, 4 Maschinengewehre, 300 Fahrräder und viel sonstiges Material in unseren Händen.

Nördlich Arsiera wurden die Italiener zuerst aus ihren Stellungen westlich Bacarole vertrieben; sodann säuberten unsere Truppen in feldmäßigem Kampfe die Waldungen nördlich des Monte Cimone und besetzten den Gipfel dieses Berges. Im oberen Postina-Tal ist Bestalio gewonnen.

Unsere Landstieger bewarfen die Bahnhöfe von Peri, Schio, Thiene und Vicenza, unsere Marinekriegler die Luftzughalle und den Binnenhafen von Grado mit Bomben.

Nachts warf ein feindliches Luftschiff zahlreiche Bomben auf Triest ab, die jedoch niemand verletzten und auch keinen Schaden verursachten.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes,
v. Doerfer, Feldmarschalleutnant.

Ereignisse zur See.

Eines unserer Unterseeboote hat am 23. morgens die bedeutenden Hochseer von Portoferraio auf der Insel Elba sehr erfolgreich beschossen. Das Feuer wurde von einer Strandbatterie wirkungslos erwidert. Anschließend an die Beschädigung versenkte das Unterseeboot den italienischen Dampfer „Washington“.

Flottenkommando.

Ramsay MacDonald (Arbeiterpartei) sagte: England kann, wenn es noch einiges Vorgefühl hat, keinen Frieden annehmen, der den Verlust der belgischen Souveränität mit sich bringt. Grey sollte aber Deutschland fragen, ob es Belgien räumen wird, sobald die Friedensverhandlungen beginnen. Es ist auch notwendig, in Europa den beachtlichen Einfluss von Rationen zu befestigen, die sich unter fremder Herrschaft unglücklich fahlen. In diesem Zusammenhang, sagte der Redner, möchte ich den Staatssekretär des Reiches ermahnen, das Verbot in Abrede zu stellen, daß wir mit Rußland ein Abkommen getroffen haben, wonach das Rationalitätsprinzip nicht in Anwendung gebracht werden kann. Dieser Krieg muß mit der Vernichtung des Militarismus in Europa enden. (Weisfall.) Wir müssen aber erklären, daß wir selbst bereit sind, das Unzige dazu beizutragen, um dem Militarismus ein Ende zu machen, wenn wir von Deutschland verlangen, seinerseits damit aufzuräumen. Die deutschen Sozialdemokraten verbreiten Neben von Runciman in den Schützengraben, als Beweis dafür, daß es Englands Absicht sei, die deutschen Familien in Armut zu stürzen. MacDonald schildert dann die furchtbaren Leiden der neutralen Länder, wie Norwegen, Schweden und Holland, vor allem in Holland, wo die Löhne nicht im Verhältnis zu den Hungernotpreisen gestiegen seien. Er setze sich dafür ein, daß der Krieg nicht länger dauern dürfe, als bis er sein höchstes Maß an guter Wirkung erreicht habe. Grey und das Unterhaus seien nur dann wert, den tapferen Männern, die für England ihr Leben aufopfern, in die Augen zu sehen, wenn sie dafür Sorge tragen, daß keine Gelegenheit zu diplomatischen Verhandlungen veräußert wird.

Friedenserörterungen.

London, 26. Mai. (W. L. B.) „Daily News“ schreibt in einem Leitartikel: Die wahre Antwort auf die gemäßigten und ehrlichen Neben-Ponsonby und MacDonalds ist weniger in Greys Rede, als dem Interview des Reichskanzlers zu finden. Deutschland verlangt zweifellos nach Frieden, aber Bethmann Hollweg läßt und ein wenig über die Bedingungen in Zweifel, unter denen er großmütig bereit ist die Verhandlungen aufzunehmen. Die Alliierten sollen zugeben, daß Deutschland der Sieger ist. Solange diese Stimmung in Deutschland herrscht, müssen wir, so sehr wir es bedauern, erklären, daß keine solide Grundlage zu einem Abkommen vorhanden ist.

Zürich, 25. Mai. (W. L. B.) Die „Zürcher Post“ berichtet unter „Friedensströmungen“ die merkwürdige Verstärkung, die in den letzten Monaten der Friedenswille erfahren habe, der jetzt auch aus dem Volke zu den politischen Führern dringe. Im Verlaufe seiner Ausführungen betont das Blatt, daß den Neutralen der Standpunkt, wie ihn Poincaré in seiner Rede in Nancy einnahm, der die militärische Lage und Stimmung des französischen Volkes, das nicht weniger Friedenssehnsucht empfinde, als die anderen Völker, nicht zu erkennen scheint, sehr seltsam berähre. Das Blatt bemerkt dazu unter anderem: Frankreich aber regiert nicht Herr

Poincaré allein. Man darf die Hoffnung setzen, daß von anderen französischen Staatsmännern die Notwendigkeiten der Stunde schärfer erkannt werden. Schließlich führt das Blatt dem Schluß von Bethmanns Antwort auf die Verhandlungen Greys an, worin er von den feindlichen Staaten fordert, daß sie sich auf den Boden der Tatsachen stellen, und sagt: Man muß diesem Standpunkt eine Berechtigung zuerkennen. Man kann von keinem Staate verlangen, daß er nach zweijährigem Kriege das zur Seite schiebe, was an ungebauten Opfern militärisch erzwungen ward. Unter den verantwortlichen Staatsmännern Deutschlands denkt wohl keiner daran, den Frieden zu distanzieren. Man hat hier aus dem Verlaufe des Krieges, der manches gründlich berichtigte, wohl auch nicht die Erkenntnis gewonnen, daß die Verbandsstaaten die Mittelkräfte um Frieden bitten müssen. Wenn aber Deutschland den Willen zeigt, wie deutlich aus Bethmanns Worten hervorgeht, die Lage zu nehmen, wie sie ist, so darf man es mit mindestens gleichem Rechte von den Gegnern verlangen, daß diese sich den Erkenntnissen nicht verschließen, die aus der allgemeinen militärischen Lage und aus den politischen Verhältnissen leicht zu ziehen sind. Freilich gehört dazu mehr Mut als für dramatisierende Kriegstreden, die das Volk in unverantwortlicher Weise täuschen.

Wilson's Ansichten.

Washington, 25. Mai. (W. L. B.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Besucher des Weißen Hauses, die mit Wilson über die Lage gesprochen haben, erklären, daß Wilsons Haltung gegenüber den Friedensvorschlägen neutral ist und daß er nur dann intervenieren kann, wenn die Kriegführenden zu einer beiderseitigen Verständigung über die Bedingungen eines Vergleichs gelangt sind.

Eine Unterredung mit Botschafter Gerard.

Der „Boss. Hg.“ wird gemeldet: München, 26. Mai. Der Botschafter der Vereinigten Staaten in Berlin, Gerard, hat die Korrespondenten der Münchener Zeitungen empfangen, und ihnen Mitteilungen über die Lösung der deutsch-amerikanischen Streitfrage gemacht. Der Botschafter beklagte sich zunächst, daß längere Zeit hindurch Mißverständnisse durch Zwischenträger und Geyer, insbesondere über den Notenwechsel zwischen Amerika und Deutschland hervorgerufen worden seien. Sodann fuhr der Botschafter fort: „Die Krisis ist jetzt glücklich überwunden. Ich wüßte nicht, von welcher Seite eine Trübung der nunmehr wieder herrschenden guten Beziehungen zwischen Amerika und Deutschland drohen sollte. Die Festigung unserer guten Beziehungen zu Deutschland ist einer der wichtigsten Faktoren bei der diplomatischen Lage, vor der meine Regierung augenblicklich steht. Sie hat vor allen Dingen jetzt, nachdem die Differenz mit Deutschland glücklich beigelegt ist, völlig freie Hand, sich mit der Lösung anderer während des Krieges entstandenen Schwierigkeiten zu beschäftigen.“

Abgesehen von der Betätigung dieser Aufgaben, bei denen der amerikanische Standpunkt allein zu vertreten ist, wird die Regierung des Präsidenten Wilson nunmehr auch mit der größten Freiheit des Handelns den ungeheuren Weltproblemen gegenüberstehen, die die zukünftige Welt fast aller Staaten der Erde festlegen wird. Es ist ganz zwecklos, sich noch dazu augenblicklich mit der Frage zu beschäftigen, ob die Friedensvermittlung erwünscht oder wahrscheinlich sei. Hier müssen Tatsachen allein sprechen, und eine der wichtigsten Tatsachen ist wohl die, daß für die neutralen Länder die Hoffnung auf einen baldigen Frieden ebenso bedeutungsvoll ist, wie für die kriegführenden Mächte. Amerika braucht ebenfalls dringend den Frieden, und schon aus diesem Grunde allein hat die amerikanische Regierung ihren Bürgern gegenüber die Pflicht, alles zu tun und zu unterlassen, was der Sache des Friedens dienlich könnte.

Ich bin sehr optimistisch in bezug auf die Fortschritte, die der Friedensgedanke auch bei den kriegführenden Mächten aufweisen wird. Die klugen und maßvollen Worte des Reichskanzlers über die deutsche Friedensbereitschaft haben vielleicht ihre stärkste Wirkung — das kann ich Ihnen sagen — in Amerika gehabt und den Eindruck gefestigt, daß Ruhe und Sicherheit alle weiteren Schritte leiten werden. Wann ein nächster Schritt erfolgen wird, und wie sich überhaupt die weitere Entwicklung des Friedensgedankens vollziehen mag, sei dahingestellt. Jedenfalls bin ich überzeugt, daß von seiten meiner Regierung nichts unterlassen wird, um Friedensbestrebungen, von welcher Seite sie kommen mögen, nach Kräften zu fördern. Mögen auch noch Wochen und Monate vergehen, bis der Gedanke greifbare Gestalt annimmt, nichts kann mich wankend machen in meiner Zuversicht, daß der Friede unterwegs ist.“

Die amerikanische Presse über Bethmanns Interview.

New York, 26. Mai. (W. L. B.) In einer Besprechung der Unterredung Karl v. Biegands mit dem deutschen Reichskanzler schreibt „World“ in einem Bericht aus Washington: Regierungskreise halten diese Ausführungen für einen wirklichen Schritt in der Richtung auf den Frieden. Sie sind der Meinung, daß der Reichskanzler etwas Greifbares gegeben hat, mit dem gearbeitet werden kann. In einem Aufsatz der Redaktion sagt „World“: In der Unterredung mit dem Reichskanzler wird man vergeblich nach einem Wort suchen, das einem baldigen Frieden günstig ist. Sie part von Vorwürfen und Herausforderungen, und wird unterführt von einem prächtigen Selbstvertrauen und in hohem Maße auch durch Tatsachen. Man kann sagen, daß der Kanzler, statt Frieden zu bieten, den Krieg aufs neue erklärt. Was man aus der Kriegskarte erleben mag, hängt von dem Geiste ab, in dem man sie prüft. Sie geht auf den ersten Blick sehr eindringlich, daß Deutschlands Heere überall auf fremdem Boden stehen. Wenn man sagt, daß Deutschland keine Fortschritte macht, so muß man zugeben, daß seine Feinde auch bei einem Stillstand angelangt sind. Es gibt jedoch eine größere Kriegskarte, als die, die Deutschland so viel stolz betrachtet. Wenn wir auf die Weltfragen zur See blicken, so finden wir sie ebenso fest in der Hand Englands, wie Belgien oder Nordfrankreich in der Hand Deutschlands sind. Wenn wir auf das deutsche Kolonialreich blicken, das mit großen Opfern aufgerichtet worden ist, sehen wir alles bis auf eine Befestigung in feindliche Hand, und diese eine ist stark bedroht. Die Landstreitkräfte Deutschlands halten einige Tausend Quadratkilometer feindlichen Gebietes besetzt, während Englands Seemacht über eine Million Quadratmeilen deutschen Gebietes in allen Weltteilen besetzt hält. Ein Stadium des Krieges, das so wichtig ist wie eines von diesen, kann nicht auf einer Karte veranschaulicht werden. Zweifellos hat England die Bedeutung der wirtschaftlichen Räte für seine Feinde übertrieben, aber die Tatsache, daß der Druck beginnt, fühlbar zu werden, steht fest. Eine Nation, die ihr Recht zur See nicht ausüben

kann oder will, muß auf dem Lande mehr erreichen, als nur sich zu behaupten. Friedensvorschläge sind gegenwärtig überall unerwünscht, weil die Kriegslagen nicht bezeichnend genug sind. Die Gegenrechnungen gleichen einander aus. Es bleibt nur ein Schluß: daß nämlich der Kampf um die Ueberlegenheit weitergehen muß, bis die Karten, Interessen und Ansichten sich so völlig verändert haben, daß jedermann dies erkennen und danach handeln muß.

„Evening Post“ schreibt in einem Artikel der Redaktion: Karten sind Karten. Wenn sie deutsche Truppen in Belgien, Nordfrankreich und Polen zeigen, so zeigen sie auch die Russen tief im Innern der Türkei und alle koloniale Besitzungen Deutschlands in der Hand seiner Feinde. Es gibt auch eine Karte der Meere; diese zeigt die deutsche Flotte abgesperrt, die deutsche Handelsflotte von den Ozeanen weggesperrt. Würde der Reichszugler davon träumen, einen Frieden auf der Grundlage dieser Gesamtlage anzunehmen? Nicht einen Augenblick. Er hält es nicht für gerecht, die Karte der Meere zu betrachten. Die einzige Karte, an die er denkt, ist die von Mitteleuropa. Macht auf dem Lande ist das Einzige, was nach seiner Ansicht in Frage kommt.

„Tribune“ schreibt: Engländer und Franzosen betrachten diesen Krieg nicht als einen Krieg gegen eine andere Nation oder ein anderes Volk, für sie beide ist es ein Krieg gegen einen Grundgesetz, dessen Vorherrschendes alles zerstören würde, was sie lieben und achten. Unter solchen Umständen sind Franzosen und Engländer geht nicht dazu bereit, sich mit der Nation, die diesen Grundgesetz predigt und danach gehandelt hat, zu verständigen, jetzt, da sie den letzten möglichen Vorteil aus dessen Anwendung gezogen hat und diesen Grundgesetz für den Augenblick beiseite legen und aus den Verträgen der Jubilations, die sie zu zerstören gesucht hat, Vorteile ziehen möchte. Wenn der gegenwärtige Krieg unentschieden bleibt und es eine Verständigung auf der Grundlage der Karte gibt, wie der Reichszugler vorschlägt, so wird es nur ein Waffenstillstand und ein Aufschieben sein.

Der französische Tagesbericht.

Paris, 25. Mai. (B. L. V.) Amtlicher Bericht von Donnerstag nachmittag. Am linken Ufer der Maas ziemlich heftiger Artilleriekampf im Abschnitt der Anhöhe 804 und an der Front Toter Mann—Cunieres. Während der Nacht machten die Franzosen im Handgranatenkampf Fortschritte in den Baumbeständen hart östlich vom Dorfe Cunieres. Die Deutschen machten keinen Angriffswert. Am rechten Ufer konnten die Deutschen nach einem starken Angriff in einem der französischen Schützengräben nördlich vom Steinbruch von Gaudromont Fuß fassen. Die Beschießung ist in der Gegend von Douaumont andauernd auf beiden Seiten sehr heftig, doch sind keine Infanterietätigkeiten statt. An der übrigen Front war die Nacht verhältnismäßig ruhig.

Paris, 26. Mai. (B. L. V.) Amtlicher Bericht von gestern abend. Auf dem linken Ufer der Maas hat sich die feindliche Artillerietätigkeit gegen unsere Stellungen an der Höhe 804 im Laufe des Tages verstärkt. Auf dem rechten Ufer haben die Deutschen nach heftiger Beschießung gegen 5 Uhr eine Reihe von Angriffen zwischen dem Walde von Gaudromont und dem Gehölze von Thiaumont unternommen. Alle diese Angriffe wurden mit schweren Verlusten zurückgeschlagen mit Ausnahme einer Stelle, wo feindliche Abteilungen sich eines Teiles des Grabens bemächtigt haben. In der Gegend von Douaumont dauert die Artillerietätigkeit mit sehr großer Festigkeit an. An einer anderen Stelle haben unsere weittragenden Geschütze einen Brand in einem deutschen Wassertalager bei Handicourt (nordöstlich von St. Mihiel) hervorgerufen. Zeitweilige Kanonade an der übrigen Front.

Im Laufe eines Luftkampfes hat einer unserer Flugzeugführer einen Holzerparat abgeschossen, der in die feindlichen Linien nördlich vom Baum herabstürzte. In dieser Gegend hat ein unserer Geschwader einer Gruppe von deutschen Flugzeugen einen Kampf geliefert. Zwei feindliche Flugzeuge, die ernstlich beschädigt wurden, wurden zum Landen gezwungen.

Belgischer Bericht: Jiemlich starke beiderseitige Artillerietätigkeit in der Gegend östlich von Verwye. Wir haben ein vernichtendes Feuer auf Dignuiden und Umgebung gerichtet.

Die englische Meldung.

London, 25. Mai. (B. L. V.) Britischer Bericht. Beträchtliche Minenstätigkeit, die günstig für uns verläuft, in dem vorliegenden Abschnitt von Loos gestern abend und heute. Weibersseitige Artillerietätigkeit an vielen Stellen.

Der russische Kriegsbericht.

Petersburg, 26. Mai. (B. L. V.) Amtlicher russischer Bericht vom 25. Mai. Westfront. Westlich der Insel Dolen griffen die Deutschen nach heftiger Artilleriebereiterung an, sie drängten unsere Vorposten zurück und nahmen einen unserer vorgeschobenen Gräben. Im Gegenangriff warfen wir den Feind wieder heraus; er zog sich auf seine Gräben zurück. Unsere Verluste sind unbedeutend. Wir wiesen einen Versuch des Gegners, gegen Karpilowka, 10 Werst nördlich des Bahnhofs von Dlyta, vorzugehen und unsere Drahthindernisse zu zerstören, durch Feuer ab. Auf der übrigen Front ist die Lage unverändert.

Kaukasusfront: In Richtung Rosul schlugen wir einen feindlichen Angriff auf Armandus ab. In den anderen Richtungen ereignete sich nichts Wichtiges. Unsere in Richtung Kermanischah-Sakr-Schirin operierenden Truppen hatten ein Zusammenstoßen mit englischen Kräften am Zigis fluhabwärts Kut el Amara. Am 22. Mai erreichten Kosaken das Hauptquartier des Kommandanten der britischen Truppen in Mesopotamien.

Meldung der italienischen Heeresleitung.

Rom, 26. Mai. (B. L. V.) Amtlicher Bericht vom Donnerstag: Vom Stillen Meer bis zum Garbalee gegenseitige Artilleriebeschießung und sehr lebhaftes Infanteriefeuer im Abschnitt von Gebedale und des Tonale. Im Lagarinalal führte der Feind in der Nacht zum 24. Mai nach sehr heftiger Beschießung unserer Stellungen auf der Corni Jugna zwei Angriffe in Richtung auf Serravalle und den Col Vuolo aus. Er wurde kräftig zurückgeworfen. Am Morgen des 24. Mai führte er mit frischen Truppen erneut einen heftigen und erbitterten Angriff gegen den Col Vuolo aus. Er wurde aber mit sehr schweren Verlusten zurückgeworfen und durch unsere Truppen verfolgt, die noch die Höhe Parmesan südlich des Berges wieder zurückerobereten. Während des 24. Mai lebhaftes Artilleriegeschütz. Unsere Batterien erzielten einen Volltreffer auf ein feindliches Geschütz mittleren Kalibers, das nach Ponzachio gezogen wurde, und stürzten es um. Zwischen dem Brandale und Posina richtete der Gegner, nachdem er während des 23. tagsüber unsere Stellungen bei Pasubio unter Feuer gehalten hatte, während der Nacht mit starken Infanterieabteilungen einen Angriff auf sie. Seine Reichen wurden durch unser Feuer niedergemäht und in Auflösung zurückgeschlagen. Zwischen Posina und dem Stadtale entwickelte der Feind gestern eine starke Artillerietätigkeit längs der Linie vom Monte Maggio bis Tosaro. Unsere Batterien antworteten wirksam. Im Abschnitt von Alago und im Eganental ist die Lage unverändert. Auf dem übrigen Teile der Front bis zum Meere zeitweilig ausgedehnte Artillerietätigkeit. Unsere Batterien ver-

ursachen auf den jenseitigen Hängen des Monte San Michele eine Explosion in einem Munitionslager. Cadorna.

Der italienische Kommandeur im Trentino seiner Stellung enthoben.

Bern, 26. Mai. (B. L. V.) Laut Mailänder Blättermeldungen ist der Generalleutnant Roberto Brusati, der Führer der in Trentino stehenden italienischen ersten Armee, zur Disposition gestellt worden.

Der „Temps“ wünscht die Saloniki-Offensive.

Bern, 26. Mai. (Z. U.) Nach der gestrigen diplomatischen Rundschau des „Temps“ zu schließen, wird die Offensive der Saloniki-Armee zwar ernstlich erwogen, ist aber noch nicht beschlossen. Der „Temps“ schreibt: Der Sommer, der die Ausbänkungen der Barbarskämpfe entwirft, treibt die Alliierten den Höhen zu, welche die Serben zu überschreiten brechen. Ein Vormarsch von Saloniki aus, der die Schwächung der bulgarischen Front ausnützt, scheint die logische Antwort auf die feindlichen Unternehmungen zu sein. Das Zusammenwirken der Kräfte und die Einheit der Aktion sprechen auch für eine Offensive gegen Bulgarien, und wenn auch alle Elemente des Problems noch nicht vollständig gelöst sind, so ist die edle Ungeduld der Serben bestimmt, den Entschlüssen eine neue Initiative zu geben. In London wie in Paris oder anderswo wird man nicht vergessen, daß die Sprengung des deutsch-türkischen Verbindungsweges den Zentralmächten und ihren Verbündeten einen fürchtbaren Stoß versetzen würde.

Französischer Fliegerangriff auf Ueslüb.

Saloniki, 26. Mai. (B. L. V.) Meldung des Neuterischen Bureau. Französische Flieger warfen morgens Bomben auf Kanti, Beles und Ueslüb ab und richteten Schaden an. Sämtliche Flieger sind wohlbehalten zurückgekehrt.

Englische Meldung aus Aegypten.

London, 26. Mai. (B. L. V.) Amtlicher Bericht aus Aegypten. Zur Vergeltung für den Luftangriff auf Port Said haben vier britische Flugzeuge vierzig Bomben auf die vorgeschobenen Stellungen des Feindes abgeworfen und dabei Wasserbehälter bei Roddhalen zerstört, wodurch sie den ganzen Plan des Feindes zunichte gemacht haben. Es stellt sich heraus, daß das Luftgeschwader, das am 18. Mai El Larisch bombardiert, aus Deutschen bestand.

Vom U-Boot-Krieg.

London, 26. Mai. (B. L. V.) Lloyd meldet: Der italienische Dampfer „Ercote“ wurde im Mittelmeer von einem U-Boot versenkt. — Neuter meldet, daß der spanische Dampfer „Auzerra“ versenkt wurde.

(Anmerkung des B. L. V.: Der spanische Dampfer wird also wohl Kanntware an Bord gehabt haben.)

Holländische Protestnote an Deutschland.

Amsterdam, 25. Mai. (B. L. V.) Der Schiffsfahrtsrat gab folgenden Auspruch über die Versenkung des Dampfers „Verkeelstroom“. Der Teil der Ladung des Dampfers, der eventuell als Konterbande betrachtet werden könnte, bildete weit weniger als die Hälfte der an Bord befindlichen Gesamtladung, gleichgültig ob man nach dem Wert, dem Umfange, oder dem Gewicht rechnet. Nach der Erklärung des Sachverständigen, der sich der Rat anschließt, darf ein Schiff nur dann beschlagnahmt werden, wenn die an Bord befindliche Kanntware mehr als die Hälfte der Gesamtladung ausmacht. Es steht also fest, daß die „Verkeelstroom“ widerrechtlich von der Besatzung eines deutschen U-Bootes versenkt worden ist.

Die Direktion der Holländischen Dampfschiffahrts-Gesellschaft, welcher die „Verkeelstroom“ gehörte, hat an den Minister des Aeußern eine Denkschrift gerichtet, in der sie ihn ersucht, bei der deutschen Regierung wegen der Versenkung des Schiffes Einspruch zu erheben, eine vollständige Vergütung des Schadens zu fordern und Vürgschaften für das Verhalten der Kommandanten deutscher Kriegsschiffe gegenüber neutralen Schiffen für die Zukunft zu verlangen.

Haag, 26. Mai. (B. L. V.) Halbamtlich wird gemeldet, daß das holländische Ministerium des Aeußern durch den niederländischen Gesandten in Berlin der deutschen Regierung eine Protestnote über die Versenkung der „Verkeelstroom“ übersandt habe. Der Text der Note wird dieser Tage in einem Drangebuch veröffentlicht werden.

Englischer Wehrpflicht-Aufruf.

London, 25. Mai. (B. L. V.) Der König hat eine Botschaft an das englische Volk gerichtet, in der alle diensttauglichen Männer zwischen 18 und 45 Jahren unter die Fahnen gerufen werden. Der König dankt dem Volke für seine patriotische Haltung, die es ermöglicht habe, mittels freiwilliger Rekrutierung eine Armee von 5 041 000 Mann aufzustellen.

Zimmerwald und die französische Parteioption.

Französische Parteiblätter veröffentlichen eine Unterredung, die der sozialistische Kammerdeputierte Raffin-Dugens, der sich bekanntlich an den Arbeiten der zweiten Zimmerwälder Konferenz beteiligte, einem Mitarbeiter des „Bonnet Rouge“ gewährte. Leider ist die Wiedergabe durch die Zensur arg verstümmelt, wir können deshalb die Äußerungen Raffin-Dugens über seine Eindrücke von der Konferenz nur druckstückweise reproduzieren.

Raffin-Dugens sagte unter anderem: „Es ist richtig, daß die deutsche Delegation von den Verantwortlichkeiten sprach, die alle Regierungen für diesen Krieg tragen. Die deutsche Delegation war im Grunde genommen berechtigt, so zu sprechen, nachdem ja die Ententezialisten auf ihrer Londoner Konferenz das gleiche gesagt haben. Ich selbst habe ebenfalls über die Verantwortlichkeiten gesprochen und einen Abriß der geschichtlichen Ereignisse der letzten Jahre gegeben. Und was ich in Kienhal sagte, bin ich bereit, von der Tribüne des Parlaments herab zu wiederholen.“

Auf die Frage, welche Bedeutung Raffin-Dugens der zweiten Zimmerwälder Konferenz beimesse, antwortete er dem Vertreter des „Bonnet Rouge“: „Eine große politische Bedeutung und zwar in diesem Sinne, daß sie den Sektionen der Internationalen den Weg zeigt, den sie einzuschlagen haben. Allerdings habe ich mir keine Illusionen gemacht. Weder als wir die Grenze überschritten hatten, um zur Konferenz zu fahren, noch als wir sie überschritten, um heimzukehren, haben wir geglaubt, daß wir nun etwa sofort die Weiterführung des Krieges verhindern könnten. Aber wir hatten die Gewißheit, daß wir unsere sozialistische Pflicht erfüllen. Ich hätte selbst an der ersten

Konferenz in Zimmerwald teilgenommen, wenn ich eingeladen worden wäre.“

Was die Vorladung des Parteivorstandes betrifft, vor dem sich die drei Abgeordneten hätten rechtfertigen sollen, sagte Raffin-Dugens: „Zunächst, ich wurde eingeladen, mich vor dem Parteivorstand zu erklären. Ich werde prüfen, ob ich der Einladung Folge zu leisten habe. Sie können indessen versichert sein, daß, wenn ich der Einladung Folge, es nicht geschieht, um dort als Angeklagter zu erscheinen. Schließlich haben wir in Kienhal nur getan, was der Generalstab der sozialistischen Partei Frankreichs seit langem hätte im Haag tun sollen.“ Hier kommt ein weicher Fleck, der den weiteren Zusammenhang unterbricht.

Raffin-Dugens antwortet sodann auf die Frage, was seine Wähler und was die Soldaten zu seiner Beteiligung an der zweiten Konferenz sagen, mit dem Hinweis auf die verschiedenen Zeitschriften, die er aus den Schützengräben und aus Parteifreien erhielt und in denen er zu seiner Stellungnahme beglückwünscht wird. Uebrigens meint er, handelt es sich jetzt nicht darum, Wahlpolitik zu treiben, sondern die sozialistische Pflicht und die Pflicht der Menschlichkeit zu erfüllen. Und er schließt mit den Worten: „Die Glückwünsche meiner Freunde gefallen mir übrigens, um zu bestätigen, daß ich mich auf dem richtigen Wege, auf dem sozialistischen Wege befinde. Das genügt mir.“ (z)

Kriegstagung der italienischen Kammer.

Bern, 26. Mai. (B. L. V.) Laut Mailänder Blättermeldungen wurde gestern die Tagesordnung für die auf den 6. Juni anberaumte Wiedereröffnung der italienischen Kammer veröffentlicht. Danach sollen das Budget des Innern, der Finanzen, des Schatzes, der Kolonien, des Krieges und der Marine behandelt werden. „Corriere della Sera“ glaubt, daß nur das Budget des Ministeriums des Innern besprochen werden werde. Für die anderen sei wahrscheinlich keine Zeit. Die Regierung werde bereits am 9. oder 10. Juni den Voranschlag für 1916/17 einbringen. Voraussichtlich gehe die Kammer dann sofort in die Ferien. Sehr wahrscheinlich enthalte der Voranschlag eine Reihe wichtiger finanzieller, durch die Kriegsbedürfnisse bedingter Maßnahmen.

Holländische Kriegskredite.

Haag, 26. Mai. (B. L. V.) Der Kriegsminister hat heute in der Zweiten Kammer in der Debatte über den außerordentlichen Kriegskredit erklärt, daß die Regierung nicht zu einer teilweisen Mobilisierung übergehen könne oder wolle und daß sie mit Rücksicht auf die Lage über das Eisenbahnmateriale verfügen müsse.

Die Erste Kammer hat den Ansehentwurf für Niederländisch-Indien angenommen.

Haag, 26. Mai. (B. L. V.) Die Zweite Kammer hat den Gesetzentwurf über den außerordentlichen Kriegskredit angenommen.

Das russische Kriegseinkommen-Steuergesetz.

Kopenhagen, 26. Mai. (B. L. V.) „Nationaltidende“ meldet aus Petersburg: Der Ministerrat hat das Gesetz über die Kriegseinkommensteuer in der von dem Reichsrat und der Reichsduma angenommenen Fassung bestätigt. Sobald die Unterschrift des Zaren vorliegt, wird mit der Durchführung des Gesetzes sofort begonnen werden.

In der Reichsduma hat sich eine neue Partei, genannt Agrargruppe, gebildet. Sie zählt 40 Mitglieder, den Vorkitz hat Fürst Scharbatow.

Dienstpflichtvorlage in Neuseeland.

Amsterdam, 26. Mai. (B. L. V.) Wie ein hiesiges Blatt berichtet, erfährt die „Times“ aus Wellington, daß die Regierung von Neuseeland eine Dienstpflichtvorlage eingebracht hat, durch die die Regierung ermächtigt wird, durch distriktweise oder allgemeine Auslosung die nötige Zahl von Rekruten aufzubringen. Die Unverheirateten und die Witwer ohne Kinder sollen zuerst aufgerufen werden.

Letzte Nachrichten.

Die Mitglieder des Kriegsernährungsamts.

Amtlich. Berlin, 26. Mai. (B. L. V.) Der Reichszugler hat zum Präsidenten des neugegründeten Kriegsernährungsamtes den Oberpräsidenten der Provinz Ostpreußen, Herrn von Batocki berufen. Außer Herrn von Batocki sind in den Vorstand des Kriegsernährungsamts der Chef des Feldpostwesens, Generalmajor Groener, der Unterstaatssekretär im Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten, Freiherr von Falkenhäuser, sowie der Ministerialrat im Königlich Bayerischen Ministerium des Innern, Edler v. Braun, berufen worden; ferner der Oberbürgermeister von Plauen im Vogtland, Dr. Dehne, der Kommerzienrat Dr.-Ing. Reusch aus Oberhausen, der Generalkonferenz Stegerwald aus Köln, der Kommerzienrat und Generalkonferenz Manasse aus Stettin, endlich Herr August Müller aus Hamburg. Außer diesen Herren, die den Vorstand bilden, wird dem Kriegsernährungsamt eine Reihe von Referenten für die Bearbeitung der laufenden Geschäfte sowie ein Beirat beigeordnet werden, wie dies in der Bekanntmachung des Reichszuglers über die Errichtung des neuen Amtes vorgelesen ist. — Die ernannten Vorstandsmitglieder haben heute eine vorläufige Besprechung abgehalten. Das Kriegsernährungsamt wird seine Geschäfte am kommenden Montag aufnehmen.

Meldung des bulgarischen Hauptquartiers.

Sofia, 26. Mai. (B. L. V.) Das Hauptquartier teilt mit: Am 23. und 24. Mai hat sich nichts Besonderes ereignet. An der Front Doiran—Gevgheli starke gegenseitige Kanonade. Unsere Artillerie brachte eine feindliche Batterie südlich vom Dorfe Wajedogh zum Schweigen und trieb feindliche Schützen, die westlich von diesem Dorfe Stellung genommen hatten, aus ihren Gräben heraus. Eine unserer Patrouillen griff eine aus 25 Mann bestehende französische Patrouille an und verjagte sie aus dem am südlichen Ufer des Seeabhang gelegenen Dorfe Palmisch. Am 24. d. M. warfen feindliche Flugzeuge eine Bombe auf Gevgjeli und eine zweite südlich vom Dorfe Petrowe, richteten jedoch keinen Schaden an. Am Morgen desselben Tages erschienen fünf feindliche Flugzeuge über Kanti und warfen auf die Stadt und deren Umgebung mehrere Bomben ab, die einige Einwohner verwundeten. Unser Luftgeschwader stieg zum Angriff auf den Feind auf und zwang ihn rasch zur Umkehr. Eine der Luftflotteneinheiten des Feindes stürzte stark beschädigt auf griechisches Gebiet ab.

Gewerkschaftliches.

Schuhmacher und Lederverbrauchsregelung

Die Verarbeitung von Leder in der Schuhindustrie und im Schuhmacherhandwerk ist durch Verordnung auf einen gewissen Teil des in der Friedenszeit festgestellten Bedarfs beschränkt und deshalb ist seit dem 10. Mai die Lederartefakte eingeschränkt. Mit den Folgen, welche hierdurch für die Arbeiter entstehen, beschäftigte sich am Mittwoch eine Generalversammlung des Schuhmacherverbandes. Der Referent Sammacher beleuchtete die einzelnen Punkte der Verordnung und führte aus, daß die Beschränkung der Lederverarbeitung natürlich auch eine erhebliche Einschränkung der Arbeitsgelegenheit zur Folge haben muß. Es ist deshalb zu befürchten, daß die bis jetzt nicht bedeutende Zahl der Arbeitslosen steigen wird. Um das nach Möglichkeit zu verhindern, soll dahin gewirkt werden, daß bei Einschränkung der Produktion keine Entlassungen vorgenommen werden, sondern die Arbeitszeit verkürzt wird. Das kann aber nicht dem Willen jeden Arbeitgebers überlassen werden, sondern ist am besten durch eine behördliche Anordnung zu regeln. Wer trotzdem infolge des Rohstoffmangels arbeitslos wird, der müßte aus öffentlichen Mitteln unterstützt werden, da ja diese Arbeitslosigkeit eine Folge des Krieges ist. Der Verbandsvorsitzende Simon hat diese Forderung in einer an die zuständigen Stellen gerichteten Eingabe erhoben. Hinsichtlich der notwendig werdenden Arbeitszeitverkürzung hat kürzlich eine Versammlung der Bezirksleitung, der Ortsverwaltung und der Vertrauensmänner beschlossen, den Hauptvorstand zu ersuchen, daß er in Verbindung trete mit dem Verbande der Schuh- und Schäftefabrikanten sowie mit den zuständigen Behörden, um zu erreichen, daß eine allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit für die Schuhindustrie und das Schuhmacherhandwerk durch behördliche Verordnung festgesetzt wird, damit eine größere Arbeitslosigkeit vermieden werde. Im Prinzip erkennt die Versammlung die am 4. April 1916 erlassene Verordnung über die Verarbeitung von Web- und Wirkstoffen — unter der schon die Herstellung von Filz- und Stoffschuhen fällt — als zweckmäßig an. Es ist aber dahin zu wirken, daß diese Verordnung den besonderen Bedingungen der Schuh- und Schäfteindustrie und des Handwerks angepaßt und auf alle Betriebe ohne Begrenzung der Arbeiterzahl ausgedehnt wird. Ferner ist dahin zu wirken, daß § 3 Absatz 1 der Verordnung eine Milderung dahin erfährt, daß die volle Entlohnung den Zeitlohnarbeitern garantiert wird und der Absatz 2 den Zusatz erhält: „Sinkt der verdiente Akkordlohn unter den siebenfachen Betrag des ordentlichen Lohnes, so haben die Unternehmer einen Zuschuß von 20 Prozent zu zahlen.“

In der Generalversammlung wurde auch der Geschäftsbericht für das erste Quartal erstattet. Aus demselben geht hervor, daß in einigen Fabriken wegen Differenzen verhandelt wurde und daß es gelungen ist, in einzelnen Betrieben Lohnserhöhungen zu erlangen, die aber den Teuerungszuweisungen keineswegs gerecht werden. Die Einstellung weiblicher Arbeitskräfte an Maschinen in der Schuhindustrie hat zugenommen. Obgleich der Verband der Schuh- und Schäftefabrikanten auf dem Standpunkt steht, die Arbeiterinnen sollen denselben Lohn erhalten, der für Männer bei den gleichen Arbeiten üblich ist, werden die weiblichen Arbeitskräfte wesentlich niedriger entlohnt als die Männer. Wegen dieses Mißstandes war in den vorliegenden Fällen nichts zu machen, weil die Arbeiterinnen für die Forderung entsprechender Löhne nicht zu haben waren. Sie fürchten, entlassen zu werden, wenn sie die Löhne fordern, welche die Männer bekommen. — Die in den Handwerksbetrieben beschäftigten Arbeiter haben eine Erhöhung der früher bewilligten Teuerungszulagen von 10 Proz. auf 20 Proz. erreicht. — In der Frage des partiellen Arbeitsnachweises, die schon mehrere Versammlungen beschäftigt hat, beharrt der Vorstand des Zentralvereins für Arbeitsnachweis auf dem Standpunkt, daß er nach Anhörung des Beirats die Beamten anstellt und entläßt. Die Ortsverwaltung des Verbandes hat dagegen dem Zentralverein für Arbeitsnachweis am 1. Mai einen Antrag eingereicht, wonach die Beamten auf Vorschlag des Beirats anzustellen sind. Der Vorstand des Zentralvereins hat erklärt, er könne diesem Antrag nicht zustimmen und werde die Angelegenheit dem Magistrat unterbreiten. — Die Entscheidung des Magistrats wird nun abgewartet werden.

Ferner nahm die Versammlung den Kassenbericht entgegen. Einwendungen wurden weder gegen diesen noch gegen den Bericht des Vorstandes erhoben.

Berlin und Umgegend.

Der Handlungsgehilfenverband nahm in der Mitgliederversammlung des Bezirks Berlin den Jahresbericht der Ortsverwaltung entgegen. Der Vorsitzende Eichner besprach zunächst die Kassenverhältnisse. Der Bestand belief sich am Jahreschluss auf 6038 M. Er hat sich seit Beginn des Jahres um 1840 M. verringert. Das ist zurückzuführen auf eine Verminderung der Einnahmen, die darin begründet ist, daß viele Mitglieder beim Militär stehen. Für Unterstützungszwecke wurden während des Jahres 8182 M. ausgegeben, außerdem 1933 M. für Liebesgaben an die im Felde stehenden Mitglieder. — Die Mitgliederzahl belief sich zu Anfang des Jahres auf 8529 und betrug am Schluss des Jahres 8790, ist also um 261 zugenommen. Die Zahl der männlichen Mitglieder verminderte sich von 2359 auf 2259, also um 100. Die Zahl der weiblichen Mitglieder stieg von 1470 auf 1540, sie hat also um 70 zugenommen. Die dem Vereine angehörenden Mitglieder sind in diesen Zahlen inbegriffen. Jugendliche Mitglieder (die in den vorstehenden Angaben nicht mitgerechnet sind) waren zu Anfang des Jahres 228, am Jahreschluss 273 vorhanden. — Am Ende des ersten Quartals 1916 war die Zahl der männlichen Mitglieder um weitere 33 zurückgegangen, während sich die Zahl der weiblichen Mitglieder weiter um 306 vermehrt hatte. Dadurch hat die Gesamtmitgliederzahl eine Vermehrung um 273 erfahren und ist also auf 4072 gestiegen. — Nach einer längeren Diskussion über den Kassenbericht wurde der Ortsverwaltung Entlastung erteilt und beschlossen, daß bei Ausgaben über 500 M. die Zustimmung der Mitgliederversammlung und bei Ausgaben über 50 M. die Zustimmung der Ortsverwaltung vorher eingeholt werden muß.

Ueber die Tätigkeit der Ortsverwaltung berichtete Eichner unter anderem: Eine große Agitation zur Gewinnung von Mitgliedern konnte nicht betrieben werden, aber es ist zur Wahrung der Interessen der Mitglieder alles getan worden, was möglich war. Besonders ist es gelungen, die nach Ausbruch des Krieges erfolgte Herabsetzung der Gehälter in verschiedenen Fällen rückgängig zu machen, in anderen Fällen konnte eine Erhöhung der verletzten Gehälter erlangt werden. Es kommen 10 000—20 000 Angestellte in Frage, deren Gehälter in dieser Weise aufgebessert worden sind. In mehreren Fällen gelang es auch, die von Unternehmern verhängte Streichung des Urlaubs rückgängig zu machen. Die Gewährung von Teuerungszulagen ist in mehreren Betrieben beantragt worden. Diese Bewegung hatte in manchen Fällen Erfolg, in anderen Fällen blieb der Erfolg aus.

Deutsches Reich.

100 Proz. Gewinn aus dem Taylorsystem.

In Zürich hat sich ein schweizerisches Organisationsbureau für die Einführung des berühmten Taylorsystems aufgetan. Gewiß ein dringendes Bedürfnis für „mitleidende“ Unternehmer und andere Profitmacher! Das Bureau erläßt folgendes Inserat:

100 Proz. Gewinn!

Ich arbeite nach Taylor, bejeitige alle überflüssigen Arbeiten, erhöhe damit die Uebersicht und die Leistungsfähigkeit des Personals.

Meine Angaben ruhen auf praktischen Grundlagen, was aus Ref.-Liste Nr. 21 hervorgeht.

Das Unternehmen wird zweifellos großen Zuspruch erhalten, denn welcher Profitmacher wäre nicht dabei, wenn es gilt, aus seinen Lohnarbeitern 100 Proz. Gewinn herauszuholen? Die Arbeiterchaft wird sich diesen „Taylor“-Patron wohl auch noch etwas näher ansehen und wird man auch noch erfahren, was hinter diesem neuen Deutzeug auf die Arbeitskraft der Arbeiter steht.

Aus der Partei.

Die sozialistische Bewegung in Griechenland.

Die sozialistische Arbeiter-Äderation von Saloniki veröffentlicht in Nr. 4 des „Bulletin der J. S. A.“ folgenden Bericht:

Seit langen Monaten kämpfen wir unter politischen und ökonomischen Umständen, die nicht schmerzlicher sein könnten. Keine Arbeit, Tausende von Arbeitslosen. Das Glend ist schrecklich infolge einer außerordentlichen Teuerung der Lebensmittel, die einerseits durch die Unmöglichkeit, sich zu verproviantieren, entstanden ist, denn die englische Marine legt unserem Handel zahllose Schwierigkeiten in den Weg, andererseits auch durch eine schamlose und grenzenlose Spekulation.

Im politischen Leben geht nichts mehr. Man kann keinerlei öffentliche Aktion oder Manifestation veranstalten. Was könnte man übrigens machen, da der Krieg bei uns herrscht? Unser Land befindet sich in einer ganz eigenartigen Lage. Wir haben zwar unsere Neutralität im europäischen Konflikt bewahrt... aber jetzt kommen die Mächte und schlagen sich in unserem Land. Als wenn wir noch nicht genug an den zwei Balkankriegen hätten!

Wenn wir dazu noch die allgemeine Feindseligkeit von seiten der fanatischen und chauvinistischen griechischen Bevölkerung und von seiten der Behörden gegen den Sozialismus hinzufügen, so kann man sich ungefährt eine Vorstellung von der Lage machen.

Sie wissen vielleicht, daß zwei unserer eifrigsten Genossen seit 18 Monaten nach Naxos verbannt wurden, weil sie einen großartigen Streik der Tabakarbeiter geleitet haben.

Belbin wurde der verantwortliche Herausgeber unseres Organs „Avanti“, das in jüdisch-spanischer Sprache erscheint, zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt, weil er ein Manifest unserer Sektion der „Sozialistischen Jugend“ gegen den Krieg veröffentlicht hatte.

Aber nichts schwächt unseren Eifer, und wir arbeiten weiter, trotz aller Schwierigkeiten und trotz unserer beschränkten Mittel.

Am 28. Dezember letzten Jahres haben wir an den italienischen „Avanti“ einen langen Brief gerichtet, in dem wir unseren Enthaltungsbefehl bei den letzten Kammerwahlen auseinandersetzen, denn diese Wahlen waren bloß eine Komödie. Wir haben so unsere zwei Sitze in der Kammer verloren. Aber gleichviel! Was vor allem das wichtigste ist, ist die Prinzipientreue, die Einmütigkeit in unseren Gedanken und in unseren Taten. Wenn dies nicht wäre, würden wir uns in nichts von den demagogischen Bourgeois unterscheiden.

Die Resolution des letzten französischen Kongresses hat uns betrauert. Will man so die tapfere deutsche sozialistische Widerheit ermutigen, die schon unter so schwierigen Umständen arbeitet? Doch sei es, wie es wolle, wir hoffen, daß die französischen Genossen, die sich an ihre Kameraden anschließen, um im wahren sozialistischen Sinne zu arbeiten, bald zahlreicher sein werden.

Emile Royer †.

Unser belgischer Mitarbeiter schreibt uns: Dieser Tage ist in Paris der sozialistische Abgeordnete Emile Royer, Mitglied der belgischen Arbeiterpartei, verstorben. Die Arbeiterpartei verliert in Royer einen ihrer besten Kämpfer, die Arbeiter nicht nur einen kenntnisreichen Vertreter ihrer Interessen im Parlament, sondern auch einen juristischen Anwalt, der ihre Sache und ihr Recht mit Hingebung und einer auch von der bürgerlichen Fachwelt anerkannten beruflichen Tüchtigkeit vertrat.

Der Weltkrieg hat Royer aus Belgien nach Frankreich vertrieben, wo er ein Blatt „L'Heure Belge“ herausgab. Der Leichenfeier in Paris wohnten Vandervelde und der belgische sozialistische Abgeordnete Hubin bei.

Verichtigung. Bei der in der gestrigen Nummer enthaltenen Aufschrift des Genossen Feldmann ist ein Druckfehler unterlaufen. Es muß im Schlusssatz heißen, daß die Abstimmung über die Kandidatur vorgenommen wurde, bevor Genosse Müller sein Schlußwort hielt. Das Wort „bevor“ war versehenlich herausgelieben.

Aus Industrie und Handel.

Kriegsgewinne einer Farbenfabrik.

Die Friedr. Bayerischen Farbenfabriken in Leverkusen (Kreis Solingen) haben ihren Geschäftsbericht veröffentlicht. Der Krieg legte auch einen Teil ihrer Produktion still, aber bald richteten die Werke sich auf „Kriegsfarben“ ein, die zwar Tausenden von weiblichen und jugendlichen Arbeitern Schaden an ihrer Gesundheit brachten, da sie außerhalb des sonst gewährten geschlichen Schutzes gestellt wurden, für die Aktionäre aber recht ergiebig waren. Der Bruttogewinn des Unternehmens, das mit 54 Millionen Mark Aktienkapital ausgestattet ist, betrug 81 689 872 M. (im Vorjahre 27 989 777 M.). Die Generalreserven haben sich um 800 000 M. verringert. Weibliche Arbeit ist eben billig. Sie betragen 2 892 614 Mark (3 659 430 M.). Die Abschreibungen und Rücklagen wurden von 9 072 067 auf 12 131 111 M. erhöht. Als Dividende werden 10 800 000 M. (20 Proz.) verteilt. Die Bemühungen der Aufsichtsräte sind mit 518 400 M. zu honorieren. In einen Reservefonds II kommen 3 000 000 M.; für Wohlfahrtszwecke wurden 207 000 M. ausgemworfen. (Dieser Posten scheint für die Wohlfahrtszwecke außerhalb des Betriebes bestimmt zu sein.) Vorgetragen werden 5 393 580 M. Für die Wohlfahrt ihrer Arbeiterchaft hat die Firma im Geschäftsjahre 2 003 600 M. ausgemworfen, für Kriegsunterstützung 2 207 463 M. Die Kassa-, Wechsel- und Bankguthaben der Firma betragen 54 240 000 M., was beweist, daß ihre Dividendenausüttungen nie zu reichlich waren. Die „Wohltätigkeit“ der Firma ist enorm. Neben den auch bei anderen Riesenbetrieben üblichen Arbeiterhäusern, Konsumvereinen, Werkvereinen und wie die Kettenglieder alle heißen, hat diese Firma auch alle möglichen Einrichtungen getroffen, um die Arbeiter auf ihrem ganzen Lebenswege zu betreuen. Da sind gefellige Abende, Kunstabende, Unterhaltungslotale mit Konzert, Lesesallen und sogar eine eigene Zeitung zu finden. Damit aber für alle Bedürfnisse gesorgt und auch das Persönlichste des Arbeiters gewahrt wird, besteht die Einrichtung des Sozialsekretärs, der Rat und Hilfe in Familienangelegenheiten erteilt. Daß keine Gewerkschaft dort gebildet wird, bedarf nicht besonderer Erwähnung.

Die ungarische Kanonenfabrik, welche unter Mitwirkung der Skoda Werke mit staatlicher Beteiligung errichtet worden ist, hat beschlossen, das Aktienkapital von 18 auf 40 Millionen Kronen mit der Begründung zu erhöhen, daß mit Rücksicht auf ein größeres Geschäftsalter zahlreiche Erweiterungsbauten und namentlich Erweiterung des Schießplatzes vorgenommen werden müssen. Die Generalversammlung am 6. Juni wird die Erhöhung des Aktienkapitals beschließen, an der sich der Staat durch Übernahme von Aktien im Betrage von 15 Millionen Kronen beteiligt.



Oskar Wollburg

56 u. 57 Brunnenstr. 56 u. 57

Spezialhaus für Damen- u. Mädchen-Konfektion,

Leichte Sommerkleidung

in entzückenden Neuheiten und jeder Preislage.

Elegante Kostüme aus Eolienne, Frotta, Laine, East, Cheviot, Twill etc.

in großer Auswahl 18⁷⁵, 29⁵⁰, — 76.—

Seidene Mantel u. Jacken aus Mohr, Taff etc.

nur feine Formen 19⁷⁵, 24⁵⁰, — 45.—

Popoline-Mantel u. Paletots in nur modernsten Formen

16⁷⁵, 28²⁵, — 33.—

Sportjacken u. Covercoat-Paletots,

13⁵⁰, 19⁷⁵, 27.—, 34.—

Besonders billiges Angebot in Kinder- und Backstich-Konfektion sowie in Hocken, Hüsen etc.

Durch Selbstfabrikation in grossem Stil bin ich in der Lage, trotz der grossen Preissteigerungen und Mangel an Stoffen ganz besondere Vorteile zu bieten

Popoline-Mantel 24 50



Seiden-Mantel 34 75

Zum Wandern bei Wind und Wetter

- Loden-Pelzinen
- Loden-Anzüge
- Loden-Joppen
- Loden-Hosen
- Bozener Mäntel
- Regen-Mäntel

für Herren u. Knaben

Sportbute + Gamaschen

Mützen + Sportwätsche

BILLIGE PREISE

BAER SOHN

Chaussee-Strasse 29/30 BERLIN 11 Brücken-Strasse 11

Gr. Frankfurter Str. 20 Gpp. 1891 Schöneberg, Hauptst. 10

Samstag 8—10 geöffnet.



Sport-Paletots von 42 bis 70 Mk.
 Jackett- und Rock-Anzüge
 von 28 bis 68 Mk.

M. Schulmeister
 Berlin SO, Dresdener Str. 4
 Hochbahnstation Kottbuser Tor.

Jünglings-Anzüge von 18 bis 48 Mk.
 Knaben-Anzüge in Größe von Nr. 0 bis 12
 zu billigsten Preisen.
 Trotz steigender Teuerung der Stoffe
 halte ich die billigen Preise aufrecht.

Die Ernährungsfragen

vor der Budgetkommission des Reichstags.

Am Freitag wurde die Erörterung der Kartoffelfrage fortgesetzt.

Abg. Dr. Wendorff empfiehlt, die weitere Verfütterung von Kartoffeln zu verbieten.

Abg. Reich (L.): Der zur Ernährung nicht brauchbare Teil der Kartoffeln findet am besten Verwendung in der Brennererei. Daß den Kartoffelbrennern ein höherer Preis bezahlt wird, ist berechtigt. Es war ein Fehler, daß man das Publikum erst veranlaßt hat, sich Spiritusbrenner zu kaufen, dann aber verbot man die Abgabe von Spiritus.

Abg. Wurm (Soz. Arbeitg.): Die Verteilung der Kartoffeln ist ungemein mangelhaft. Die Gemeinden sind völlig unklar darüber, ob und wann sie ihre Kartoffeln bekommen. Jetzt erst hat man gehört, wieviel Kartoffeln vorhanden sein sollen. Die Erhöhung der Kartoffelration ist eine unbedingte Notwendigkeit. Den Gemeinden könnte man größere Vorräte zur Verfügung stellen. Die Erhöhung der Kartoffelpreise war nicht berechtigt. Ein großer Fehler ist, daß als Sachverständige meist Interessenten berufen werden. Das zeigt sich recht deutlich bei dem Privatmonopol, das man der Spiritus-Zentrale übertragen hat. Zwar nicht nominell, aber doch praktisch sehen die Interessenten die Preise fest. In der Zeit des Brotmangels ist es direkt unverantwortlich, aus Getreide Trinkbranntwein herzustellen. Hier ist ein striktes Verbot erforderlich, andererseits muß genügend Spiritus für gewerbliche Zwecke zur Verfügung gestellt werden.

Unterstaatssekretär v. Stein verteidigt die Maßnahmen der Reichskartoffelstelle. Wir haben keinen Ueberfluß an Kartoffeln, aber wir reichen aus.

Präsident Kayß gibt Auskunft über die Bestände an Spiritus. Es müßte erst der Preis für Spiritus erhöht werden, bis sich die Landwirte entschlossen, Kartoffeln zu Brennwecken zu liefern, statt sie zu verfüttern. An Spiritus stehen 100 Millionen Liter zur Verfügung, eine Menge, die als ausreichend bezeichnet werden darf. 1 Million Liter wird monatlich den Haushaltungen zur Verfügung gestellt. Im Laufe des Sommers wird Spiritus zu Trinkbranntwein unter seinen Umständen abgegeben.

Abg. Hoff (B. Sp.) bespricht das Privatmonopol der Spirituszentrale, deren Art der Preisermessung keineswegs einwandfrei ist. Die Spirituszentrale benützt ihre jegige Machtstellung dazu, den Käufern die Kundschast abzutreiben.

Abg. v. Camp äußert Bedenken darüber, ob die Spiritusvorräte wirklich reichen. Die landwirtschaftlichen Arbeiter müssen im Sommer etwas Schnaps haben, um das Wasser ungefährlich zu machen. Sonst könnte man die Abgabe von Trinkbranntwein erheblich einschränken.

Präsident Kayß: Den landwirtschaftlichen Arbeitern wird während der Erntezeit kein Spiritus zur Verfügung gestellt; es wird ohne solchen besser gehen.

Abg. Böhm (nall.) empfiehlt die Aufhebung der Höchstpreise für Frühkartoffeln für die erste Zeit.

Abg. Schmidt (Soz.) erörtert die Spiritusversorgung. Er bedauert, daß Melasse in so erheblichen Quantitäten zur Spiritusfabrikation benützt wurde. Man müsse nunmehr darauf dringen, daß die Rückstände aus den Cellulosefabriken zur Spiritusherzeugung verwendet werden. Die Interessen der Kartoffel-Spiritusfabriken müssen hier zurücktreten gegenüber dem Allgemeininteresse. Der Holzspiritus ist für gewerbliche Zwecke gut verwendbar.

Abg. Wurm (Soz. Arbeitg.) setzt die Unwirtschaftlichkeit auseinander, die in dem Verbrennen der Kartoffeln liegt. — Die weitere Debatte bestand in der Hauptsache aus Auseinandersetzungen über die Stellung der Spirituszentrale und die Gestaltung der Branntweinpreise.

Die Kommission wandte sich nun der Beratung der Versorgung mit Fleisch und Fisch

Abg. Graf Westarp (L.) berichtet, daß die Vorräte knapp sind, vielleicht noch knapper, als die Statistik erkennen läßt. Besonders stark ist der Mangel bei schlachtfähigen Schweinen, die von 23 Millionen auf 13,5 Millionen gesunken sind. An sofort nutzbarem Vieh ist der Mangel groß, dagegen ist im Winter mit einem größeren Vorrat an Schweinen zu rechnen. Das Vieh befindet sich meist im schlechten Zustand. Dieser Viehbestand soll erhalten bleiben. Das ist aber nur möglich, wenn der Fleischverbrauch erheblich eingeschränkt wird. Vielleicht ist es möglich, die Fleischration der Kriegsgefangenen herabzusetzen. Die Reichsfleischkarte wird das Vieh nicht beheben können.

Abg. Böhm (nall.) behauptet, daß der Vordredner aus der Statistik falsche Schlüsse gezogen hat. In Wirklichkeit stehen wir um 8 Millionen junger Schweine schlechter da als im Frühjahr. Schuld daran sind die Höchstpreise für Schweine. Die Aussichten für den Winter sind nicht gerade erfreulich. Man werde, um rationell wirtschaften zu können, zur Rassenzucht kommen müssen. Mit dem Verbot der Hauschlachtungen erzielt man nur Verbitterung. Die Militärverwaltung hat einem Aufkäufer 3 Proz. Provision bezahlt, später wurde festgestellt, daß der Aufkäufer von der Landwirtschaftskammer noch extra 3 Proz. erhalten hat. Diese Provisionen sind viel zu hoch. Die Militärverwaltung zahlt für Vieh, das sie zu Viehhirten auf die Weide gibt, pro Tag und Kopf 2,10 M. Andere Viehhirten nehmen dafür nur 33 bis 50 Pf. pro Tag.

Abg. Leube (Fr. Sp.) betont, daß alle Lebensmittel mit Beschlag belegt werden sollten. Militärische Instanzen haben sich gegenseitig in Preise überboten und auch die Zentraleinkaufsgesellschaft hat sich an dieser Preistreiberei beteiligt. Durch die Höchstpreise für Vieh und Fische hat man die Zufuhren an die Städte abgeschnitten. Höchstpreise für Seefische führen leicht dazu, daß große Mengen verderben. Die deutsche Landwirtschaft hat schon im Frieden nur 75 Proz. des Bedarfs an Fleisch decken können. Die Hauschlachtungen völlig zu verbieten, war nicht praktisch. Der Staat müßte anordnen, daß eine prozentual festgesetzte Zahl Schlachttiere Vieh geschlachtet werden muß. Die Verbrauchsrechnung der Militärverwaltung ist falsch; sie treibt damit Aufbau an Viehstand. Die Ration der Soldaten an Rindfleisch muß herabgesetzt werden.

Ein Regierungsvertreter gibt die Mangelhaftigkeit der Statistik zu, aber die Aussichten sind doch besser, als sie bis jetzt geschildert worden sind. Die Zahl der Zuchtschauen hat nicht unerheblich zugenommen, damit ist die Vermehrung der Ferkel gesichert. Ein generelles Verbot der Hauschlachtungen ist nicht ergangen. Die Hauschlachtungen sollen künftig genehmigungspflichtig gemacht werden. Die Abschachtung der Kälber hat bereits eine Einschränkung erfahren. Durch Mastverträge wird die Aufzucht erheblich gefördert. Die Provisionen an die Viehaufkäufer sind mit 7 Proz. bei Kälbern mit 10 Proz. begrenzt, davon entfallen aber auf den eigentlichen Aufkäufer nur 3 bis 3 1/2 Proz., der Rest entfällt auf die sonstigen Instanzen, die den Viehhandelsverbänden erwachsen.

Abg. Schmidt (Soz.): Die Organisation des Viehhandels war notwendig, aber es wird bitter geklagt über die hohen Provisionen. In Westpreußen werden 8 bis 11 Proz., an Provisionen bezahlt. Dem Verband bleiben noch bis 4 Proz. bei einem Umsatz von 3—4 Millionen Mark im Monat. Die Aufkäufer verdienen pro Woche 7000 bis 8000 Mark! Für Vieh, das für die Weide gekauft wird, werden 8 Proz. Provision bezahlt, wenn dasselbe Vieh dann weitergegeben wird, noch einmal 8 Proz., insgesamt also 16 Proz. In einem Fall ist eine Kuh für 1000 M. gekauft und dann in Berlin für 2200 M. weiterverkauft worden. Redner trägt noch einige derart drastische Beispiele vor. In einem Falle haben die

Gändler alle Ferkel aufgekauft und dann die Preise enorm in die Höhe getrieben. Das zeigt, daß der ganze Viehhandel unter strenger Kontrolle gestellt werden muß. Wer für ein Ferkel 80 M. anlegen muß, kann natürlich das gemästete Schwein nicht für 100 M. verkaufen. Unerböt ist es, daß man den Kettenhandel noch duldet, der schließlich dahin führt, daß unterdessen enorme Mengen Fleisch verderben. Solche Vorkommnisse müssen aufreißend wirken. Wenn Schweinefleisch zu technischen Zwecken angeboten wird, dann steht fest, daß dieses Schmalz zurückgehalten wurde und dann verderben ist. Die in der Presse angebotenen Vorräte müßten sofort beschlagnahmt werden. Wie war es möglich, daß in Berlin die Warenhäuser plötzlich große Mengen Schmalz auf den Markt bringen konnten? Den Lebensmittelhandel müßten die Gemeindevorstände in die Hand nehmen, auch die Konsumvereine könnte man damit betrauen. Die Zentraleinkaufsgesellschaft nimmt zuviel Rücksicht auf die Interessen der Händler. Die Zentraleinkaufsgesellschaft arbeitet viel zu schematisch. Der Stadt Berlin ist nicht erlaubt worden, 68 000 Zentner Schmalz einzuführen, die Zentraleinkaufsgesellschaft hat dann dieses Schmalz aber auch nicht bekommen. In anderen Fällen hat es die Zentraleinkaufsgesellschaft abgelehnt, Vorräte von Schmalz zu übernehmen; wir haben dann diese Vorräte nicht bekommen. Im Ausland, wo mit der Konturrenz Englands zu rechnen ist, scheint die Zentraleinkaufsgesellschaft nicht immer die geeigneten Vertreter zu haben. Diese Gesellschaft müßte überall zugreifen, wo ihr im Ausland Vorräte angeboten werden, statt dessen hat sie sich in vielen Fällen ablehnend verhalten. Dem Konsumverein Leipzig-Plagwitz hat man direkt verboten, Fleisch, das der Verein im Ausland gekauft hatte, für sich einzuführen. Andere Konsumvereine sind in ähnlicher Weise behandelt worden. Der Berliner Konsumgenossenschaft hat die Stadt Berlin die Erlaubnis zur Einfuhr von Speck erst so spät erteilt, daß die Vorräte inzwischen anderweitig veräußert waren. Beim Heringseinfuhr in Norwegen hat die Zentraleinkaufsgesellschaft völlig veragt. Der Vorschlag, die Fleischration der Soldaten herabzusetzen, kann nicht scharf genug zurückgewiesen werden. Die Fleischversorgung der Bevölkerung ist momentan eines der wichtigsten Probleme. Durch eine vernünftige Organisation kann der standalöse Zustand beseitigt werden, daß die Frauen stundenlang vor den Läden stehen müssen.

General v. Owen versichert, daß die Militärverwaltung gern von ihren entbehrlichen Vorräten abgibt. Die Ernährung der Kriegsgefangenen muß ausreichend bleiben. Die Armeemäster draußen selbst Vieh. Für das auf Weide gegebene Vieh werden 50 Pf. pro Kopf bezahlt. An den Fleischrationen der Soldaten kann nicht mehr erheblich gespart werden.

Präsident Kayß geht auf die Ausführungen des Abg. Schmidt ein und behauptet, daß die Zentralisierung der Einfuhr nicht durchbrochen werden darf, deshalb konnte nicht zugelassen werden, daß auch andere Unternehmungen einführen dürfen. Die Versorgung mit Seefischen ist sehr schwierig, denn in der Nordsee kann nicht gefischt werden. Was die Ostsee liefert, ist nur der geringste Teil des Bedarfs. Die Einfuhr aus dem Ausland wurde erschwert. Redner bespricht dann die Organisation der Einfuhr von Salzheringen, die noch weiter gefördert werden soll.

Abg. Wähinger (Z.) bespricht die Notwendigkeit, der schwerarbeitenden Bevölkerung ein größeres Fleischquantum zu geben. Die Schädlichkeit der Hauschlachtungen werde übertrieben.

Schweinrat Frisch, der Vertreter der J. E. G., gibt zu, daß für die Verweigerung der Einfuhr oftmals keine ausreichenden Gründe angegeben worden sind. Der Aufkauf im Ausland muß aber zentralisiert sein, sonst ist eine Preistreiberei nicht zu vermeiden. Private können nur Angebote erhalten, weil die Viehhirten auf höhere Preise rechnen, als ihnen die J. E. G. gewähren kann und will. Die Preise für Heringe sind um 1000 Proz. höher als im Frieden, weil England die Ware aufkaufe und sie dann verderben lasse.

Abg. Käppler (Soz.) hält das Prinzip der J. E. G. für richtig; scharre Festhalten an dem Prinzip führt aber zur Ueber- spannung. Einer Berliner Firma waren Speck und eine Anzahl Schweine angeboten; die J. E. G. lehnte die Erlaubnis zur Einfuhr der Ware ab, lehnte es aber auch ab, in den Kauf einzutreten. Zwei Gemeinden, denen die Ware dann angeboten wurde, bekamen die Erlaubnis zur Einfuhr ebenfalls nicht. Einige Zeit später wurde der Firma, der die Erlaubnis verweigert wurde, dieselbe Ware von einer anderen Firma teurer angeboten. Diese letztere Firma hat also die Erlaubnis zur Einfuhr erhalten. Die J. E. G. hält anscheinend auch die Eier zurück. Ein anderer Viehhirte ist der, daß auf dem Viehmarkt mitunter von den Fleischhändlern verlangt wird, daß sie für ein Schwein zwei Bezugscheine hingeben müssen. Diese Durchstecherei ermöglicht es, daß sich reiche Leute, Hotels usw. reichlich versorgen können.

Abg. Flieger (Z.) bespricht den Schwindel, der mit Konserven getrieben wird. Junges, noch unreifes Vieh, selbst trächtiges Vieh ist zu Konserven verarbeitet worden. Der Handel mit Fleisch muß völlig ausgeschaltet werden. Berlin zum Beispiel hätte längst die Großschlächter ausschalten müssen. Die J. E. G. trauke daran, daß sie statt Kaufleute Beamte hinausgeschickt hat. Das Einkaufen im Auslande paßt aber nicht in das bürokratische System.

Staatssekretär Helfferich nimmt die J. E. G. in Schutz. Wie gut sie gearbeitet habe, das zeige der Vertrag mit Rumänien, bei dem große Schwierigkeiten zu überwinden waren.

Ein Regierungsvertreter teilt dann mit, daß eine Statistik über die vorhandenen Fleischvorräte und Konserven bereits aufgenommen worden sei. Man werde auch feststellen, was sich im Privatbesitz an Vorräten vorfindet.

Abg. Wurm (Soz. Arbeitg.): Es ist nicht richtig, daß seinerzeit neun Millionen Schweine abgeschlachtet worden sind, denn soviel Nachwuchs war überhaupt nicht vorhanden. Das Schweinefleisch ist zum großen Teil in den Konservenfabriken verschwunden. Die Abschachtung von Vieh sei bei dem Futtermangel durchaus berechtigt; damit könne man allein dem Notstand begegnen, der heute unbestritten herrsche. Die Höchstpreise für Rinder und Schweine sind zu hoch, sie reizen förmlich zum Zurückhalten an. Berlin hat mit der Verteilung des Fleisches schlechte Erfahrungen gemacht, weil die Stadt von der Viehhandelsvereinigung nicht entsprechend bedient worden ist. In der Osterwoche sind statt 2500 Schweinen nur 844 geliefert worden. Wie soll man bei derart geringen Mengen verteilen? Händler und Landwirte stecken unter einer Decke. In die Organisation des Viehhandels-Syndikats müßten auch die Gemeinden Vertreter entsenden können. Die Höchstpreise für Fleisch sind gleichfalls viel zu hoch. Wenn Fleischarten ausgegeben werden, dann muß man auch ein bestimmtes Quantum Fleisch zur Verteilung bereit haben. Besser ist, die Bezugsarten einzuführen, dann kann jeder das Quantum bekommen, das auf ihn entfällt. Für Fleischmischkäse werden heute Phantasiepreise verlangt, so daß sie von den Molkereien nicht angekauft werden können. Die Hauschlachtungen von einer Genehmigung abhängig zu machen, führt zur Willkür. Insbesondere muß dafür gesorgt werden, daß eine Zufuhr von Fett ermöglicht wird. Das Kriegsministerium hat das Fett statt an die Stadt Berlin an die Firma Wertheim gegeben. Hätte man dieses Fett an die Stadt geliefert, dann wäre die Verteilung gewiss besser durchgeführt worden. Die J. E. G. soll den Handel regeln, die Grenzen aber nicht absperrern. Wenn der Handel billiger liefert, dann soll man ihn nicht ausschalten. Bei Privatleuten sind enorme Mengen eingeschmuggelt worden. Die Massen-spendungen sind notwendig. In dem vom Abg. Schmidt-Berlin erwähnten Fall der Konsumgenossenschaft Berlin trifft die Stadt keine Schuld; es liegt ein Versehen des Geschäftsführers vor. Die ganze Fleischversorgung der Großstädte muß auf andere Grundlagen gestellt werden, nur dann wird die Organisation entsprechend funktionieren.

Abg. Feld (nall.) bedauert u. a., daß man die Pferde, die plötzlich getötet werden mußten, nicht der menschlichen Nahrung zuführe.

Staatssekretär Helfferich stellt fest, daß die Valutafrage kein Hindernis bildet für die Einführung von Nahrungsmitteln aus dem Auslande.

Von einem Vertreter der Regierung wird dann noch zugegeben, daß in der Versorgung Berlins mit Schlachtvieh Fehler unterlaufen sind. Man habe die Mengen, die zur Verfügung stehen sollten, zu hoch eingeschätzt. Vom 1. Juni ab bekommt die Stadt Berlin wöchentlich statt 14 000 nur 7000 Schweine, und auch die auf 2125 Stüd Kinder bemessene Zahl kann nicht geliefert werden. Man hoffe aber, wenigstens regelmäßig das verminderte Quantum beschaffen zu können. Bei der neuen Fleischverteilung in Preußen wird insbesondere Rücksicht genommen werden auf den schwerarbeitenden Teil der Bevölkerung. — Die Beratungen werden am Sonnabend fortgesetzt.

Zur Vereinsgesetznovelle.

Genosse Legien erlucht uns um Aufnahme des Nachstehenden: Der „Vorwärts“ bestätigt in Nr. 143, daß meine Würdigung seiner „Gewerkschaftsquelle“ durchaus richtig war. Die unwahre Behauptung, daß eine Konferenz der Vorstandsvertreter sich mit der beabsichtigten Änderung des Vereinsgesetzes während der Kriegszeit nicht beschäftigt habe, widerlegt die „Gewerkschaftsquelle“ selbst durch die Titulierung des Berichts über diese Verhandlungen aus dem „Korrespondenzblatt“. Der Bericht soll aber nicht ausreichend sein. Darüber mit dem „Vorwärts“ zu streiten, ob in einer Frage, über deren Erledigung Verhandlungen schweben, eingehend öffentlich zu berichten ist, halte ich für überflüssig. Stroh ist jetzt ein wertvoller Artikel. Mehrfach ausgedroschenes Stroh immer wieder dreschen, macht aber den noch wertvollen Rest unbrauchbar.

Ein Gewerkschaftsblatt, das mit dem „Vorwärts“ darin übereinstimmt, daß meine Ausführungen im Reichstage am 17. Mai d. J. mit den in den Gewerkschaften in der Sache geltenden Anschauungen sich nicht decken, hat der „Vorwärts“ bisher nicht gefunden, denn was er verachtet, ist vor dieser Reichstagsitzung geäußert. Für seine Beweisführung benutzt er deshalb die sozialistenfeindliche „Zeitung des Verbandes deutscher Eisenbahn-Handwerker und Arbeiter“. Diese Zeitung schreibt in Nr. 20 vom 13. Mai d. J.:

„Um so scharfer müssen wir Front machen dagegen, daß der Führer der freien Gewerkschaften, der Abgeordnete Legien, in einem Leitartikel des „Vorwärts“ den Standpunkt vertritt, man müsse im Interesse der Privatarbeiter den jetzigen kleinen Fortschritt annehmen, und die Staatsarbeiter müßten sich auf spätere Jahre vertragen. Wie ein Arbeiterführer, noch dazu ein Sozialdemokrat, einen derartigen Standpunkt vertreten kann, ist uns unerfindlich. Es beweist uns das aufs neue, daß die Sozialdemokratie der Staatsarbeiterschaft nicht zu helfen vermag, weil sie von den Verhältnissen der Staatsarbeiter keine Ahnung hat. Was nicht es uns, wenn Blätter, wie der „Bedruf“ und die „Erfurter Tribüne“, gerade in letzter Zeit uns Staatsarbeitern den Mund wässrig machen, wenn dann in der Praxis eine derartige Arbeit getrieben wird. Uns bekämpfen die Herren Sozialdemokraten immer damit, daß sie behaupten, wir vernachlässigten das Koalitionsrecht. Jetzt, wo es einmal gilt, dieses Grundrecht nicht mehr mit Redensarten, sondern mit der Tat zu verbessern, ist die Sozialdemokratie dagegen und findet sich dabei, wie so oft, mit den preußischen Agrariern an einem Strange. Hoffen wir, daß die bürgerlichen Mittelparteien einen anderen Standpunkt einnehmen werden.“

Dieser Unfuhm dient dem „Vorwärts“ als Beweis dafür, daß ein sozialdemokratischer Abgeordneter gegen die Interessen der Arbeiter gehandelt habe. Höher geht es mit dem Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands nicht. Es sei denn, der „Vorwärts“ verlangt, daß ich nachweisen muß, daß die vorstehend zitierten Sätze Unfuhm sind.

Berlin, den 25. Mai 1916.

E. Legien.

„Stroh“, „ausgedroschenes Stroh“, „Unfuhm“ und andere Kraftausdrücke, die Genosse Legien neben liebenswürdigen Verdrehungen im Vorstehenden in verächtlicher Weise verwendet, werden den denkenden Leser von dem Kernpunkt der Sache nicht abdrängen. Und das ist der Kernpunkt: liegt im Interesse der Arbeiter und insbesondere ihrer gewerkschaftlichen freien Betätigung die Annahme der vorliegenden Novelle, deren Inhalt selbst das Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften Deutschlands nur einen beschränkten, zum Teil sogar recht unsicheren Wert beimißt? Steht der Entwurf in der Tat die freien Gewerkschaften gegen Drangsalierungen durch Stempelung zu politischen Vereinen sicher oder bahnt er nicht gar neuen Verfolgungen die Wege?

Hierüber werden wir uns, sobald der offizielle Bericht der Kommission erscheinen wird, nochmals zu äußern haben. Die Verhandlungen in der Kommission haben uns und wohl alle ohne Vorbehalten den Gang der Dinge verfolgenden Genossen in der Annahme durchaus bestätigt, daß die Novelle noch mehr als der heutige Zustand die Freiheit der Gewerkschaften zu schädigen geeignet ist.

Politische Uebersicht.

Bundesratsbeschlüsse.

Am 26. Mai, Berlin, (W. L. W.) In der heutigen Sitzung des Bundesrats gelangten zur Annahme der Entwurf einer Bekanntmachung betreffend Erstattung von Beiträgen zur Angestelltenversicherung an berufsunfähige Kriegsteilnehmer, der Entwurf einer Bekanntmachung über die Aufbewahrungsfristen der Rassenbücher der Krankenkassen, der Entwurf einer Bekanntmachung über die Höchstpreise für Soda, der Entwurf einer Bekanntmachung über den Verkauf von rohem und raffiniertem Montanwachs, eine Änderung der Bekanntmachung über die Vereitung von Wackware vom 31. März 1915, der Entwurf eines Kriegskontrollgesetzes sowie ein Nachtrag zum Reichshaushaltsetat für das Rechnungsjahr 1916.

Die Zensurbatten im Reichstage.

Die bürgerliche Presse begnügt sich nicht mit der ausführlichen Wiedergabe der Reden ihrer eigenen Abgeordneten zur Zensurfrage, sondern setzt ihre Kritik an der Zensur auch noch in besonderen redaktionellen Notizen fort. So schreibt die „Tägliche Rundschau“:

„Der neue Staatssekretär des Innern, Herr Helfferich, hat es zwar gestern im Reichstage in bemessenen Worten bedauert, daß dort dies und jenes über die Natur, die Ziele und die Arbeitsweise unserer Zensur vorgetragen wurde. Ich kann es nicht als nützlich ansehen, so sagte Herr Helfferich, wenn die Verfügungen der Zensur, die immerhin ihrem Charakter nach militärisch geartet sind, wenn sie auch zu ihrer Verhängung andere Motive gehabt haben, hier in der Öffentlichkeit erörtert werden, und es erscheint mir namentlich nicht wünschenswert, vertrauliche, nur für die Redaktionen bestimmte Weisungen hier vorzubringen, die in der Kommission vorgebracht wurden und nur dort vorgebracht werden sollten.“ Wir sind in recht striktem Gegensatz zu dieser Auffassung der Ansicht, daß die Beleuchtung unseres Zensurwesens, wie sie gestern im Reichstage stattfand, sehr nützlich ist, so un bequem sie freilich

den betroffenen Regierungsstellen sein mag. Wir hätten die Verbreitung der Kenntnis von diesen Dingen für so nützlich, daß wir hier aus der ganz ausgezeichneten Rede des Abg. Dirck (Essen) noch eine Reihe von Einzelheiten nachtragen möchten. Die Presse ist heute nicht in der Lage, ihren Lesern ein klares und wahres Bild der Dinge zu geben. Mögen die Einzelheiten aus der Rede des Abg. Dirck vielen wenigstens die Möglichkeit geben, eine wenn auch sehr ungenügende Korrektur an dem politischen Weltbild vorzunehmen, das die Presse heute gibt und — nicht gibt.

Aus der Wiedergabe der Rede des nationalliberalen Abgeordneten Dirck zitieren wir nach der „Täglichen Rundschau“ folgendes:

„Nun, meine Herren, kommt das Beste! Ebenso werden Bemerkungen verboten, welche den Eindruck erwecken, als ob die Zensur die freie Meinungsäußerung unterbinde.“ (Hört, hört! bei den Nationalliberalen. — Heiterkeit.) Ja, meine Herren, einem verbieten, daß er etwas sagen darf, — das könnte man ja vielleicht noch verstehen; einem aber auch verbieten, daß er sagen darf, daß ihm das verboten ist, das geht mir doch ein bißchen weit. (Ruf bei den Nationalliberalen.) Meine Herren, was für eine „öffentliche Meinung“ unter solchen Verhältnissen entstehen muß, darüber braucht man ja kein Wort zu verlieren. Man täuscht sich selbst, wenn man diese öffentliche Meinung dann als den wahren Ausdruck der wahren Gesinnung ansieht; man täuscht sich und täuscht andere, nur einen täuscht man am wenigsten: das Ausland, auf das es vielleicht gemünzt ist.“

Weshalb die rechtsstehende Presse größere Bewegungsfreiheit fordert, geht sehr deutlich aus einem Artikel des Freiherrn v. Redlich in der „Post“ hervor, worin gesagt wird, daß für die Handhabung der Zensur „vor allen Dingen der Gesichtspunkt maßgebend sein müsse, die Volkstimmung auf der vollen Höhe zu erhalten, unseren Siegeswillen zu stärken und nach außen zum deutschen Ausdruck zu bringen“.

Noch deutlicher wird das in einem Artikel der „Kreuzzeitung“ ausgesprochen. Es heißt da:

„Wer in der Lage ist, die Auslandspresse genauer zu verfolgen, der wird ein Gefühl der Beschämung über die Presse in nicht los, die der freien Meinungsäußerung in Deutschland ohne triftige Gründe auferlegt werden. Eine Zensur muß sein, das ist gewiß und vor allem muß sie während eines Krieges in militärischen Dingen geübt werden. ... Anders ist es mit der Zensur, die über die militärischen Dinge hinaus bei uns gehandhabt wird. ... Hier sieht man mit tiefem Schmerz eine Nachsicht da, wo Nachgiebigkeit gegenüber Annäherungen des feindlichen neutralen Auslandes gefordert wird, und sieht ungerechtfertigte Schärfe dort, wo Patriotismus und Vaterlandsliebe Forderungen aufstellen, die allein der ungeheuren Opfer dieses Krieges wert sind. Jede sachliche Meinungsäußerung soll zu Recht bestehen bleiben, aber das ist sicher, daß ein Krieg, der militärisch nach außen so glanzvoll geführt wird, auch im Innern geschickt aufgemacht werden muß, daß auch im Innern bei so langer Dauer der einzelnen Kampfhandlungen für eine gute und frische Stimmung zu sorgen ist. ... Daß allerdings die gestrigen Verhandlungen im Reichstage eine Besserung der Zustände herbeiführen würden, daran wagen wir zu zweifeln.“

Wir haben schon mehrfach darauf hingewiesen, daß die konservative Presse mit der Zensur insoweit zufrieden ist, als die Oppositionsparteien betroffen werden. Sie fordert nur für sich die volle Freiheit. Daher haben alle bürgerlichen Parteien ja auch nicht die völlige Aufhebung des Belagerungszustandes und der Zensur verlangt, sondern sind nur für eine Milderung eingetreten. Einzelne Redner, u. a. Abg. Hertel, haben sogar im Reichstage die Verbote liberaler und sozialdemokratischer Blätter ausdrücklich für berechtigt erklärt.

Zeitgemäße Anfrage.

Dem Reichstage ist folgende Anfrage der Abg. v. Meding und v. Wangenheim von der Deutschen Fraktion zugegangen: In dem Anzeigenteil der Tagespresse werden täglich Hunderte von Zentnern frisches Fleisch und Konserven angeboten. Ist der Herr Reichskanzler gewillt, auf Grund der jetzt vom Bundesrat angeordneten Erhebung über vorhandene Bestände an Fleisch und Konserven, diese Nahrungsmittel zu beschlagnahmen und dem Konsum zuzuführen, damit der Abschachtung von Zuchtvieh, in Sonderheit sichtbar tragender oder frischmelkender Kühe sofort Einhalt getan werden kann? Wir begnügen uns mit schriftlicher Antwort.

Vom Garten der deutschen Zukunft.

Der freisinnige Landtagsabgeordnete H. Traub, früher ob seines „Radikalismus“ in kirchlichen und politischen Kreisen stark angefeindet, hat dieser Tage in Dortmund einen Vortrag gehalten, dem wir nach einem Bericht der „Köln. Ztg.“ folgendes entnehmen:

„Daß wir uns alle nach Frieden sehnen, ist so selbstverständlich, daß uns diese Sehnsucht nach Frieden nicht entehrt, daß sie uns in unserer Pflicht nicht schwächen soll. Ja, wir wollen den Frieden, sobald die Zeit da ist. Man wird ruhig, wenn man die neutrale Presse liest, man wird ruhig über so vieles Friedensgerede. Manche haben ein Interesse daran, einen Starren nicht zu hart werden zu lassen, und manche haben eine gewisse Angst davor, daß derjenige, der etwas geleistet hat, allmählich mächtig werden könnte. So hört man viele biedere Stimmen, und hinter der Maske der Biederkeit muß man immer suchen, ob ein Freund

oder ein Feind dahintersteckt. Gerade weil es dem Frieden entgegengeht, müssen wir unterscheiden zwischen Schein und Sein, zwischen falschem und wahren Frieden. Wir wollen einen dauernden Frieden, ganz gewiß; denn sonst hätten nicht so viele ihr Herzblut hingegossen. Das Wort vom dauernden Frieden war aber von einigen deutschen Kreisen schon geprägt, ehe nur eine einzige Schlacht geschlagen, ehe noch ein einziger deutscher Sieg erfochten war. Es hieß damals, man dürfe nur auf einen dauernden Frieden hinarbeiten, das heißt, du darfst dem Feinde und Gegner gar nichts abnehmen, denn sonst würde er an dir Rache nehmen müssen. Einen solchen dauernden Frieden wünschen wir nicht. Wir wünschen einen dauernden Frieden, bei dem die Grenzen des deutschen Gartens nach Osten und nach Westen soweit hinausgeschoben werden, daß es denen draußen schwer fällt, nochmals nach unserem Garten Steine zu werfen.“

Heute gibt es so viele Friedensschwäger, die keine wahren Friedensfreunde sind. Wir müssen suchen nach wahren Friedensfreunden, die den Frieden bringen wollen, damit wir zu Wasser und zu Lande die neue Macht in der Größe, die uns Gott verliehen, bleiben, nicht aus Rücksicht oder Eitelkeit, sondern weil wir dadurch eine noch größere Verantwortlichkeit auf unsere Schultern laden. Wer diese größere Verantwortung nicht will, der soll vom Frieden nicht reden. Feige taugen nichts und taugen erst recht beim Friedensschluß nichts. Das können nur Tapfere tun. Die jetzt so rasch zum Frieden geneigt sind, wären auch die ersten, welche die Regierung mit Hohn und Spott überschütteten, wenn ein sauler Frieden da wäre.“

Nach Herrn Traub darf also vom Frieden nur der reden, der die „größere Verantwortung“ für die nach Osten wie nach Westen hinausgeschobenen Grenzen des „deutschen Gartens“ auf sich zu nehmen bereit ist. (a)

Das tägliche Brot.

Höchstpreise für Knochenfett usw.

Am 11. d. M., Berlin, 26. Mai. (B. T. V.) Das Reichsgesetzblatt enthält eine Bekanntmachung des Reichskanzlers, durch die Höchstpreise für technisches Knochenfett, Speisefleischfett und Klauenöl festgesetzt sowie die Vorschriften der Paragraphen 3, 4 der Verordnung über den Verkehr mit Knochen usw. vom 13. April 1916 auf Abfederfette, Extraktionsfette und Spülwasserfette ausgedehnt werden.

Gleichzeitig werden im „Zentralblatt für das Deutsche Reich“ Ergänzungen zu den Ausführungsbestimmungen zur Verordnung über den Verkehr mit Knochen usw. bekanntgegeben. Außer den durch die vorstehend erwähnte Ausdehnung notwendig gewordenen Bestimmungen werden darin insbesondere Vorschriften über die Bewirtschaftung der in Schlächtereien, Kopfausschlächtereien, Wurst- und Konservenfabriken, Schinkenfabriken anfallenden frischen Knochen erlassen.

Aufklärung über die Vorschriften im Lebensmittelverkehr.

In dem Maße, wie die Reglementierung des Wirtschaftslebens fortschreitet durch Erweiterung, Änderung und Aushebung bestehender Vorschriften, durch Neuerlasse und Verordnungen, ausgehend von den verschiedenen zuständigen Behörden, wird es immer schwieriger, einen Überblick über die augenblicklich geltenden Vorschriften im Lebensmittelverkehr zu behalten.

In zweckmäßiger Weise hat der Stadtmagistrat von Bayreuth diesem Mangel abgeholfen durch Herausgabe eines kleinen Heftchens unter dem Namen: „Vorschriften über den Verkehr mit den Gegenständen des notwendigen Lebensbedarfs.“ Darin sind in knapper, systematischer Form die der Versorgungsmaßregelung der Stadt Bayreuth zugrunde liegenden Bestimmungen zusammengefaßt als Ausfluß der vom Reich, der bayerischen Regierung und der kommunalen Behörde erlassenen Verordnungen.

Rentables Buttergeschäft.

Einen Rohgewinn von nicht weniger als 600 Prozent hat das Kriegsjahr 1916 den „Vereinigten Pommerschen Reisevereinen“ gebracht, die in Form einer Aktiengesellschaft in Berlin ihren Sitz haben. Zwei Drittel des Rohgewinnes werden allerdings für Unkosten und Ausbesserungen verrechnet. Alsdann werden 127 412 M. für Abschreibungen zurückgestellt, und die Aktionäre haben sich mit einem Reingewinn von 71 785 M. gleich 70 Prozent des Aktienkapitals von 101 500 M. zu „begnügen“.

Reisengewinne aus Deereslieferungen.

Dem „Verl. Tageblatt“ wird aus Hannover berichtet: Die hiesige Zentralgenossenschaft für Viehverwertung, die erst im Herbst 1914 begründet worden ist, hat bei einer in Afrika und Ostindien mit 8092 086 M. abschließenden Bilanz einen Reingewinn von nicht weniger als 1 038 872 M. erzielt. Wie der Geschäftsführer Dör in der Generalversammlung mitteilte, sei die erste Aufgabe der Zentralgenossenschaft, die Deeresversorgung zu sichern, im verflochtenen Jahre glänzend gelöst worden. Es seien dem Deere 101 297 Schweine, 58 988 Rinder und 54 591 Schafe im Gesamtwerte von annähernd 70 Millionen Mark zugeführt worden. Außerdem hatte die Genossenschaft zur Erfüllung des zwischen Staat und Landwirtschaftskammern abgeschlossenen Deereslieferungsver-

trages 100 000 Schweine geliefert, ferner auf den hannoverschen Viehmärkten Vieh im Gesamtwerte von 2 000 000 M. verkauft. Der Gesamtumsatz an Vieh hat 100 Millionen Mark betragen gegen 50 Millionen Mark im Vorjahre. Vom Reingewinn in Höhe von 1 038 872 M. sind 50 Proz. für die Kriegsgewinnsteuer zurückgestellt, so daß 480 000 M. zur Verfügung bleiben, die mit Ausnahme von 5 Proz. auf die Geschäftsanteile mit 60 Proz. der Betriebsrücklage und der Rest dem Reservefonds zugeführt wurden. Die Genossenschaft hat bisher 800 000 M. Kriegsanleihe gezeichnet.

Versteckte Vorräte.

In Schleife D. 2. fand eine Hausdurchsuchung nach verborgenen Nahrungsmitteln statt, die, wie die „Deutsche Fleischer-Zeitung“ meldet, ein reiches Ergebnis aufwies. Allein bei dem Gemeindevorsicht wurden über 5 Zentner Weizenmehl, 40 Zentner Kartoffeln, 8 Zentner Roggen und ein großer Vorrat an Speck und Rauchfleisch aufgefunden. Ein Bauer aus der Umgebung hatte seine Vorräte kurz vor der Hausdurchsuchung im Walde versteckt. Auch diese Vorräte wurden beschlagnahmt, nachdem sich aber erst einige unbekannte Diebe verschiedene Speckseiten geholt hatten. Ein anderer Bauer führte während der Hausdurchsuchung seinen ganzen Vorrat auf einem Wagen spazieren, was ihm natürlich auch nicht half.

Gerichtszeitung.

Die tote Maus.

Auf den Reisten eines „Journalisten-Triads“ sollte die Straftat geschlagen werden, die den Schriftsteller Ernst Kühnel gestern unter der Anklage des versuchten Betruges vor die 135. Abteilung des Schöffengerichts Berlin-Mitte führte.

Der Angeklagte war im Jahre 1913 als Journalist für eine hiesige Zeitung tätig. Eines Tages, in der Zeit der sauren Gurke, erklärte er einem Kollegen, daß er 1000 M. brauche, da die Scheidung von seiner Ehefrau ihm viel Geld gekostet habe. Er entwiderte dann einen schlammigen Plan, sich diese 1000 M. zu verschaffen: Er wisse, daß einmal in einem großen Weinlokal ein Mann im Essen eine tote Maus gefunden und der Besitzer des Lokals dem entsetzten Gast 8000 M. angeboten habe, um kein Aufsehen von der Sache zu machen. Nach diesem Muster wollte er nun in dem Weinlokal von Kempinski in der Leipziger Straße handeln: er werde mit einem Freunde und noch einem Dritten dorthin gehen und sich Essen bestellen, dann unbemerkt eine von ihm schon präparierte tote Maus in das Essen hineinwerfen und seiner Empörung so drastischen Ausdruck geben, daß ihm die berühmte Firma gewiß zur Wahrung ihres Rufes und zugleich als Entschädigung für seine Gesundheitsgefährdung ein Schweinegeld von 1000 M. zahlen würde. Der Kollege hielt das, was der Angeklagte ihm sagte, zunächst für einen schlechten Scherz. Dann aber wurde er doch bedenklich, da der Angeklagte dabei verblöhte und die Verflüchtigung hinzusagte, daß er ein guter Schauspieler sei und ein Uebelsein oder eine kleine Ohnmacht sehr gut nachahmen könnte. Nun erachtete der Kollege es für seine Pflicht, nachdem er dem Angeklagten vergebens abgeraten hatte, eine solche Komödie aufzuführen, telephonisch die Firma Kempinski davon zu benachrichtigen, was man gegen sie plane. Der Angeklagte erwiderte denn auch bald darauf mit zwei Begleitern im Lokal von Kempinski und bestellte Wein und Speisen. Plötzlich sprang er mitten im Essen mit allen Zeichen der Empörung auf und zeigte einen schmutzigen Lappen vor, den er in dem ihm vorgelegten Reispapier allerlei vorgefunden haben wollte. Dem herbeigerufenen Reffen des Seniorens, Herrn Hans Kempinski gegenüber trat er sehr dreist auf. Als ihm dieser aber erklärte, er sei schon voll unterrichtet, was da passieren sollte, wurde er recht klein. Er hielt es dann, nachdem seine Person festgehalten worden war, für zweckmäßig, noch an demselben Abend mit Hilfe von Geldern, die ihm seine Verwandten zur Verfügung stellten, nach Berlin abzureisen. Er ist dann längere Zeit im Ausland verblieben und schließlich bei Ausbruch des Krieges hierher zurückgekehrt. Er bestritt im Termin ganz entschieden, daß er die Absicht gehabt habe, sich in betrügerischer Weise zu bereichern. Tatsächlich habe es sich nur um einen „Journalisten-Triad“ gehandelt. Er habe damals an journalistischem Stoffmangel gelitten und sei auf die Idee verfallen, eine Artikelserie zu schreiben unter dem Titel: „Wie kann man in Berlin leben und Geld verdienen, ohne zu arbeiten?“ Für den ersten Artikel dieser Art habe die Komödie bei Kempinski die Einleitung bilden sollen. In einem früheren Termin hatte das Gericht beschlossen, den Angeklagten auf seinen Geisteszustand untersuchen zu lassen. Dies ist geschehen; Medizinalrat Dr. Störmer hat jedoch begutachtet, daß § 51 des Strafgesetzbuchs nicht anwendbar sei. Der Staatsanwalt glaubte dem Angeklagten nicht, daß es sich um einen Journalisten-Triad gehandelt habe, und beantragte acht Monate Gefängnis. — Rechtsanwalt S. u. h. hielt die Angaben des Angeklagten doch nicht für so ungläubwürdig und erinnerte an andere Journalisten-Triads u. a. auch daran, daß zur Zeit der Einführung der Bahnsperrung zwei Journalisten mit Erfolg den Radweg erbrachten hätten, wie man ohne Fahrkarte und nur mit Hilfe der Bahnsteigkarte von Berlin bis Adnigsberg kommen konnte. Der Angeklagte, der schon viel in Sanatorien gewesen und im Besitz eines Attestes des Kreisarztes Dr. Kaiten, das ihn für geisteskrank erklärte, sei, habe solche abenteuerlichen Pläne mehrfach verfolgt. — Das Gericht hielt den Angeklagten nicht für geisteskrank, glaubte auch nicht an den Journalisten-Triad, sondern verurteilte ihn wegen versuchten Betruges zu sechs Monaten Gefängnis.

Regelmäßiger Eingang von feinstem Grashutter.

Verkaufsstellen:

Berlin.

S Dresdener Str. 50—51.
SW Blücherstr. 11.
SO Reichenberger Str. 18.

Zehlendorf.

Hauptstr. 17.

Südende.

Steglitz Str. 25.

Steglitz.

Albrechtstr. 17.

Lichterfelde.

O Verlängerte Wilhelmstr. 36.
W Karlstr. 115.
C Hindenburg-Damm 103.

Tempelhof.

Berliner Str. 148.

Die Butterversorgung

wird in Groß-Berlin durch Abgabe der Zucker-Stammkarten neu geregelt.

Geben Sie Ihre Zuckerkarten-Oberteile umgehend bei mir ab, dann erhalten Sie eine Butterbezugskarte und gegen Vorzeigung derselben in jeder Woche

unter Benutzung von leichtem Papier

* * bei aufmerksamer Bedienung * *

bestimmt Ihr volles Quantum Butter ausgehändigt.

Kein Anstellen mehr!!!

Oskar Beck, Hoflieferant.

Sonntag geöffnet von 8—10 und 12—2 Uhr.

Neue Butter-Verteilung

Das zustehende
Butterquantum
wird gewährleistet

Meine geehrte Kundschaft, die vom 5. Juni ab ihre Butter weiter bei mir zu kaufen wünscht, bitte ich, sich gegen Abgabe sämtlicher Zuckerkarten-Kopfstücke in die in meinen Filialen ausliegende Kundenliste eintragen zu lassen.

Robert Schröter, K. K. Kammerlieferant.

Kontor und Lager: Adalbertstraße 53.

Neue Butterverteilung.

Meine verehrte Kundschaft, welche ab 5. Juni ihre Butter weiter von mir zu kaufen wünscht, bitte ich, sich gegen Vorlegung sämtlicher Zuckerkarten-Kopfstücke ihrer Familie in die in allen Filialen ausliegende Kundenliste eintragen zu lassen.

Das zustehende Butterquantum
wird gewährleistet.

Butter-Handlung Presto (Paul Bernau).

Neue Butterverteilung

Unsere verehrte Kundschaft, welche ab 5. Juni ihre Butter weiter bei uns zu kaufen wünscht, bitten wir, sich gegen Vorlegung ihrer sämtlichen Zuckerkarten-Kopfstücke in die ausliegende Kundenliste eintragen zu lassen.

Das zustehende Butter-
quantum wird gewährleistet!

Geb Brüder Groh

Hoflieferanten.

Spezialarzt

Dr. med. Weckenfuß,
Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor),
für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden —
Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 12 Tage),
Blutuntersuchung. Schnelle, sichere,
schmerzlose Heilung ohne Berufs-
störung. Teilzahlung.
Sprechstunden: 10—1 und 5—8.

Nur für Herren

und Jünglinge, welche sich billig
kleiden wollen, empfehlen wir aus
feinsten Maßstoffen zurückgeordnete
Anzüge M. 16 bis 45, Paletots
M. 16 bis 38, Hosen M. 6 bis 12.
Gesellschaftsanzüge sehr preiswert.
Deutsches Garderobehaus,
Grosse Frankfurter Straße 118, I.

Für Feldsoldaten!

Deutsch-Polnisch 15 Pfg.
Deutsch-Französisch 15 Pfg.

Drohhandlung/Vertrieb

**Phingst-
Freude**

empfindet
ein Jeder beim An-
blick der grossen
Auswahl in meinen
4 Geschäften und
ist angenehm über-
rascht über meine
preiswert. Angebote

Gegen Bar und auf Kredit
unter günstigsten Zahlungsbedingungen
empfehle

Herren-, Damen-, Kindergarderobe

Anzüge u. Paletots in jeder gewünschten Grösse u. Farbe
Kleider, Kostüme, Mäntel, Röcke, Blusen

Koverkot-Neuheiten

Damenhüte, Damenwäsche • Teppiche, Portiären, Gardinen, Decken
Einzelne Möbel u. vollständige Wohnungs-Einrichtungen

B. FEDER

Norden: Brunnenstrasse 1
Osten: Frankfurter Allee 350
Süden: Kottbuser Damm 103
Westen: Charlottenburg, Scharrenstr. 5
Ecke Wilmersdorfer Straße.

Sofort 3 Mark
erhält derjenige von seinem
Konto abgeschrieb., der sich
nach geschehenem Einkauf
auf dieses Inserat bezieht.

Neue Butterverteilung.

Meine verehrte Kundschaft, welche ab 5. Juni ihre Butter weiter bei mir zu kaufen wünscht, bitte ich, sich gegen Vorlegung ihrer sämtlichen Zuckerkarten-Kopfstücke in die in allen Filialen ausliegende Kundenliste eintragen zu lassen.

Das zustehende Butterquantum wird gewährleistet.

J. S. Assmann, 42 Filialen in Groß-Berlin.

Neue Butterverteilung

In meinen sämtlichen Filialen liegen Kundenlisten aus, ich bitte um Abgabe der Zuckerkarten-Kopfstücke zwecks Eintragung
Das zustehende Butterquantum wird gewährleistet

Reichelt

Butter-Gross-Handlung
46 Zweiggeschäfte in allen Stadtteilen

7. Preussisch-Süddeutsche (233. Königl. Preuss.) Klassenlotterie

5. Klasse 18. Ziehungstag 20. Mai 1916

Die Gewinnnummern sind in Klammern beigefügt. (Ohne Gewähr u. St. u. f. S.) (Raddruck verboten)

310 500 100 000 31 1120 (5000) 438 (600) 68 71 630 861
73 2200 94 421 39 33 (500) 54 567 689 909 2112 373 652
4000 80 623 671 96 974 4322 450 653 (500) 691 6013 67 273
400 44 607 630 814 (600) 89 922 6041 74 81 (600) 106 424
600 89 590 (600) 785 825 995 (500) 7070 84 221 331 429 824
(500) 70 870 900 (500) 63 (1000) 8259 450 95 005 130 750
68 839 814 931
10255 175 321 643 863 928 70 11020 27 421 87 (500) 613
70 627 35 829 091 12661 (600) 63 86 129 251 309 78 619 36
71 (500) 21 824 94 13134 56 408 (500) 503 90 (1000) 624 94
848 94 905 14241 (1000) 67 73 89 304 44 (1000) 83 80 (500) 82
949 514 662 71 703 47 865 71 949 96 15154 231 367 485 68 574
601 21 701 89 (500) 829 981 16014 38 40 77 (1000) 90 271 (1000)
383 94 423 514 655 711 39 68 17309 90 259 630 72 808 53
18054 156 262 (1000) 60 (500) 63 81 238 (1000) 683 90 684 79
704 (1000) 801 9 93 944 18022 381 470 (500) 73 507 605 93
732 74 81 99 916 63 (1000)
20564 (1000) 132 62 310 423 87 623 605 48 734 934 (500)
07 21069 144 329 454 656 612 851 909 39 38 22077 108
44 (1000) 629 90 600 48 715 81 979 23040 117 210 (1000)
310 65 442 806 38 626 707 35 24044 62 133 265 354 (3000)
407 18 873 719 50 (1000) 815 75 25903 (500) 69 181 274 435
(1000) 620 675 79 754 (600) 854 83 903 25018 367 79 649
27091 151 240 74 523 869 28014 34 169 78 211 73 95 692
81 603 21 48 80 927 29789 369 681 (500) 610 78 73 81 959
30151 403 56 (1000) 676 727 (500) 31099 81 174 (500)
280 96 342 433 54 571 32000 134 73 224 339 (500) 424 593
(500) 923 32014 397 401 513 33 39 64 642 829 963 34242
40 48 343 66 97 426 27 605 71 99 985 91 35003 139 (500)
(500) 329 77 432 523 33 619 22 63 969 30004 14 136 (500)
204 513 66 58 494 600 685 97 770 979 924 37022 147 60 824
602 21 (500) 502 38000 281 (3000) 373 509 (500) 631 64 64
906 26004 (1000) 156 70 505 331 607 718 63 938 48 (500) 60
40039 626 654 827 47 77 944 41000 123 (1000) 88 (15000)
63 703 209 181 500 42004 71 87 167 (500) 288 483 (500)
643 673 814 77 95 977 43031 64 77 126 (500) 39 244 (500) 68
(1000) 429 29 (1000) 682 715 856 (500) 44148 (3000) 927 615
905 45 45003 116 347 449 73 688 823 325 931 48008 124 79
287 590 906 (1000) 47623 763 965 (1000) 81 (500) 48011
40 71 (1000) 83 277 395 527 38 814 956 49000 15 130 77 400
62 890 (1000) 995 978 81
50109 220 23 32 360 700 11 60 (500) 87 840 51209 603
54 710 825 63 (500) 52345 (1000) 745 81 630 (3000) 82 90
81 930 37 82090 313 82 (3000) 412 (1000) 97 605 (500) 963
(1000) 90 (500) 853 998 84204 45 83 470 85 622 60 (500)
691 919 55066 171 274 497 614 85 840 945 80217 29
644 715 (500) 623 689 57357 61 674 92 756 (1000) 51100
228 (1000) 681 700 59133 240 (500) 60 334 486 619 631 34 86
719 (1000) 890
60701 297 692 741 (1000) 63 6151 69 87 347 487 643
68 702 809 913 23 62189 103 (3000) 69 84 217 250 460 828
63038 81 109 362 606 900 64070 670 678 622 65304 247
615 767 857 928 (1000) 66349 670 712 48 805 834 (500) 89
67055 822 61 642 68 714 843 26 68056 223 (500) 431 (3000)
62 609 61 (500) 688 (500) 30 39 48 929 49 60134 252 69
(500) 871 823 43
70701 (500) 181 212 346 664 87 847 868 71263 60 898
445 732 65 681 903 72078 214 18 467 915 38 40 73277 620
74059 148 986 694 (600) 742 845 74 989 78 75243 454 (1000)
621 669 72699 353 639 89 623 (500) 41 805 915 77000 174
90 217 (1000) 84 (500) 753 804 13 33 976 78088 170 239 589
682 883 945 68 78006 71 275 371 80 407 (500) 643 (3000) 49
600 (500) 731 984
8000481 230 (500) 41 64 (500) 310 555 78 642 793 810
48 59 (1000) 921 81016 136 965 87 82075 154 263 441 542
83053 89 156 233 321 22 781 (1000) 897 979 84022 176 385 (500)
901 (3000) 646 714 15 78 943 68 95222 71 302 8 20 63 9808
216 963 426 83062 814 35 78 943 68 95222 71 302 8 20 63 9808
38 918 98009 73 691 88 303 9 84 60 436 (1000) 617 673 81
100180 (3000) 67 325 (500) 49 60 62 436 (1000) 617 673 81
82 838 10122 507 63 783 920 79 102171 85 292 (3000) 385
410 (1000) 633 83 72 757 603 (500) 63 103017 21 79 198 239
397 69 481 610 43 61 779 811 104059 638 886 825 905
105014 83 280 394 473 632 83 780 803 941 64 108193 309
904 784 99 107024 61 501 22 82 704 94 65 82 103169 221
60 81 83 303 497 109031 231 617 83 63

7. Preussisch-Süddeutsche (233. Königl. Preuss.) Klassenlotterie

5. Klasse 18. Ziehungstag 20. Mai 1916

Die Gewinnnummern sind in Klammern beigefügt. (Ohne Gewähr u. St. u. f. S.) (Raddruck verboten)

110175 218 346 422 503 (500) 44 64 686 187 931 111211
42 609 615 23 84 809 112027 28 370 459 664 82 816 113070
203 (600) 335 (500) 500 45 91 622 709 114088 111 (600) 411
66 616 853 115263 81 685 758 99 815 918 116192 78 261 338
476 540 601 889 (3000) 117013 87 137 434 41 74 613 23 900
46 118030 87 264 56 309 435 733 60 807 (1000) 60 62 119269
369 426
120123 49 80 285 311 (1000) 469 603 689 970 121055 201
(500) 36 54 307 24 66 525 31 792 936 908 122011 190 (1000)
333 481 676 650 790 865 83 916 (500) 123053 61 233 65 895
124160 205 41 (3000) 460 549 877 125076 184 301 (1000) 469
523 749 126050 112 25 396 86 761 (500) 127001 160 (1000)
202 413 819 742 946 128069 68 08 210 15 623 956 129118
252 (500) 81 309 416 619 75 845
130689 572 610 33 737 (1000) 131300 407 77 512 624
(500) 70 747 48 818 132013 (1000) 130 630 67 78 (500)
78 514 (500) 32 90 823 (500) 920 (1000) 40 79 132071 220
60 311 783 931 82 134219 609 841 135033 (500) 274 323
63 407 136001 553 619 84 569 983 (500) 138189 789 137071
107 215 321 29 48 489 700 603 94 138240 642 736 45 139033
236 53 89 (1000) 748 813
140147 (1000) 330 63 70 81 89 472 621 (500) 685 (600) 89
(500) 896 954 141311 68 70 450 619 44 (1000) 709 (1000) 813
914 142262 458 561 650 904 20 97 143118 402 835 (600) 39
(500) 86 924 68 144300 110 89 223 345 416 618 860 60 907
70 94 (1000) 145048 70 140 (1000) 58 213 596 647 (1000) 888
940 146011 134 280 354 438 573 605 7 20 948 147068 280
443 656 70 873 949 89 148365 (500) 44471 722 149242 330
44 424 (3000) 34 830 722 66 813
150102 (500) 17 (500) 317 510 (1000) 60 43 885 911
151117 56 341 (500) 497 825 771 812 944 152198 (3000) 301
8 65 429 96 510 (500) 67 793 894 153121 (500) 632 42 (500)
784 929 154143 233 45 69 348 414 61 605 33 63 617 80 99
901 71 155105 7 832 948 735 (500) 844 156003 (500) 188
240 90 827 (1000) 759 801 948 157087 68 181 313 23 463 688
867 877 927 33 153300 300 1 405 729 60 158193 292 644
703 840
160070 (3000) 69 (500) 116 374 411 93 877 (1000) 920 915
28 50 160089 533 69 426 572 162161 64 242 304 69 418 716
(500) 72 892 589 163009 104 84 400 75 674 509 16 (500) 719
(1000) 44 61 64 979 161052 319 610 655 78 738 (500) 61 88
844 958 78 56 155274 (1000) 360 463 (1000) 616 97 600 700 50
831 160134 216 17 47 85 338 96 419 572 779 890 912 69
167114 67 208 390 698 (500) 625 (500) 526 168000 121 224
831 42 423 23 639 69 669 765 890 (1000) 925 40 103053 124
339 82 872 (1000) 787 814 50 909
170039 90 (1000) 208 43 412 632 807 (1000) 926 (500) 34
48 82 68 171035 105 204 29 (3000) 35 679 614 639 87 930 78
172417 812 914 794 627 78 984 173037 154 287 375 481 (1000)
679 (1000) 634 643 174035 (1000) 333 49 87 892 904 (600) 41
73 89 (500) 175000 185 610 (1000) 704 176033 55 195 327
429 38 715 (1000) 16 89 807 177295 331 495 576 697 776 858
889 178072 119 418 89 812 (500) 60 923 178083 214 (500)
300 37 654 731 850 87
180037 (3000) 87 129 241 79 305 434 514 181000 54 194
217 311 413 821 622 7 (500) 83 764 182241 651 944 96 732 67
75 77 895 911 183000 67 161 317 422 708 217 944 184060
182 232 207 24 507 99 706 807 (500) 956 91 185390 606 84
788 81 833 186881 187 309 479 187078 119 456 656 74 704
891 182858 98 328 29 648 71 711 805 18 900 40 180003 26
124 94 25 558 (500) 676 707 879 950
190027 166 200 16 304 400 569 (1000) 751 62 (500) 89 879
919 191421 623 500 919 42 69 192113 206 23 63 85 97 401
676 65 634 814 193048 221 44 480 619 867 966 194031 137
63 229 314 514 822 88 195027 340 420 668 626 69 196160
309 49 380 478 611 87 696 703 85 878 909 197064 159 264
269 89 (500) 400 600 1 108115 312 30 376 461 625 50 (500)
629 35 199115 202 642 63 76 746
200435 71 597 81 699 748 201078 167 252 374 611 26
677 777 895 202455 605 698 747 203163 (3000) 265 324
623 81 700 69 (1000) 830 978 204158 319 23 39 68
(1000) 455 642 814 39 43 205889 240 615 829 819 45 67 (500)
90 200503 800 431 69 527 81 810 19 30 (1000) 784 628 98
957 207010 17 26 134 89 359 605 775 208066 134 209 85
956 443 89 66 872 622 74 705 80 209021 269 369 465 (500)
67 634 80 (500) 666 633
210124 615 718 668 800 (500) 211003 (1000) 77 257 388
623 (1000) 854 935 212008 325 402 664 (1000) 776 847 969
82 (6000) 213040 34 (1000) 694 (500) 710 814 214010 (500)
141 485 826 97 912 215022 164 286 897 494 667 694 706 96
812 83 (1000) 210099 191 93 213 95 636 (500) 702 971 (500)
217214 443 97 510 (500) 701 (1000) 9 839 210706 (1000) 189
334 443 72 89 672 82 609 722 20 044 67 629 219339 (500)
661 742 818 903 (500)
220012 61 140 234 341 68 409 61 697 80 67 944 (1000)
221079 154 62 (1000) 328 427 654 600 66 88 836 222008 306
629 68 93 672 757 223014 (800) 75 (3000) 124 431 632 61 792
822 224046 286 331 99 41 67 566 74 656 946 (1000) 225003
90 (3000) 181 205 447 500 851 955 226007 17 (1000) 49 100
(5000) 224 481 646 718 704 37 96 894 227197 234 569 638
(5000) 74 723 (1000) 634 228196 323 60 435 229132 212
303 645 62 700 899
230036 135 357 74 441 639 77 679 805 999 97 231458
(500) 521 (500) 64 770 838 901 232158 228 81 347 (1000)
60 847 78 683 69 744 81 (1000) 616 233103 34 217 71 312 38
411 (500) 44 251 80 714 47 974
Erläuterung: In den Radnummern sind die 25. Stelle
enthalt die 25. Stelle der 21. 974 bis 21. 974 mit 1000 St.
gelesen werden.

7. Preussisch-Süddeutsche (233. Königl. Preuss.) Klassenlotterie

5. Klasse 18. Ziehungstag 20. Mai 1916

Die Gewinnnummern sind in Klammern beigefügt. (Ohne Gewähr u. St. u. f. S.) (Raddruck verboten)

60 123 315 80 81 435 94 630 63 970 78 89 1117 612 645
83 761 63 853 959 2021 112 381 414 630 3003 42 187 372
425 628 791 814 30 94 4032 42 119 296 663 719 31 212 59
5004 68 416 48 668 6006 213 92 775 871 72 973 7114 82
442 88 652 95 85 753 99 979 6108 274 381 85 639 625 703
800 9004 68 78 321 805
10048 244 93 864 86 604 841 943 60 64 74 85 11056 71 98
402 647 86 690 (1000) 703 24 62 (3000) 64 800 14 63 935 12024
31 119 305 81 446 68 609 703 35 42 94 (1000) 863 (600) 943
64 13074 129 230 77 503 (3000) 32 41 55 428 696 97 796 811
636 68 14248 66 82 322 423 638 15339 425 37 569 868 (1000)
922 16004 224 355 614 834 38 17001 128 (500) 480 615 90
783 992 18314 467 (3000) 773 903 (1000) 19019 260 (1000)
416 67 620 69 730 877 929 78
20001 155 441 45 85 537 80 828 (1000) 21001 97 129 72
370 500 705 18 (500) 32 22001 69 231 649 69 70 630 529
(500) 60 23604 85 112 478 90 816 921 24087 249 93 939 74
421 25 42 653 25210 307 400 (500) 32 627 684 (500) 790 847
66 902 26088 144 344 600 88 74 962 27052 (1000) 358
308 10 490 750 63 60 (500) 811 968 28160 96 283 (1000) 311
467 632 82 608 819 29126 (500) 239 311 (500) 76 684 632 77
601 29 32 958
30043 208 25 340 43 608 60 847 923 31054 384 475 87
614 739 (1000) 95 816 (1000) 95 961 32409 437 675 905
32004 104 261 328 628 827 47 56 76 34013 497 605 35131
200 481 36017 61 110 214 72 35 395 (500) 608 (3000) 45 69
613 51 719 842 (1000) 902 37055 185 257 70 (1000) 91 (1000)
396 331 43 728 878 38221 85 327 479 588 688 789 39498 758
61 629 653 985 (500) 63078 252 468 77 (1000) 749 80 99 835
(500) 978 63052 102 322 643 873 358 67121 33 214 302 32
603 (1000) 90 894 930 63028 92 472 562 (500) 674 920 22 39
603 613 243 447 316 21 92 (5000) 486 587 586 746 923 97
74004 66 69 832 (500) 432 964 7111 16 72 405 49 67
63 508 34 765 72190 93 327 699 79 844 73003 218 42
227 40 426 679 80 653 712 583 (500) 60 72 816 (3000) 74011
10017 277 394 405 75 (500) 695 888 (500) 75068 263 316
21 (1000) 516 78005 27 169 89 67 80 (500) 232 37 862 95 402
69 685 (1000) 957 77001 138 241 (500) 42 47 86 422 619 704
97 824 623 63 (500) 78126 66 270 300 83 475 (500) 77 653 67
(1000) 615 729 912 78091 234 305 68 403 36 660 737 90 (1000)
8026 55 65 380 435 656 (1000) 610 98 791 876 976 81234
801 77 417 76 683 830 70 99 923 38 82817 22 513 657
824 94 935 83008 12 135 83 248 361 (1000) 635 671 797 865
(500) 64 900 (500) 84083 474 707 24 847 (500) 8115 214 302 38
69 87155 497 518 641 707 24 847 (50

Aus Groß-Berlin.

Klagen über mangelhaftes Brot.

In Oranienburg waren Klagen über das in den Verkehr gelangte Brot laut geworden. Ein reichliches Stück solchen Brotes ist uns als „Kostprobe“ übergeben worden, doch mühten wir uns den Genuß zu verweigern, weil es schon zu sehr verschimmelt war. Das von Einwohnern Oranienburgs demängelt Gebäck war hergestellt aus Mehl, das aus der Oranienburger Dampfmühle stammte. Man suchte die Ursache der Mängel des Brotes in der Beschaffenheit dieses Mehles, und durch eine in der Stadtverordnetenversammlung durch unseren Genossen Pappe an den Magistrat gerichtete Anfrage über die Aufbewahrung des Getreides der Oranienburger Dampfmühle wurde der Stein ins Rollen gebracht. Weil Getreide der Dampfmühle seit langem in Säcken gelagert hatte, nahm man an, daß es dabei an der rechten Lüftung gefehlt habe. Schritte, die der Magistrat nun unternahm, führten zu einer Untersuchung der Beschwerden. Die Reichsgetreidestelle antwortete dem Magistrat, daß die Lagerung in den Säcken nicht als eine Gefahr für das Getreide angesehen werde. Zugleich mit diesem Bescheid wurde der Stadtverordnetenversammlung ein beigefügtes Gutachten mitgeteilt. Darin stand zu lesen, daß die Mühle in bester Ordnung sei und einwandfreies Mehl herstelle. Der in den Säcken lagernde Roggen sei durchweg gut, der Weizen sei allerdings zum Teil kamm und vom dumpfem Geruch, aber auch er sei zur menschlichen Nahrung gut geeignet. Ein von dem Mühlenbesitzer während der Stadtverordnetenversammlung überreichtes Schreiben, das auf die Klagen über die Beschaffenheit des Mehles Bezug nahm, versprach, er werde in der Zukunft für die hiesigen Einwohner Mehl von anderen Stellen zur Verteilung bringen lassen. Das mußte nach dem Gutachten und dem Bescheid der Reichsgetreidestelle einigermassen überraschen und sah aus wie ein Rückzug des Mühlenbesitzers, der vorher den sozialdemokratischen Kritiker mit Klage bedroht hatte. In der Stadtverordnetenversammlung wurde dann dem Gutachten wie dem Verhalten des Mühlenbesitzers die gebührende Beachtung zu teil. Genosse Pappe empfahl, daß der Magistrat nunmehr sich an den Minister wenden möge. Das geschah auch sogleich am anderen Tage, doch ist bisher von dort kein Bescheid eingegangen. Inzwischen hat der Mühlenbesitzer sich noch zu wehren gesucht durch Veröffentlichung eines Gutachtens der Versuchsanstalt für Getreideverarbeitung, wonach die bei verschiedenen Bäckern in Oranienburg entnommenen Proben von Mehl und Brot nach dem bisherigen Ergebnis der Untersuchungen „allem Anschein nach zur Veranlassung keine Veranlassung geben“. Das Gutachten erwähnt die einzige Ausnahme, daß bei einem Bäckmeister dem Brot wahrscheinlich Strohmehl beigemischt gewesen sei, was man als Ursache der schlechten Beschaffenheit des Brotes ansehen dürfe. Soll hiermit die Streitfrage erledigt sein? Jurgzeit wird den Bäckern in Oranienburg ihr Mehl aus anderen Mühlen (Zegel und Berlin) geliefert. Mit dem Gebäck ist man jetzt — so wird uns versichert — zufrieden.

Fahrbare Räder will der Verein der Berliner Volksläden auf den Berliner Straßen versehen lassen, um Speisen zur Verteilung zu bringen. Zur Vermeidung eines übermäßigen Andranges ist dem Verein zur Bedingung gemacht worden, daß er Berechtigungsmarken zur Entnahme des Essens verteilt, die aber nicht auf der Straße ausgegeben werden dürfen.

Arbeiter-Bildungsschule. Für die morgen, Sonntag, stattfindende naturwissenschaftliche Wanderung sind noch einige Teilnehmerplätze a 30 Pf. zu erhalten im Bahnbüro der IV. und VI. Kreise, Stralauer Platz 10/11, und Gerichtstr. 71, sowie im Sekretariat des Bezirksbildungsausschusses Lindenstr. 3.

Knappheit an Eiern.

Seit einigen Tagen herrscht Eierknappheit. In einer Zeit, in der Fleisch fast nicht zu bekommen ist, sind die den Einkauf von Lebensmitteln besorgenden Frauen in doppelter Sorge, wie sie das Mittagbrot bereiten sollen.

Ueber die Ursache der Eierknappheit wird hin und her gestritten. Die Eierhändler suchen die Zentraleinkaufsgesellschaft für diesen Mangel verantwortlich zu machen, da dieser allein die Einfuhr ausländischer Eier aussteht. Von letzterer wird erklärt, daß wir durchaus nicht weniger Eier bekommen, seit die Zentraleinkaufsgesellschaft besteht.

Mag aber an der Eierknappheit schuld haben, wer da will, die Tatsache besteht und sie übt auf die Ernährung einen großen Einfluß aus. Unsere Hausfrauen sind über daran. Finanzminister und Kochlöffel zugleich zu sein, ist eine schwere Aufgabe.

Die Gültigkeit der Zuckerkarte.

Nach der Verordnung des Magistrats Berlin vom 25. Mai über die Anmeldung des Butterbezugs haben die Verbraucher bei der Anmeldung dem Händler ihre Zuckerkarte vorzulegen, der den Kopf der Karte abzutrennen und an sich zu nehmen hat. Infolge dieser Bestimmung sind vielfach Zweifel darüber entstanden, ob auf die Zuckerkartenabschnitte ohne Kopfschild die Verkäufer später Zucker verkaufen werden. Es wird darauf hingewiesen, daß der Zuckerbezug selbstverständlich bis zur Ausgabe neuer Zuckerkarten nur unter Vorlegung der Zuckerkartenabschnitte erfolgen kann und daß die Verkäufer verpflichtet sind, gegen Ausständigung der Abschnitte Zucker zu verkaufen.

Verbot des Sammelns von Feldadressen. Der Oberbefehlshaber in den Marken erläßt folgende Bekanntmachung: Auf Grund des § 9b des Gesetzes über den Belagerungszustand bestimme ich hiermit für das Gebiet der Stadt Berlin und der Provinz Brandenburg: Es ist verboten:

- a) Verzeichnisse von Adressen im Felde stehender Soldaten, zu denen der Sammler keine persönlichen Beziehungen hat, anzulegen oder fortzuführen, ganz oder teilweise zu veröffentlichen sowie ganz oder in solchen Auszügen weiter zu geben, die nach Gesichtspunkten der Heeresgliederung geordnet sind;
b) die Veröffentlichung von Adressenverzeichnissen solcher Angehörigen des Feldheeres, zu denen der Sammler persönliche Beziehungen hat, und
c) die Aufforderung zum Sammeln von Adressen von Angehörigen des Feldheeres zum Zweck der Aufstellung von Listen.

Unter das Verbot fallen nicht die in Vereins- oder ähnlichen Zeitschriften veröffentlichten Zusammenstellungen von Feldadressen der Mitglieder usw., sofern daraus weder der Kriegsschauplatz noch die Zugehörigkeit des Truppenteils, der

Kommando- oder Feldverwaltungsbehörde zu den Verbänden von der Brigade aufwärts zu ersehen sind.
Ausnahmen kann das Oberkommando in besonders begründeten Fällen zulassen. Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre, bei Vorliegen mildernder Umstände mit Haft oder mit Geldstrafe bis 1500 M. bestraft.

Bekanntmachung.

Einschränkung des Fahrradverkehrs.
Amtlich. Berlin, 26. Mai. (B. L. B.) Auf Grund des § 9b des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851 ordne ich für die Provinz Brandenburg und den Stadtkreis Berlin hiermit folgendes an: Jede Benutzung von Fahrrädern zu Vergnügungsfahrten (Spazierfahrten und Ausflüge), ferner zu Sportzwecken wird hiermit verboten. Fahrradrennen auf Rennbahnen dürfen stattfinden, wenn sie mit vorräufigen sogenannten Rennreifen (geschlossener Gummireifen ohne Luftschlauch) ausgeführt werden. Jede Uebertretung oder Aufforderung oder Anreizung zur Uebertretung wird, soweit nicht das Gesetz eine schwerere Strafe androht, mit Gefängnis bis zu einem Jahre und dem Vorliegen mildernder Umstände mit Haft oder mit Geldstrafe bis zu 1500 Mk. bestraft. Diese Anordnung tritt sofort in Kraft.

Der Oberbefehlshaber in den Marken
von Kessel, Generaloberst.

Der Zentralvorstand von Groß-Berlin beschloß in seiner gestrigen Sitzung, in allernächster Zeit eine größere Anzahl von Volksversammlungen zu veranstalten, in denen die Lebensmittelfrage und die Ernährung des deutschen Volkes erörtert werden soll. Das Nähere wird zu gegebener Zeit bekanntgegeben werden.

Sonntagruhe im Kohlenhandel.

Dem Vorgehen der Eisenwarenhändler, die Geschäfte Sonntags überhaupt nicht zu öffnen, hat sich auch der weitaus größte Teil der Kohlenhändler Groß-Berlins angeschlossen. Für diesen Beschluß war der Umstand besonders maßgebend, daß etwa 40 Proz. der Mitglieder des Verbandes der Kohlenhändler zum Heeresdienste einberufen sind und die Frauen die Geschäfte weiterführen. Das Publikum wird gebeten, die Einkäufe in Wochentagen vorzunehmen.

Arg beschädigt worden ist die im Viktoriapark aufgestellte Wüste von Ernst Woritz Arndt. Ihr wurden die Finger abgeschlagen und eine Hand beschädigt. Auch wenn die Ausbesserung mit Geschick erfolgt, bleibt die Wüste verstümmelt. Die amtlichen Ermittlungen haben ergeben, daß die Tat bereits am 19. d. M. begangen sein muß.

Ein Zusammenstoß zweier Straßenbahnen, der eine längere Betriebsstörung zur Folge hatte, hat sich am Donnerstagvormittag an der Ecke der Markgrafen- und Zimmerstraße ereignet. Dort fuhr der von einer Fahrerin geführte Triebwagen 2748 der Linie 62 (Richtung Weihensee) gegen die linke Vorderplattform eines aus der Markgrafenstraße kommenden Wagens der städtischen Straßenbahn. Der Anprall war so heftig, daß beide Wagen entgleisten. Zwei Fahrgäste trugen leichte Verletzungen davon, sie konnten sich ohne fremde Hilfe nach ihren Wohnungen begeben. Der Unfall hatte eine längere Betriebsstörung zur Folge, die durch den Rettungswagen der Großen Berliner Straßenbahn schließlich beseitigt wurde. In der Zeit von 12.10 bis 2.10 Uhr mußten die jene Stelle passierenden Wagen durch die Kochstraße resp. durch die Charlotten- und Leipziger Straße abgelenkt werden. Die beiden zusammengefahrenen Bahnen wurden leicht beschädigt. — Eine zweite Betriebsstörung im Straßenbahnbetriebe trat am Abend im Westen ein. Infolge Loslösung der Bandage entgleiste kurz nach 10 Uhr an der Potsdamer Brücke beim Verlassen des Rotgärtchens ein Triebwagen der Linie 69 und sperrte das Gleis in beiden Richtungen. Infolgedessen mußten die Straßenbahnwagen über die Lützow-, Flottwell- und Linkstraße umgeleitet werden. Um 11 Uhr konnte der Betrieb in der Richtung nach Schöneberg wieder aufgenommen werden. Als der entgleiste Wagen der Linie 69 vom Rettungswagen nach dem Straßenbahnhof in der Velziger Straße geschleppt wurde, sprang der Wagen nochmals an der Ecke der Flottwell- und Lützowstraße aus den Schienen, wodurch wiederum das Gleis in beiden Richtungen gesperrt wurde. Infolgedessen mußte der über diese Stelle fahrende Betrieb in der Zeit von 11.45 bis 12.45 Uhr durch die Königsgraben-, Potsdamer Straße und umgekehrt umgelenkt werden. — Ein schwerer Straßenunfall ereignete sich am Donnerstagabend gegen 1/2 7 Uhr auf der über das Tempelhofer Feld führenden Berliner Straße. Dort bog der Zimmermann Franz Wöhl auf einem Zweirade vor einem in der Richtung nach Mariendorf fahrenden Straßenbahnzuge der Linie 66 auf das Gleis und wurde umgestoßen. Er geriet unter die Vorderplattform und erlitt einen Bruch des rechten Unterschenkels und Ausrenkung der rechten Schulter. Der Verunglückte wurde nach dem Neuföhner Krankenhaus in Budow gebracht.

Die Verwendung von Petroleum zum Anfeuern, die schon so viel Unheil angerichtet hat, kostete jetzt wieder einem Kinde das Leben. Die 5 1/2 Jahre alte Tochter Sophie des Zigarettenarbeiters Scheingebiet aus der Saarbrücker Straße 12 hielt sich vor einigen Tagen bei Nachbarkindern auf, weil ihre Eltern beide nicht zu Hause sein konnten. Die Frau, die selbst auch eine Tochter hat, achtete auf die Kinder, mußte sie dann aber für kurze Zeit allein lassen, weil sie selbst auch zum Einholen weggehen mußte. Jetzt machte ihre 10jährige Tochter in der Kochmaschine Feuer. Als es nicht recht brennen wollte, nahm sie die Petroleumflasche und groß von dem Inhalt etwas auf die glimmende Raffe. Jetzt schoß plötzlich eine große Stichflamme aus dem Feuerloch, vor dem das Köchlein des Zigarettenarbeiters spielte und traf es am Gesicht und an den Armen. Der Vater, der unterdessen nach Hause gekommen war, hörte das Kind schreien, eilte hinzu und brachte die Schwerverbrannte gleich nach der nächsten Rettungswache. Diese führte die Verunglückte nach der ersten Hilfeleistung einem Krankenhaus zu. Dort aber starb es jetzt an den Folgen der Verbrennungen.

Kurze Freude hatte ein Eindbrecher, der in der vergangenen Nacht ein Geschäft in der Prenzlauer Straße heimsuchte. Einem 26 Jahre alten Paul Schulze, einem Dreher, der sich ohne Wohnung in Berlin ansiedelt, gelang es, unbemerkt in ein Kleidergeschäft einzudringen und mit einer erheblichen Beute auch wieder herauszukommen. Als er jedoch mit einem vollen Sack und einem Kasten beladen die Straße entlang ging, um zunächst irgendwo einen Schutzwinkel und dann einen Abnehmer zu suchen, fiel er einem Schutzmännchen auf. Dieser hielt ihn an. Schulze verlierte jetzt zu entweichen, kam aber nicht weit, weil er einen Klumpfuß hat. Der Sack und der Kasten enthielten für über 1000 M. Wulst, Röde, Strümpfe und dergleichen mehr. Der Ertrappe wurde dem Untersuchungsrichter vorgeführt.

In der Stadtvogtei erhängt hat sich der 61 Jahre alte Arbeiter Robert Plante, der in Gewahrsam genommen worden war, weil er keine Wohnung und keine Arbeit hatte. Man fand ihn gestern tot in seiner Zelle auf.

Todessturz aus dem vierten Stockwerk.
Am gestrigen Freitag hat die 48 jährige Ehefrau Marie des in der Kyffhäuser Str. 15 in Schöneberg wohnenden Postzuehungsbeamten Ruß ihr Leben ein Ende gemacht, indem sie sich vom Balkon ihrer im vierten Stockwerk gelegenen Wohnung hinabstürzte. Frau M. war schon seit längerer Zeit nervenkrank und das Leiden hatte sich in den letzten Wochen derart verschlimmert, daß die Kranke ständig von einer Krankenschwester bewacht wurde. Gestern nun benutzte Frau M. einen unbewachten Augenblick, um sich auf den Balkon zu begeben und sich von dort kopfüber auf die Straße hinabzuwerfen. Sie trug so schwere äußere und innere Verletzungen davon, daß sie auf der Stelle starb.

Im Berliner Aquarium sind 18 nordamerikanische Dorschfrösche eingetroffen, die im Verein mit einem riesigen südamerikanischen Pfeilfrosch und einigen indischen Dorschfröschen den Froschteich in der Mitte der Zuchabteilung im zweiten Stockwerk bevölkern. Die Männchen dieser mächtigen Nordamerikaner zeichnen sich durch ganz besonders große Trommelfelle aus und geben häufig ein schallendes Froschlängeln zum Wesen, das zwar lauter ist als das bekannte Quaken unserer Wasserfrösche, dem aber das Abwechselungsreichtum des letzteren fehlt. Leider sind die Dorschfrösche im östlichen Teile Nordamerikas recht selten geworden, da sie ein gefäßreiches und teuer bezahltes Lebensmittel darstellen. Insbesondere hält es schwer, recht große Stücke zu erlangen.

Der Arbeiter-Sängerbund (Gau Berlin) hält am morgigen Sonntag, mittags 12 Uhr, im Kongertgarten des Friedrich-Wilhelmstädtischen Schauspielhauses, Chausseestraße 30/31, eine Sängerkongresssprache ab. Eine rege Beteiligung der Sängerei ist erwünscht. Auch Gäste sind willkommen.

Die Teltower Kreisfahrräder hat neben ihrem fahrplanmäßigen Verkehr am Sonntag bei gutem Wetter einen einstündigen Verkehr zwischen Potsdam (Glienicker Brücke) über Meierei nach Redlig eingerichtet. Das erste Schiff fährt um 1 Uhr 20 Min. von der Glienicker Brücke ab, das letzte um 8 Uhr 20 Min. Außerdem fahren die Schiffe die fahrplanmäßigen Touren durch den reizvollen Griebnitzsee und den kleinen Wannsee sowie nach der Pfaueninsel.

Die Sommerspielzeit im Rose-Theater in der Frankfurter Straße beginnt mit dem 1. Juni. Zur Aufführung gelangt Theodor Körners Drama: „Hedwig, die Banditenbraut“.

Aus den Gemeinden.

Stadtverordnetenversammlung in Lichtenberg.

Die letzte Stadtverordnetenversammlung beschäftigte sich in mehrstündiger Debatte mit der Errichtung einer Gemüsegroßhalle auf dem städtischen Grundstück in der Hauptstraße. Von den Vertretern der liberalen Vereinigung machte sich eine starke Gegnerschaft gegen das Projekt geltend, auch einige Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion konnten sich für das Projekt nicht besonders erwärmen. Die Gegner der Vorlage befürchteten, daß sich die Halle nicht rentieren werde und hielten die Ausgabe von über einer halben Million Mark nicht für angebracht. Wenn auch allerseits zugegeben wurde, daß Räume für die Lagerung der von der Stadt beschafften Waren besorgt werden müßten, so waren doch die Gegner der Vorlage der Ansicht, daß dies billiger als durch den Bau einer solchen Halle geschehen könne. Die Vorlage wurde nochmals an die Kommission zurückverwiesen, und diese um fünf Mitglieder verstärkt. Für die Zurückweisung stimmten außer der sozialdemokratischen Fraktion die Mittelstandsgruppe und ein Mitglied der liberalen Fraktion.

Als weitere Verhandlungsgegenstände standen noch zwei weitere Anträge der sozialdemokratischen Fraktion auf der Tagesordnung. Der eine forderte, daß bei der Zuwendung von Kriegsunterstützung an die nichtbeamteten Angehörigen und Arbeiter die Kriegszeit als mit zur Dienstzeit genossen wird und infolgedessen auch die Unterstützung steigt. Dieser Antrag wurde der sozialen Kommission überwiesen. Der zweite Antrag verlangt, auch den Arbeitern soviel freie Zeit zur Verfügung zu stellen, wie die Bureaubeamten durch früheren Bureauauflösung vor den Festtagen erhalten. Der Antrag wurde angenommen. Bei der Begründung dieser Anträge wurde an den Magistrat die Anfrage gerichtet, ob ein Antrag des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter auf Erhöhung der Teuerungszulage eingegangen sei und wie der Magistrat sich dazu verhalten wolle. Oberbürgermeister Jethen erwiderte, daß der Magistrat der Stadtverordnetenversammlung eine Vorlage auf erhöhte Teuerungszulage in nächster Zeit unterbreiten werde.

Der Wirkungsbereich der neuen Butterverordnung.

Wie mehrere Anfragen beweisen, herrscht noch immer Unklarheit über die Orte, die zur Butterverordnungsstelle gehören. Um diese Zweifel zu beseitigen, veröffentlichen wir nochmals die Orte, die unter die Butter- und Judderordnung fallen. Es sind:
Adlershof, Altglienicke, Altlandsberg, Babelsberg (Gut), Bergfelde, Berlin, Bernau, Biesdorf, Birkenwerder, Blankenburg (Post), Blankenburg (Markt), Blankenfelde (Gemeinde), Blankenfelde (Gut), Bobbinfelde (Gut), Bohndorf, Berlin-Brick (Gemeinde), Brunsdorf (Gemeinde), Brunsdorf (Gut), Buch, Berlin-Luchholz (Gemeinde), Budow, Charlottenburg, Cöpenick, Dabendorfer, Berlin-Dahlem (Gut), Post Berlin-Steglitz, Daslewitz (Gemeinde), Dablowitz (Gut), Dablowitz, Deutschwusterhausen (Gemeinde), Deutschwusterhausen (Gut), Diederichsdorf (Gemeinde), Diederichsdorf (Gut), Diepensee (Gut), Drewnitz, Düppel (Gut), Eichwalde, Erlener, Fredericksdorf, Berlin-Friedenau, Berlin-Friedrichsfelde, Friedrichshagen, Frohnau, Glashof, Glienicke, Großbeeren (Gemeinde), Großbeeren (Gut), Großkönig, Großmachnow (Gemeinde), Großmachnow (Gut), Großzielen (Gemeinde), Großzielen (Gut), Grünau (Gemeinde), Grünau-Dahmer Forst (Gut), Berlin-Grünwald (Gemeinde), Grünwald-Forst (Gut), Haus-Jossen (Gut), Berlin-Heerstraße (Gut), Heiligensee, Berlin-Heinersdorf, Pennisdorf, Hermsdorf, Herzfelde, Hohenneudorf, Berlin-Hohenschönhausen, Hohenlehme, Berlin-Johannisthal, Jungfernheide (Zegel-Forst), Kallberge, Karow, Kaulsdorf, Kleinbeeren (Gemeinde), Kleinbeeren (Gut), Kleiniglienicke (Gemeinde), Kleiniglienicke (Gut), Klein-König (Gemeinde), Klein-König (Gut), Kleinmachnow, Klein-Schönebeck, Kleinzielen (Gut), Königswusterhausen (Gemeinde), Königswusterhausen-Amst (Gut), Königswusterhausen-Forst (Gut), Berlin-Lankwitz, Bohnitz, Berlin-Lichtenberg, Lichtenrade, Berlin-Lichterfelde, Lübars, Rahlow, Rahlsdorf, Berlin-Mariendorf, Berlin-Mariensfelde, Parzahn, Wiersdorf, Raggelheim, Mühlenbeck, Räckelneudorf, Reuendorf, Neuföhren, Berlin-Niederlehme, Berlin-Niederlehme (Gemeinde), Berlin-Niederlehme (Gut), Rikolasse, Rowanow, Berlin-Riesenhagen, Crantenburg, Osdorf, Berlin-Rankow, Petershagen, Pfaueninsel, Pichensee, Potsdamer Forst (Gut), Rudow, Rüdersdorf, Ruhleben, Rühlsdorf (Gemeinde), Rühlsdorf (Gut), Schildhorn, Berlin-Schmargendorf, Schmadowitz (Gemeinde), Schmadowitzwerder (Gut), Berlin-Schöneberg, Schönefeld (Gemeinde), Schönefeld (Gut), Schönefeld, Schönflinde, Schönow, Schönwalde, Schulzendorf, Selchow (Gemeinde), Selchow (Gut), Sengitz, Standsdorf, Berlin-Steglitz, Berlin-Stralau, Taldorf, Berlin-Zegel (Gemeinde), Zegel-Forst, Ziegel-Forst, Zegel-Forst-Nord mit Schulzendorf, Zegel (Schloß), Zehlendorf, Berlin-Tempelhof, Berlin-Treptow, Wandlitz, Wannsee, Waghmannsdorf (Gemeinde), Waghmannsdorf (Gut), Berlin-Weihensee, Wersee, Berlin-Wilmersdorf, Berlin-Wittenau, Woltersdorf, Zühlheide, Zühlendorf, Zepernitz, Zernsdorf, Zentschen, Zossen

Abgabe von Brennspiritus im Kreise Teltow.

Der Landrat des Kreises macht bekannt:
Zur Befriedigung des Bedürfnisses der minderbemittelten Personen, die den Spiritus zur Beleuchtung oder zum Kochen unbedingt nötig haben, und denen ein Ersatzmittel in Elektrizität, Gas oder sonstigen Brennstoffen nicht zur Verfügung steht, sowie zur Deckung des Bedarfs für Personen, die den Spiritus für Zwecke der Gesundheitspflege benötigen, soll künftig wieder Brennspiritus, wenn auch in beschränktem Maße, abgegeben werden. Die Verabreichung erfolgt gegen Bezugsmarken, die der jeweilige Ortsvorstand erteilt.

Personen, die nach Vorstehendem Anspruch auf Ueberlassung von Brennspiritus erheben, wollen sich sofort an den Ortsvorstand ihres Wohnortes wenden und dabei den Bedarf für einen Monat bezeichnen.

Die Stellungnahme des Wilmersdorfer Wahlvereins.

Wir hatten anfangs dieses Monats einen offiziellen Bericht über eine Wilmersdorfer Mitgliederversammlung gebracht, in dem mitgeteilt wurde, daß folgender Nachtrag:

„Gleichwohl sei der Wunsch ausgesprochen, daß zu gegebener Zeit eine Annäherung beider Fraktionen wieder stattfindet, um die Einheitsliste der Sozialdemokratie unter allen Umständen zu wahren.“

von der Versammlung abgelehnt worden sei.

Der Vorstand ersucht uns nun, mitzuteilen, daß dieser Antrag aus formalen Gründen nicht zur Annahme gelangte, weil die Mitgliederversammlung erst am 1. Mai stattfand, die Anträge zur Kreisversammlung am 7. Mai aber schon bis zum 28. April beim Ortsvorstand des Kreises eingereicht werden mußten. Der Ortsvorstand konnte daher nicht erst die Beschlüsse der Versammlung vom 1. Mai abwarten, sondern mußte die vor dem 28. April gefaßten Beschlüsse der Funktionäre dem Kreisvorstand unterbreiten. Eine Abänderung oder Ergänzung dieser Beschlüsse war daher in der Mitgliederversammlung nicht mehr möglich.

Aus aller Welt.

Fünf Arbeiter verschüttet. In dem sogenannten Hauen Bruche, einem Kalkwerk bei Millitz (Sachsen) ereignete sich am Donnerstag ein schweres Unglück. Fünf Arbeiter, die mit Steinschlag beschäftigt waren, wurden von einem herabstürzenden Felsstück mit in die Tiefe gerissen und unter den Trümmern begraben. Es wurde sofort an ihrer Rettung gearbeitet, doch steht das Ergebnis noch nicht fest.

Verhaftung eines Aktienfälschers. Kurz vor Kriegsausbruch fälschte der Kölner Bankier Blum für eine halbe Million Deutsche Steingegenaktien und schickte. Am Donnerstag wurde Blum in Dresden verhaftet, als er auf der Dresdener Bank Papiere verkaufen wollte. Er legte ein umfassendes Geständnis ab. Blum hat in den letzten Monaten eine Fälscherwerkstatt zur Herstellung von Aktien errichtet. Bei einer Hausdurchsuchung fanden sich zahlreiche halbfertige Aktien.

Schweres Eisenbahnunglück. Am Freitagvormittag fuhr auf der Strecke Trier-Noblenz in der Nähe der Station Salmrohr ein Schnellzug in eine Kette von Eisenbahnarbeitern hinein. Das Unglück entstand dadurch, daß die Arbeiter einem aus der anderen Richtung kommenden Güterzug ausweichen wollten und das Herannahen des Koblenzer Schnellzuges überhörten. Drei Arbeiter wurden getötet, mehrere andere verletzt.

Jugendveranstaltungen.

Schöneberg. Sonntag, den 28. Mai: Partie nach Zehlendorf. Alle Räderhüte, Paulsborn. Treffpunkt mittags 1 Uhr am Kaiser-Wilhelm-Platz. Fahrgehalt 30 Pf. — Mittwoch, den 31. Mai, abends 8 Uhr, bei Gatz, Weininger Str. 8: Berichterstatterin von der Bezirksjugendkonferenz.

Pankow-Niederschönhausen. Sonntag, den 28. Mai: Tagespartie nach Hohen-Neuenhof, Bergfelde, Mühlentee, Mühlentee See, Birkenwerder. Treffpunkt 7.15 Pankower Nordbahn. Abfahrt 7.32. Fahrgehalt 50 Pf.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 28. Mai, vormittags 9 Uhr, Pappel-Allee 15/17; Reutlin, „Idealpassage“ (Idealcasino) und Oberförsterei, Klarstr. 2; Freireligiöse Versammlung. — Vormittags 11 Uhr, Kleine Frankfurter Straße 6; Vortrag des Herrn Dr. Bruno Wille: „Schicksal und Zufall“.

Briefkasten der Redaktion.

6. 5. 1000. Die Auskunft des Chefs kann nicht zureichend sein. Wir würden Ihnen raten, eventuell Klage beim Gewerbeamt zu erheben. — **11. 5. 30.** 1. Die Ehe muß erst gesetzlich geschieden sein, bevor Wieder-Verheiratung stattfinden kann. 2. Die Papiere müssen von der Heimatbehörde eingefordert werden. — **6. 2. 17.** Wenn im Vertrag steht, daß bei Nichtabgabe der Vertrag sich um zwei Jahre verlängert, so gilt diese Bestimmung. Sie können also nur unter den im Vertrage festgesetzten Bedingungen kündigen. — **6. 8. 81.** Wenn der erste Teilnehmer unter Zeugen auf das weitere Spielen verzichtet hat, so kann er keinen Anspruch geltend machen. — **11. 10. 10.** Rein. — **1. 1885.** 1. Nr. 2 An das Bezirkskommando. 2. Rein. Es würde sich empfehlen, den Antrag schon jetzt zu stellen. — **6. 2. 36.** Ein Mann möchte den für den Soldaten vorzuschreibenden inanzienmäßigen Bescheidwege beschreiben. — **3. 2. Dienstfähig.** Matruhanlage geringeren Grades. — **11. 8. 12.** 1. Die Kündigungsbestimmungen werden dadurch nicht berührt. Der Arbeiter muß vom 4. April an mindestens noch zwei Monate beschäftigt werden. Bis zu dem Tage kann unter Einhaltung der vereinbarten Kündigungsfrist die Lösung des Arbeitsverhältnisses erfolgen. 2. Rein. — **6. 8. 100.** Ein Antrag auf Erhöhung der Rente wird gewollt sein. Der Vater könnte eventuell mit der Armenverwaltung in Anspruch nehmen. Ihnen müßte der Anspruch auf Ruhgeld zuteilen. — **Erna 200.** Sie haben sich durch die Zahlung jedenfalls als abgefunden erklärt und können weitere Ansprüche nicht mehr geltend machen. Die Anwaltskosten müssen Sie tragen. — **11. 2. 16.** 1. Ihre Frau muß bei der Steuerklasse davon Mitteilung machen. Sie kann um Weltergänzung der Unterstützung ersuchen. 2. Dort, wo er seinen Wohnsitz hat. Kommunalsteuer kann allerdings von beiden Gemeinden erhoben werden. Die Staatssteuer wird nur einmal erhoben. Sie können aber unter Verzicht auf Ihre besonderen Forderungen auf Abhebung der Kommunalsteuer in dem Orte ersuchen, wo Sie beschäftigt sind.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonntag mittags. Zunächst überall warm, im Osten vorwiegend heiter und trocken, wechslig der Ode vielfach wolfig, später langsame, nordostwärts fortschreitende Gewitter und Abkühlung.

Todes-Anzeigen

Allgemeine Orts-Krankenkasse der Stadt Berlin.
Am 12. Mai d. J. ist als Opfer des Weltkrieges unser lieber Kollege
Waldemar Benicke
im 31. Lebensjahre.
Wir werden sein Andenken in Ehren halten!
Der Angestellten-Ausschuß.

Unser betrauerter Angestellter Otto Imhoff

ist im Alter von 41 Jahren durch Stofschuß am 17. Mai 1916 gefallen.
Mit ihm ist einer unserer zuverlässigsten Angestellten von uns geschieden.
Wir werden unserem Mitarbeiter stets ein ehrendes Andenken bewahren.
Der Vorstand der Ortskrankenkasse für das Maurergewerbe zu Berlin.

Das erste Opfer des Weltkrieges aus unserer Reihen wurde am 16. Mai unser Kollege Rudolph Siebenhüner

Einer der eifrigsten und thätigsten Mitarbeiter ist mit ihm dahingegangen.
Sein Andenken wird in Ehren gehalten.
Die Arbeiter-Jugend Berlin-Westen

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein innigstgeliebter Mann und guter Vater, der Pußer Hermann Koppermann

im Alter von 62 Jahren nach kurzem Krankenlager verstorben ist. Dies zeigen Heilkräft am Klivia Koppermann geb. Heller und Tochter.
Die Beerdigung findet morgen Sonntag 1 1/2 Uhr von der Leichenhalle des Kagareth-Kirchhofes in der Müllerstraße aus statt.
höchstzählend, kauft in und außer dem Hause
Kaiserstraße 8, Hof 1.

Schmerzliches Gedenken zu seinem 21. Geburtstage 27. Mai 1916.

Am 30. Oktober 1915 starb im Redaktionsamt nach 14tägigem Krankenlager infolge Brustleidens unser innigst geliebter Sohn und Bruder, der Schütze
Otto Hanke
Waldhain - Gewehr - Kompagnie R.-N. 201.
Ein einsam' Grab, vom Sturm umgüllt,
Keine Blume drauf,
Keine Schrift in Gold,
Das alles nur ist ihm geblieben,
Bom Ragenlange, vom Leben und Weiden.
Es ist vorbei und kann nicht mehr geschehen,
Wie Du so oft uns schriebst, auf baldig großes Wiedersehen!
Ruhe sanft in Heidenland!
Seine trauern den Eltern und Brüder H. Hanke,
Friedrichsfelde, Berliner Str. 20.

Bei Blutarmut

Blutschwäche, Appetitlosigkeit, allgem. Schwäche besond. bei Frauen u. Kindern ist das wirksamste Haematikum-Gewächs ärgil. beverq. Gr. Pl. 2.50 d. alle Apoth.

Am 24. Mai verstarb nach einwöchentlichem, geduldig ertragenen Leiden meine liebe Frau, unsere gute Mutter Marie Lindemann geb. Jabel.

Willi Lindemann, Berlin, Diefendachstr. 58a, zur Zeit im Felde
Walter u. Elise Lindemann als Kinder.
Die Beerdigung findet am Montag, den 29. d. M., 1/2 3 Uhr, von der Halle des Zentralfriedhofes in Friedrichsfelde statt.
Dankeagung.
Für die vielen Beweise aufrichtiger Teilnahme bei dem Hinscheiden meines lieben Mannes und Vaters, des Gattwirts
Emil Paul
sagen wir allen Verwandten, Bekannten und Göttern unsern herzlichsten Dank. Besonders auch denen, welche mir so hilfreich zur Seite standen. Auch seinen Kameraden für das letzte Geleit.
Frau Emilie Paul und Tochter, Reutlin, Steghiebstr. 57.

H. Pfau, Bandagist

Berlin, Direksenstraße 20
zwischen Bahnhof Wriezenerplatz und Voltzelplatz. — Am Kst. 3208.
Für Damen Frauen-Bedienung.
Spezial für alle Krankentafeln

Knaben-Waschanzüge, Knabenblusen, Knabenhosen usw.

laufen Sie am preiswertesten direkt in der Fabrik
Andreasstr. 50, 1. Treppe,
Lein Labru.

**Neue fertige Herren-
Ueberzieher u. Mäntel 30, 36, 39, 45-90 M. Röcke und Westen 35⁰⁰, 42⁰⁰, 54⁰⁰ M.
Elegante Anzüge 33, 39, 45, 54-85 M. Beinkleider 6⁵⁰, 8⁵⁰, 10⁵⁰, 12⁵⁰, 15-21⁰⁰ M.
Moderne Regenmäntel in Lodenstoffen von M. 22⁵⁰ an, in impr. Stoffen von M. 28⁵⁰ an, Gummi-Mäntel von M. 33⁰⁰ an.
Alle Weiten vorrätig. Gute Abarbeitung, vorzügliche Paßformen
Neu aufgenommen: Fesche Jünglings-Anzüge
moderne Sportformen, erstklassiger Sitz und Ausführung ganz außergewöhnlich preiswert
R. Landsberger G. m. b. H., Friedrichstraße 108
Ecke Johannisstraße, gegenüber der Karlstraße. — (Sonntags nur von 8-10 geöffnet)**

Den geehrten Kollegen, Genossen und Freunden zur Nachricht, daß wir am 27. Mai das in
Stralau, Alt-Stralau No. 12
gelegene Restaurant eröffnen.
Um geneigten Zuspruch bitten
Karl Max und Frau.

**Soldaten-
Sprachführer**

Deutsch-Französisch
Deutsch-Polnisch
das Stück zu 15 Pf.
Deutsch-Italienisch
Deutsch-Englisch
Deutsch-Russisch
das Stück zu 20 Pf.
Porto je 3 Pf.

Buchhandlung Vorwärts
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Wachstüme, Arbeitslohn 25,—, Einzelverkauf, Frühjahrs-Neubiten, Reiches, Rikterstraße 83, Röhrlstadt 1169.

Bezugsquellen-Verzeichnis Berlin-Westen

Brauereien
Adelung & Hoffmann
Akt.-Brauerei Potsdam
Eig. Niederlag. Berlin SW. 47
Kreuzbergstraße 23, Brandenburgerstr. 22, Wilhelmshofstraße 77.
Spez. Bier Bürgerbräu.

Fleisch- u. Wurstwaren
Georg Babelow
Potsdamer Strasse 76b.

Gelogenheitskäufe zu
Kred. Flatau, Alt-Moab. 110.1

Solange der Vorrat reicht
Gerold
Bei gemeinsamem Bezug Preisermäßigung
Berlin, Lützowstr. 94.
Verlangen Sie Preisliste.

Weine, Fruchtsäfte, Liköre
E. & M. Leydicke
Mansteinstr. 4

Charlottenburg
Otto Gaege
Mehlstr. 1, Kolonnenstr. 2, Wilmersdorferstr. 81.

Spandau
Paul Gaege
Dreieckstr. 17, Schönwalderstr. 17/14, Pichelsdorferstr. 12.
Haus- und Küchengeräte
Hermann Finck
Eisenwar., Schönwalderstr. 87.
Alfred Bartels, Dreieckstr. 35
Schirme, Leder, Dreieckstr. 12.
A. Markgraf, Pichelsdorferstr. 11 E. 2.
Jägerstr. 109, Gb. Fernell, Strieg.
Ad. Tornow, Goldschmiedestr. Markt 10, geg. 1033.

Bei Blutarmut

Blutschwäche, Appetitlosigkeit, allgem. Schwäche besond. bei Frauen u. Kindern ist das wirksamste Haematikum-Gewächs ärgil. beverq. Gr. Pl. 2.50 d. alle Apoth.

Bezugsquellen-Verzeichnis Berlin-Süden

Bäcker- u. Konditoreien
Bäckerei Nordstern
Inh. Gust. Müller
Pflaumen im Süden, Gieseler u. Ungerstr.

Bettfedern
Berta Pfeffer
Wiener Str. 17

Fleisch- u. Wurstwaren
Paul Müller, Priesenstr. 22.

G. Regber
Karlsgarten 16
K. Fischerstr. u. Aufsch.

Solange der Vorrat reicht
Gerold
Bei gemeinsamem Bezug Preisermäßigung
Berlin, Lützowstr. 94
Verlangen Sie Preisliste

Bezugsquellen-Verzeichnis Berlin-Süden

Kolonialwaren, Delikat.
A. Lehmann
Britz, Chausseest. 75.

Mehlwidig, Kolonialw.
Joh. Pietsch, Gneisenaustr. 97

A. Scheinritz, Mariannenstr. 14

Weine, Fruchtsäfte, Likör.
E. & M. Leydicke
Mansteinstr. 4

Uhren, Goldwaren
S. Fenske, Kottbus-Damm 94
Streng reell, anerkannt bill.

Neukölln
C. Dittmann
Berlinerstr. 43
Wild- u. Geflügel- u. Fische.

Treptow
Willi Kärnbach
Feine Fleisch- und Wurstwaren.
Grätzerstr. 19/20
Tel. Nymf. 10043

Billige Preise!!!

Reizende Frühjahrs-Kostüme
Modelle, blau, grün, mode, Kolonne, Taffel, Gabadine, Waschkostüme, weiße Seidenkleider, Original-Modelle, Schöpfungen erster Meister, bildschön
120,- 95,- 75,- 61,- 45,- 40,-
Fesche Backfischkostüme und weiße Kleider
35,- 28,- 21,- 15,-

Prakt. Gummimäntel mit Kappenmütze
blau, grün, bla, wunderbare Glockenschmitze, alle Modelarben 45,- 36,- 24,- 22,- 15,-
Seiden-, Gummi-, imprägnierte Seidenmäntel, kariert glatt, federleicht, wundervolle Schmitze, alle Farben 55,- 45,- 45,- 35,-
Herzoggummimäntel, große Auswahl
70,- 50,- 35,- 15,-

Wunderbare schwarze Frauenmäntel aus Seide, Kolonne, mit Stickereieinsatz auch glatt
Modell-Mäntel Nr stärkste Figuren 100,- 75,- 50,- 25,-

Feinkörper- (Koverkot) Mäntel
gediegene Arbeit, Glockenschmitze
65,- 48,- 35,- 25,- 15,-

Meine Winter-Angebote
Echte Pelzmäntel 1000,- 800,- 500,- 300,-
Wunderbare Plüschmäntel mit Pelz 150,- 120,-
glatt 95,- 70,- 62,-

Seltdens und wollene Modell-Röcke 45 - 33,- 5,-

Sonntags geöffnet 8-10 Uhr

WESTMANN
Rabattmarken der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend

Leihhaus Moritzplatz 58a

kaufen Sie von Kavalieren wenig getragene sowie im Versatz gewesene Jackett- und Rockanzüge, Paletots, Ulster, Serie I: 18-25 M., Serie II: 26-36 M., größtenteils auf Seide. Ferner Gelegenheitskäufe in neuer Maßgarderobe, enorm billig. Riesenposten Kleider, Kostüme, Mäntel, auf Seide, jetzt nur 20-35 Mark. Extra-Angebot in Lombard gewesener Teppiche, Gardinen, Portieren, Betten, Wäsche, Brillanten, Uhren und Goldwaren zu enorm billigen Preisen.
Vorwärtsleser erhalten 10% extra.

Warenhaus Wilhelm Stein

BERLIN N
Chaussee-
strasse 70-71

Verlangen Sie bei Ihren Einkäufen Sparmarken!

BERLIN N
Chaussee-
strasse 70-71

Wirtschaftswaren

- 1 Saftkanne vernickelt... 95 Pf.
- 1 Müllschaufel und ein Handfeger 95 Pf.
- 1 Kopfbürste... 95 Pf.
- 1 Kleiderbürste... 95 Pf.
- 1 Fussbank Hartholz... 95 Pf.
- 1 Teppichbürste... 95 Pf.
- 1 Möbelbürste... 95 Pf.
- 1 Rosshaarhandfeger 95 Pf.
- 12 Kleiderbügel poliert 95 Pf.
- 1 Besteckkast. m. Messer- und 1 Messer... 95 Pf.
- 2 Pat.-Kleiderbügel m. Hosenträger... 95 Pf.
- 1 Kopfbürste und 1 Kleiderbürste... 95 Pf.
- 1 Borstenbesen mit Stiel 95 Pf.
- 1 Handfeger u. 1 Müllschaufel 95 Pf.
- 1 Kleider- u. 1 Schmutz- u. 1 Auftragsbürste 95 Pf.
- 6 Kleiderbügel poliert u. 2 Hosenträger... 95 Pf.
- 2 Tischläufer v. Holzrahm 95 Pf.
- 2 Abwaschtücher, 2 Metall- u. 2 Luffgurken... 95 Pf.
- 1 Rohrklopfer, 1 Handfeger u. 1 Möbelpinsel 95 Pf.
- 1 Toilettpapierhalter mit Spiegel und 1 Rolle Papier 95 Pf.

Wirtschaftswaren

- 1 Fruchtpresse... 95 Pf.
- 1 Blank-, 1 Schmutz-, 1 Auftrags- u. 1 Handwaschbürste 95 Pf.
- 1 Gewürzschrank mit 7 Kästen 95 Pf.
- 1 Schlüsselbrett mit Einlage 95 Pf.
- 1 kompl. Quirlgarnitur 95 Pf.
- 1 Petroleumkanne, 1 Zylinderputzer und 2 Kohlenanzünder 95 Pf.
- 1 Reibeisen mit Holzrahmen und 1 Kaffeeseib 95 Pf.
- 2 Vorratstonnen 1 Pfund Inhalt... 95 Pf.
- 1 Marktnetz... 95 Pf.
- 1 Besteckkasten u. 1 Pfeffermühle 95 Pf.
- 1 Gießkanne... 95 Pf.
- 1 Küchenkonsole... 95 Pf.
- 1 Handtuchhalter mit Einlage 95 Pf.
- 1 Gewürztagere m. Einlage 95 Pf.
- 1 Putz- u. 1 Wischkast. 95 Pf.
- 1 Fussbank u. 1 Küchenkonsole... 95 Pf.
- 1 Waschbrett... 95 Pf.
- 1 Brotkorb Korbgeflecht mit Einlage... 95 Pf.
- 1 Kakesdose vernickelt... 95 Pf.
- 2 Paar Bestecke mit Stahlgabel... 95 Pf.
- 1 grosses Fleischbrett 95 Pf.
- 15 P. Blitzblank... 95 Pf.
- 2 Rollen Klebefpapier und 1 Halter mit Spiegel 95 Pf.
- 3 Fleischbretter... 95 Pf.
- 1 Zuckerkorb vernickelt... 95 Pf.
- 1 Brotkorb vernickelt, mit Einlage... 95 Pf.
- 1 Fleischbrett, 1 Fleischhammer u. 1 Rührkeule 95 Pf.
- 1 Eierschrank... 95 Pf.

Porzellan

- 2 Vorratstonnen Goldstemp. 95 Pf.
- 2 Essig- u. Oelflaschen Goldstempel... 95 Pf.
- 1 Salz- u. Mehlreste Goldstempel... 95 Pf.
- 1 Satz Milchtöpfe 6 Stk. Goldst. 95 Pf.
- 1 Kaffeeservice f. 2 Pers. dek. 95 Pf.
- 1 Kinder-Essgarnit. 95 Pf.
- 8 bunt. Kaffeebecher 95 Pf.
- 1 8" kl. Fruchtschal. dek. 95 Pf.
- 1 Satz Milchtöpfe Ros. dek. 95 Pf.
- 2 Vorratstonnen Delfidekor. 95 Pf.
- 2 Essig- u. Oelflaschen Delfidekor. 95 Pf.
- 1 Salz- u. Mehlreste Delfidekor. 95 Pf.
- 6 Brotteller bunt... 95 Pf.
- 6 Milchtöpfe bunt... 95 Pf.
- 1 Teekanne mit Goldband 95 Pf.
- 1 Kaffee- u. Zuckerdose, 1 Milch, m. Goldb. 95 Pf.
- 4 Paar Tassen mit Goldband... 95 Pf.
- 1 oval. Kuchenkorb u. Butterdose m. Goldband 95 Pf.
- 5 Milchtöpfe bunt... 95 Pf.
- 2 Paar Tassen China- u. Dek. 95 Pf.
- 3 Speiseteller mit Goldband... 95 Pf.
- 4 Mittelteller mit Goldband... 95 Pf.
- 6 bunte Kaffeebecher 95 Pf.
- 1 Satz Näpfe 7 Stk. 95 Pf.
- 3 grosse Näpfe Steingut 95 Pf.

Emalle

- 1 gross. Kaffeekanne 95 Pf.
- 1 grosse Milchkanne 95 Pf.
- 1 gr. Wasserkanne 95 Pf.
- 2 Schüsseln... 95 Pf.
- 1 Schmortopf ohne Ring 95 Pf.
- 1 Kasserolle mit Ring... 95 Pf.
- 1 Schmortopf mit Ring 95 Pf.
- 1 Küchenschüss m. Mass für Sand, Seife, Soda... 95 Pf.
- 1 Bratpfanne u. 4 Em-teller u. 1 Zwiebelbehälter... 95 Pf.
- 1 Topflappen 95 Pf.

Glas

- 1 Butterglocke und 1 Käseglocke Preessglas 95 Pf.
- 1 grosser Glasnapf u. 6 Teller... 95 Pf.
- 4 Glasnäpfe Preessglas 95 Pf.
- 1 Käseglocke geschliff. 95 Pf.
- 1 Butterglocke geschliff. 95 Pf.
- 2 Konservengläser mit Deckel, Gummi, Klammer... 95 Pf.

Steingut

- 1 Wurstkasten... 95 Pf.
- 1 Schmalzdose... 95 Pf.
- 6 Speiseteller m. Goldb. 95 Pf.
- 6 Mittelteller... 95 Pf.
- 1 Bratenplatte... 95 Pf.
- 1 Tunkenschüss... 95 Pf.
- 1 Waschbecken gross 95 Pf.

Parfümerie

- 1 Fl. Kölnisch. Wasser 95 Pf.
- 1 Fl. Franzbranntwein u. 1 Fl. Mundwasser... 95 Pf.
- 1 Fl. Bayrum... 95 Pf.
- 1 Fl. Mundwasser... 95 Pf.
- 1 Fl. Franzbranntw... 95 Pf.
- 1 Zahnbürste und 1 Tube Zahnpasta... 95 Pf.
- 1 Zahnbürstenständer u. 2 Zahnbürsten... 95 Pf.
- 1 Frisierkamm u. 1 Staubkamm... 95 Pf.
- 1 Haarbürste... 95 Pf.
- 1 Rasieregarnitur... 95 Pf.
- 1 Toilettpapierhalter u. 1 Rolle Papier... 95 Pf.
- 1 Toilettspiegel... 95 Pf.

Konfitüren

- Konfekt-Mischung 1 Pfd. 95 Pf.
- Pfefferm.-Fondant 1 Pfd. 95 Pf.
- Honigbonbon... 1 Pfd. 95 Pf.
- Vanille-Pulver... 1/2 Pfd. 95 Pf.

Galanterie, Nippes

- Kab.-Griseld.-Rahm 95 Pf.
- 2 Visitrahmen... 95 Pf.
- 2 Prinzessrahmen... 95 Pf.
- 2 Postkartenrahmen 95 Pf.
- Patr. Stangenvasen 95 Pf.
- Patr. Milchglasvasen 95 Pf.
- Vasen mit Beschlag 95 Pf.
- Patr. Nippes-Figuren 95 Pf.
- Patr. Nippes-Fig. 2 Stk. 95 Pf.

Zeitgemäße Literatur

Die deutsche Sozialdemokratie und der Weltkrieg

Eine politische Studie von Dr. Paul Lensch.
Preis 1 Mark, Vereinsausgabe 40 Pf.
Diese Schrift nimmt Stellung zu den Problemen des Weltkriegens. Die bedeutendsten Zeitungen haben in ausführlichen Abhandlungen zu der Schrift Stellung genommen.
Inhalt: Imperialistische Politik der Grossmächte in den letzten 15 Jahren — Die englische Welt Herrschaft und ihre Erschütterung durch den Krieg — Der russische Zärsismus — Frankreich und der Krieg — Deutsche Vergangenheit und deutsche Zukunft.

Die Internationalität und der Krieg

Von Karl Rautsky.
Preis 50 Pf., Vereinsausgabe 20 Pf.
Inhalt: Internationalität und Neutralität. — Parteidifferenzen im Kriege. a) Von 1854—1866. b) Das Jahr 1870. c) Nach 1870. — Gegensätze des Friedens und Gegensätze des Krieges. — Die Einigkeit in der Internationale seit dem Vorkrieg. — Die Schwierigkeiten der jetzigen Situation. — Die Schrecken der Invasion. — Die Gefährdung der Internationale. — Die Grenzen der Internationale.

Partei-Zusammenbruch?

Ein offenes Wort zum inneren Parteistreit von Heinr. Cunow
Preis 75 Pf., Vereinsausgabe 30 Pf.
Aus dem Inhalt:
Ideologie und Gefühle — Wie steht es um die Abwirtschaftung des Kapitalismus? — Ist der wirtschaftliche Imperialismus eine geschichtlich notwendige Entwicklungsphase? — Entwicklungsbeobachtungen — Klaffengefühl und Nationalgefühl — Ideologische Verirrung.

Buchhandlung Vorwärts

Berlin SW. 68, Lindenstr. 3
Durch alle Ausgabestellen des „Vorwärts“ zu beziehen

Modell-Schuh-Haus

Unsere neue Filiale

13 Rosenthaler Straße 13

Ein Paar Stiefel aus unserem Geschäft erhöhen die Pfingstfreude wegen ihrer vorzüglichen Qualität.

Damen- u. Herren-Stiefel u. Halbsehuhe

guter Fabrikate: Mk. 12⁵⁰ 14⁵⁰ 16⁵⁰

Farbige Schuhwaren, Leinenschuhe, Kinderstiefel, und alle Neuheiten! Grösste Auswahl!

Spezialität: Rahmenarbeit „Goodyear Welt“.

Paul Posluschny.

Bezugsquellen-Verzeichnis Berlin-Norden

Erreicht wöchentlich einmal. Unvollständige Geschäftsaufstellungen sind bei Einkäufen.

- Drogen, Farben Benckendorf, Neusschtr. 29, (nah Schulendörfer).
- Fleisch- u. Wurstw. Gutschmanns Centr., Wickerstr. 159.
- F. Jordy Ww., vorm. O. Lucke, Stralsunderstr. 27.
- Herrn-, Dam., Knab- u. Mädchen-Garder. O. Hoffmann, Veteranenstr. 14, fertig u. n. Maß.
- Kohlenhandlung A. Krüger, Malmör Str. 11, allerbill. Tagespreis.
- Kolonialwaren M. Saageharth, Stralitzer Str. 57.
- W. W. Thomas, Reichenkinderstr. 14, Mehlhandlung.
- Solingo der Vorrat reicht Gerold KAFFEE.
- Bei gemeinsamem Bezug Preisermässigung Berlin, Lützowstr. 94, Verlangen Sie Preisliste.
- Mehlhandlungen C. E. Fink, Pankstr. 92.
- Möbelmagazine Wiese & Co., Reichenkinderstr. 92, Tischlermeister.

Führer

durch das preussische Einkommensteuergesetz

Mit 19 Formularen für Eingaben und Reklamationen, sowie einem ausführlichen Sachregister

Preis 40 Pf.

Zu haben in allen Vorwärts-Ausgabestellen und in der Buchhandlung Vorwärts Berlin SW., Lindenstraße 3

Kranzspenden

sowie sämtliche Blumenarrangements liefert schnell und billig Paul Gross, Lindenstr. 69, Tel. 241.7203.

Arbeiter

Gesundheits-Bibliothek

Jedes Heft 20 Pf.

Durch die Auflösung einer Kleiderfabrik ist es mir gelungen, das Gesamtlager, bestehend aus Herren-, Jünglings- und Knaben-Garderoben, sehr preiswert zu erstehen. Niemand versäume, bei Bedarf sich hiervon zu überzeugen! Auch zurückgeliebene Maßgarderoben und Modelle sowie zurückgesetzte Anzüge.

A. Ringel, Schneidermeister, Berlin N 31, Chausseestr. 31.

Teppiche

Gardinen! Portieren! Möbelstoffe! Steppdecken!
Emil Lefèvre Berlin S., Oranienstraße 158.
Verkaufslokal in Berlin nur Oranienstraße 158.

Höchste Leistungsfähigkeit durch den Großen Umsatz!

Schanfenster **Carl Zobel** Schanfenster
121 Köpenicker Str. 121
 Eckhaus Michaelkirch-Straße 9-10.

Herren-, Jünglings- und Knaben-Bekleidung
 fertig und nach Maß.

Alle Größen, auch für sehr korpolente wie überschlanke Herren, stets reiche Auswahl.
 — Sehr billige, aber feste Preise. —

Frühjahrs-Neuheiten

Anzüge • Paletots • Ulster
 in reichster Auswahl.

Werkstätten im Hause. — Ankleidezimmer in jeder Abteilung.

Besichtigung meiner Läger ohne Kaufzwang.

Gr. Stofflager für Maß-Anfertigung.

Staatspreise. Goldene Medaille. Ehrenpreise.

Bezugsquellen-Verzeichnis Berlin-Osten

Prüfung wiederholt einmal. Folgende Geschäfte empfehlen sich bei Einkäufen.

<p>Bäcker- und Konditoreien</p> <p>Bäckerei Nordstern Inh. Gust. Müller Filialen in Stettin, Ostsee u. Umgebung</p> <p>Solange der Vorrat reicht</p> <p>Gerold</p> <p>Bei gemeinsamem Bezug Preisermäßigung Berlin, Lützowstr. 94. Verlangen Sie Preisliste.</p>	<p>Butter, Eier, Käse</p> <p>P. H. Ankermann, 8 Filialen</p> <p>Wohlfühlung Königsberger Joh. Pietsch Straße 26/27</p> <p>Molkereien Lichtenberg Jul. Göthling, Frankfurterstr. 24</p> <p>Photograph. Ateliers Hayn, Frankfurt-Allee 72 Gg. Ringb., Frankf. Allee Th. Wenzel, Lützowstr. 28 u. Andreasstr.</p> <p>Schuh- u. Beschleunigungen Petersburger Straße 26</p> <p>Warenhäuser Hamburger Warenhaus Max Pfenning Alti-Stralau 11, Vorw.-Lsg. str. 6 u. 7</p> <p>Zahn-Atelier Wohlfiel Neue Königstr. 40 (am Alexanderpl.)</p>
--	---

Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW., Lindenstr. 3

Die Bestrebungen
 für eine wirtschaftliche Annäherung
 Deutschlands und Oesterreich-Ungarns

Preis 1 Mark!

Protokoll der Verhandlungen, die am 9. Januar 1916 zwischen der sozialdemokratischen Fraktion des deutschen Reichstages, dem sozialdemokratischen Parteivorstand und Parteiausschuss, der Generalkommission und den Vorständen der deutschen Gewerkschaften, einer Vertretung des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine und einer Vertretung der sozialdemokratischen Partei Oesterreichs und der österreichischen Gewerkschaften in Berlin über die wirtschaftliche Annäherung Deutschlands und Oesterreich-Ungarns stattfanden.

Voranzeige!

Ich eröffne in den nächsten Tagen in meinem Hause

Pappel-Allee 2

direkt an der Hochbahnstation Danziger Straße

ein Spezial-Geschäft für

elegante

Herren- u. Knabenmoden

fertig und nach Maß

und bringe trotz des Krieges eine

Riesen-Auswahl

zu billigsten Preisen.

Mein Geschäft bildet eine Sehenswürdigkeit
 des Nordens!

Paul Joseph

Pappel-Allee 2, an d. Hochbahnst. Danziger Straße

Herren- und Knabenmoden
 Maßschneiderei = Berufskleidung

Zu allerbilligsten Tagespreisen empfehle in allen
 meinen Verkaufsstellen

**Butter, Eier, Käse
 Marmeladen**

und andere Nahrungsmittel
 in besten Qualitäten.

J. F. Assmann
Butter-Großhandlung.

35 Verkaufsstellen in Groß-Berlin.



**Kreuz und quer
 durch den Balkan**

Eine Reisebeschreibung von
 Ludwig Leffen — Mit Zeichnungen
 v. Ilse Schüge-Schur

Gebunden Mk. 1,50

Buchhandlung Vorwärts
 Berlin, Lindenstraße 3, Laden.

**Karten der
 Kriegsschauplätze**

Jedes Stück 1.— Mk.

Europa und Mittelmeerländer

Oestlicher Kriegsschauplatz

Westlicher Kriegsschauplatz

Türkischer Kriegsschauplatz

Italienisch-Oesterreichischer
 Kriegsschauplatz

Balkanhalbinsel

Spezialkarte von Polen mit
 Warschau

Ferner:

Oestlicher Kriegsschauplatz

Westlicher Kriegsschauplatz

Mit Nebenkarten und vollständigen
 Verzeichnissen der in den
 Karten enthaltenen Ortsnamen

Jedes Stück . . Mk. 1,50

Buchhandlung „Vorwärts“
 Berlin SW.68, Lindenstr.3
 und deren Filialen.

Kennen Sie die Wohltat

einer Leibrinde?
 Sämtliche Systeme am Lager
 resp. nach Maßanfertigung sowie

Bruchbandagen aller Art.

Artikel z. Gesundh.- u. Krankenpflege

Pollmann, Bandagist
 Berlin N., Lotzinger Str. 60.
 Lieferant für Krankenkassen

Zeitungs-Ausgabestellen und Inseraten-Aannahme.

Centrum: Albert Schmitz, Kderstr. 174, am Roppenplatz. Geöffnet von 11-12, und von 4 1/2-7 Uhr.
2. Wahlkreis: S. und SW.: Gustav Schmidt, Bärnaldstr. 42, an der Gneisenaustraße. Geöffnet von 11-12, und von 4 1/2-7 Uhr.
3. Wahlkreis: St. Fritz, Brünnstr. 31, Hof rechts part. Geöffnet von 11-12, und von 4 1/2-7 Uhr.
4. Wahlkreis: Pren: Robert Engels, Rathausstr. 66. Geöffnet von 11-12, und von 4 1/2-7 Uhr. — Karl Welle, Petersburgerplatz 4, (Laden). Geöffnet von 11-12, und von 4 1/2-7 Uhr.
4. Wahlkreis: Südosten: Paul Böhm, Kaufherplatz 14/15. Geöffnet von 11-12, und von 4 1/2-7 Uhr.
5. Wahlkreis: Leo Buch, Immanuelstr. 12 (Hof). Geöffnet von 11-12, und von 4 1/2-7 Uhr.
6. Wahlkreis: Salomon Joseph, Wilhelmshavener Str. 48. Geöffnet von 11-12, und von 4 1/2-7 Uhr.
Wedding: A. Schmitz, Brünnstr. 34a Hofe Ulfreder Str., Laden. Geöffnet von 11-12, und von 4 1/2-7 Uhr.
Rosenthaler und Oranienburger Vorstadt: H. Bolgast, Poststraße 9. Geöffnet von 11-12, und von 4 1/2-7 Uhr.
Gesundbrunnen: Fischer, Poststr. 6, Laden. Geöffnet von 11-12, und von 4 1/2-7 Uhr.
Schönhauser Vorstadt: Karl Marx, Greifenhagener Str. 22. Geöffnet von 11-12, und von 4 1/2-7 Uhr.
Adlershof: Karl Schwarskole, Bismarckstr. 23. Geöffnet von 7 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.
Alt-Glienicker, Falkenberg: Wilhelm Dörre, Friedrichstr. 46.
Baumschulweg: G. Hornig, Rosenthaler Str. 13, 1.
Bernaui, Röntgenal, Zepernick, Schönau, Schönbrück und Buch: Heinrich Drosje, Wühlstr. 5, Laden.
Bohnsdorf: Paul Gensch, Bohnsdorf, Genossenschaftshaus-Parabes.
Charlottenburg: Gustav Eckardt, Eichenheimer Str. 1. Geöffnet von 11-12, und von 4 1/2-7 Uhr.

Eichwalde, Schmöckwitz: Oscar Rable, Grünauerstr. 37.
Erkner, Neu-Zittau: Gubela, Waldstr. 11.
Friedersdorf-Petershagen, Eggersdorf: Uffenwasser, Petershagen.
Friedenau, Steglitz, Südende, Groß-Lichterfelde, Lankwitz: G. Bernice, Kienstr. 5 in Steglitz. Geöffnet von 11-12, und von 4 1/2-7 Uhr.
Friedrichshagen, Fichtenau, Rahnsdorf, Schöneiche, Kl.-Schönebeck: Ernst Witzmann, Friedrichshagen, Köpenicker Straße 18.
Grünau: Franz Klein, Friedrichstr. 10.
Johannisthal, Rudow: Max Gonschur, Poststr. 23.
Karlshorst: Hermann Billing, Dönhofsstr. 28.
Königs-Wusterhausen, Wildau, Niederlehme: Friedrich Baumann, Lindenwalder Straße 6.
Köpenick: Emil Böhler, Kieperstr. 6, Laden. Geöffnet von morgens 7 Uhr bis abends 8 Uhr.
Lichtenberg I, Friedrichsfelde, Hohenschönhausen: Otto Seifert, Bartenbergstraße 1 (Laden). Geöffnet von 11-12, und von 4 1/2-7 Uhr.
Lichtenberg II, Rummelsburg, Stralau: H. Rosenkrantz, Alt-Bohagen 56. Geöffnet von 11-12, und von 4 1/2-7 Uhr.
Mahlsdorf, Kaulsdorf, Biesdorf: B. Heyberg, Kaulsdorf, Ferdinandstraße 17.
Mariendorf, Marienfelde: August Zeis, Chausseest. 23.
Neuenhagen, Hoppegarten: Wolszjowski, Dettlstraße 14.
Neukölln: H. Heinrich, Redarstr. 2, im Laden. Geöffnet von 9-2 und von 4-7 Uhr; Neukölln, Britz: Kohr, Siegfriedstraße 28/29. Geöffnet von 11-12, und von 4 1/2-7 Uhr.
Nieder-Schöneeweide: Wilhelm Urrub, Brückenstr. 10, II.
Nowawes: Carl Strohnberg, Offenbacherstr. 10.

Ober-Schöneeweide: Alfred Bader, Wilhelmshofsstr. 17, Laden. Geöffnet von 7 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.
Pankow, Niederschönhausen, Nordend, Frz.-Buchholz, Blankenburg: Ritzmann, Wühlstr. 30. Geöffnet von 11-12, und von 4 1/2-7 Uhr.
Reinickendorf-Ost, Wilhelmshagen und Schönholz: G. Urrub, Probingstr. 56, Laden. Geöffnet v. 11-12, u. 4 1/2-7 Uhr.
Schenkendorf b. Königs-Wusterhausen: Chr. Ganslitz, Dorfstr. 10.
Schöneberg: Wilhelm Bümler, Reisinger Straße 9, im Laden. Geöffnet von 11-12, und von 4 1/2-7 Uhr.
Spandau, Nonnendamm, Staaken, Seefeld und Falkenhagen: G. Urrub, Breiterstr. 64. Geöffnet von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.
Tegel, Borsigwalde, Wittenau, Waidmannslust, Hermsdorf, Hohen-Neuendorf, Birkenwerder, Freie Scholle u. Reinickendorf-West: Paul Rieker, Borsigwalde, Ränischstraße 10. Geöffnet von 11-12, u. von 4 1/2-7 Uhr.
Teltow: Lenigauer, Handelstr. 2.
Tempelhof: Joh. Krosch, Dorffstraße 62.
Treptow: Rob. Gramenz, Reichholzstraße 412, Laden. Geöffnet von 7 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.
Weißensee, Heinersdorf: Gust. Kopsch, Berliner Allee 11.
Wilmerdorf, Halensee, Schmargendorf: Paul Schubert, Wilhelmstraße 27.
Zeuthen, Mariendorf: Wilh. Schulz, Zeuthen, Zietzenstr. 16.
Zossen: Rönnebeck, Stubenrauchstr. 27.

Sämtliche Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen Werke werden geliefert
 Sonntags sind die Ausgabestellen geschlossen.